

NOAM CHOMSKY

WAR AGAINST PEOPLE

MENSCHENRECHTE UND SCHURKENSTAATEN

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt

Europa Verlag Hamburg • Wien

Originalausgabe »Rogue States. The Rule of Force in World Affairs«

Deutsche Erstausgabe

© Europa Verlag GmbH Hamburg/Wien, September 2001

ISBN 3-203-76011-8

Inhalt

I. Eine Galerie der Schurken -Wer gehört dazu?

II. Schurkenstaaten

III. Kuba und die US-Regierung: David gegen Goliath

IV. Jubeljahr 2000

V. »Die Rechte zurückerlangen«: Ein dornenreicher Weg

VI. Die Erblast des Kriegs

VII. Sozioökonomische Souveränität

Glossar

Zeitschriften-Siglen

Zitierte Bücher von Noam Chomsky

Zum Autor

I. Eine Galerie der Schurken- Wer gehört dazu?

Wie viele andere Begriffe des politischen Diskurses wird der Terminus »Schurkenstaat« auf zweierlei Weise verwendet: zum einen propagandistisch, um ausgewählte Feinde zu kennzeichnen, zum anderen wörtlich, um damit Staaten zu beschreiben, die sich selbst an internationale Regeln und Abmachungen nicht gebunden fühlen. Die Logik läßt erwarten, daß die mächtigsten Staaten unter die zweite Kategorie fallen, sofern ihnen nicht innenpolitische Beschränkungen auferlegt werden. Diese Erwartung wird von der Geschichte bestätigt.

Auch wenn internationale Regeln und Abmachungen nicht durchweg streng festgelegt sind, so gibt es doch ein gewisses Maß an Übereinstimmung, was allgemeine Richtlinien betrifft. In der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg sind diese Richtlinien zum Teil durch die UN-Charta, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs und verschiedene Abkommen und Verträge kodifiziert worden. Die USA fühlen sich an diese Normen nicht gebunden und benötigen für deren Verletzung seit dem Ende des Kalten Kriegs, der ihnen die weltweite Vorherrschaft bescherte, nicht einmal mehr irgendwelche Vorwände. Diese Tatsache ist nicht unbemerkt geblieben. Im

Mitteilungsblatt der American Society of International Law (ASIL; Amerikanische Gesellschaft für Internationales Recht) hieß es im März 1999, daß »das internationale Recht in unserem Land mittlerweile weniger hoch geachtet wird als zu irgendeiner anderen Zeit« in diesem Jahrhundert; und auch der Herausgeber der Fachzeitschrift der ASIL hatte kurz vorher beklagt, daß Washingtons Nichtachtung vertraglicher Verpflichtungen »auf alarmierende Weise zugenommen« habe.¹

Das diesem Verhalten zugrundeliegende Prinzip wurde 1963 von Dean Acheson formuliert, als er die ASIL darüber in Kenntnis setze, daß die »Angemessenheit« einer Reaktion auf eine »Bedrohung ... der Macht, der Position und des Prestiges der Vereinigten Staaten ... kein Gegenstand des Rechts« sei. Das institutionelle Recht, hatte er zu einem früheren Zeitpunkt erklärt, ist nützlich, um »unsere Position mit einem Ethos zu vergolden, das aus höchst allgemeinen, in die Rechtslehre eingegangenen, Moralprinzipien abgeleitet ist«. Aber die USA sind daran nicht gebunden.²

Acheson bezog sich mit seiner Bemerkung vor allem auf die Kuba-Blockade. Kuba ist seit vierzig Jahren eines der Hauptziele US-amerikanischer Wirtschafts- und Terrorkriege - und war es schon vor der geheimen Entscheidung von 1960, die Regierung zu stürzen. Die kubanische Bedrohung wurde von Arthur Schlesinger verdeutlicht, der in einem Bericht der Lateinamerika-Mission an den zukünftigen Präsidenten Kennedy zu folgenden Aussagen gelangte: Es sei »die Verbreitung von Castros Idee, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen«, wodurch die »Armen und Unterprivilegierten« in anderen Ländern ermutigt würden, wie Schlesinger später formulierte, »jetzt bessere Lebensbedingungen zu fordern«. Das wurde auch der »Viruseffekt« genannt. Damals stand der Kalte Krieg im Vordergrund: »Die Sowjetunion hockt gleichsam in den Startlöchern, winkt mit beträchtlichen Entwicklungsgeldern und stellt sich als Modell dar, wie man die Modernisierung innerhalb einer Generation erreichen kann.«³

Es kann nicht überraschen, daß sich die US-Attacken nach dem Zerfall der Sowjetunion verschärften. Die Maßnahmen wurden weltweit verurteilt: durch die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) und ihre Rechtsinstitution, das Inter-American Juridical Committee, das ebenso wie die Interamerikanische Menschenrechtskommission, einmütig die Verletzung internationalen Rechts durch die USA anprangerte. Nur

wenige zweifeln daran, daß die Maßnahmen der USA auch von der Welthandelsorganisation (WTO) verurteilt werden würden, aber Washington hat unmißverständlich erklärt, daß man, dem Grundsatz von Schurkenstaaten folgend, alle eventuellen Verfügungen der WTO mißachten werde.

Ein anderes bedeutsames Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist die Invasion indonesischer Streikräfte in Ost-Timor 1975. Indonesien wurde vom UN-Sicherheitsrat aufgefordert, sich umgehend zurückzuziehen, schenkte dem jedoch keine Beachtung. Die Gründe erklärte UN-Botschafter Daniel Patrick Moynihan in seinen 1978 erschienenen Memoiren:

»Die Vereinigten Staaten wollten die Angelegenheit nach ihren Vorstellungen geregelt haben und taten alles dafür, um dieses Ziel zu erreichen. Das Außenministerium wünschte, daß jegliche von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen erfolglos blieben. Diese Aufgabe sollte ich übernehmen, und ich habe sie mit nicht unbeträchtlichem Erfolg durchgeführt.«⁴

Moynihan berichtet weiter, daß binnen zwei Monaten an die 60 000 Menschen getötet wurden. Innerhalb der nächsten Jahre stieg die Zahl der Ermordeten auf etwa 200 000, wobei Indonesien in zunehmendem Maße militärische Unterstützung seitens der USA und, als die Grausamkeiten 1978 ihren Höhepunkt erreichten, auch von Großbritannien erhielt. Diese Unterstützung währte bis 1999, als von den USA ausgebildete und bewaffnete Kopassus-Kommandos ab Januar die »Operation Clean Sweep« organisierten, bis zum August (zuverlässigen kirchlichen Quellen zufolge) 3000 bis 5000 Menschen töteten, später 750 000 -85 Prozent der Bevölkerung - vertrieben und das Land praktisch zerstörten. Die Regierung Clinton blieb bei ihrer Haltung, die Angelegenheit liege »in der Verantwortung der indonesischen Regierung, die wir ihr nicht abnehmen wollen«. Unter wachsendem innenpolitischen und internationalen (vor allem australischen) Druck deutete Washington den indonesischen Generälen endlich an, daß jetzt Schluß gemacht werden müsse. Sie warfen daraufhin sehr schnell das Ruder herum und kündigten den Abzug ihrer Truppen an, was zeigt, daß die USA die Macht hatten, schon sehr viel eher zu intervenieren.

Die US-amerikanische Unterstützung dieser Aggression erfolgte fast automatisch. Der mörderische und korrupte General Suharto war, wie die Regierung Clinton erklärte, »unser Typ«. Das war er schon seit dem von ihm befehligten Massaker von 1965 gewesen, das in den USA ungehemmte

Euphorie ausgelöst hatte. Und das blieb er, während er gleichzeitig zu einem der Rekordhalter an Menschenrechtsverletzungen aufstieg und erst in Ungnade fiel, als er 1997 unter dem Druck harter ökonomischer Restrukturierungsprogramme, die der Weltwährungsfond dem Land verordnet hatte, ins Stolpern kam. Das Muster ist nicht neu; ein anderer Großkiller, Saddam Hussein, wurde ebenfalls bei all seinen Greueln bestärkt und geriet erst ins Kreuzfeuer, als er Befehlen nicht gehorchte (oder sie mißverstand). Die Reihe vergleichbarer Beispiele ist lang: Trujillo, Mobutu, Marcos, Duvalier, Noriega und viele andere. Verbrechen werden nicht bestraft, nur Ungehorsam.

Die Massenmorde von 1965, deren Opfer zumeist Bauern ohne Landbesitz waren, garantierten, daß Indonesien keine Bedrohung à la Kuba sein würde — keine »Infektion«, die sich in ganz Südasien »nach Westen ausbreiten« würde, wie George Kennan 1948 befürchtete, als er »das indonesische Problem« für den »wichtigsten« Gesichtspunkt im »Kampf gegen den Kreml« hielt, der damals noch kaum abzusehen war. Das Massaker wurde auch zur Rechtfertigung für Washingtons Kriege in Indochina, die den Willen der indonesischen Generäle, ihre Gesellschaft zu säubern, gestärkt hatten.⁵

Die Vereinten Nationen zur »Erfolglosigkeit« zu verdammen war eine Routineangelegenheit geworden, seitdem die Organisation im Zuge der Entkolonialisierung der US-amerikanischen Kontrolle entglitten war. Ablesen läßt sich das unter anderem an der Zahl der im Sicherheitsrat eingelegten Vetos: Hier liegen die USA seit den sechziger Jahren an der Spitze, gefolgt von Großbritannien und, mit einigem Abstand, Frankreich. Abstimmungen in der Generalversammlung liefern ein ähnliches Bild. Es gilt das Prinzip, daß eine internationale Organisation den Interessen der US-amerikanischen Politik dienen muß, wenn sie auf längere Sicht überleben will.

Die Gründe für die Mißachtung internationaler Normen wurden von der Regierung Reagan näher erläutert, als der Weltgerichtshof sich mit Nicaraguas Vorwürfen gegen die Vereinigten Staaten beschäftigte. Außenminister George Shultz kanzelte alle ab, die »utopische, legalistische Mittel wie die Vermittlung von außen, die Vereinten Nationen, den Weltgerichtshof« befürworteten »und zugleich den Machtfaktor in der Gleichung übersehen«. Der Rechtsberater des Außenministeriums, Abraham Sofaer, erklärte, daß die meisten Staaten der Welt »unsere Ansichten nicht teilen können« und

die »Mehrheit oftmals bei wichtigen internationalen Fragen den Vereinigten Staaten opponiert«. Folglich müssen wir uns »die Macht [vorbehalten], darüber zu entscheiden«, wie wir handeln und welche Angelegenheiten »im wesentlichen unter die Jurisdiktion der Vereinigten Staaten, gemäß der Entscheidung der Vereinigten Staaten« fallen — hier waren es die Aktionen, die der Weltgerichtshof als »ungesetzliche Anwendung von Gewalt« gegen Nicaragua verurteilte.⁶

Der Weltgerichtshof forderte Washington auf, von den Gewaltmaßnahmen abzulassen und beträchtliche Reparationen zu zahlen, und verfügte überdies, daß alle Hilfsleistungen für die Söldnertruppen der Contras als militärische und nicht humanitäre Maßnahmen einzustufen seien. Daraufhin wurde der Gerichtshof zum »feindlich gesonnenen Forum« (New York Times) erklärt, das sich durch diese Verurteilung der USA unglaublich gemacht habe. Diese eskalierten den Krieg vielmehr und verweigerten die geforderten Reparationszahlungen. Dann legten sie gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die alle Staaten zur Einhaltung internationaler Rechtsnormen aufforderte, ihr Veto ein und stimmten, praktisch völlig isoliert, gegen vergleichbare Resolutionen der UN-Vollversammlung. Das alles wurde von den US-Medien als unbedeutend erachtet und, wie die offiziellen Reaktionen, kaum erwähnt. Bis zum Sieg der USA galt die Hilfe für die Contras als »humanitär«.⁷

Die Doktrin von den Schurkenstaaten blieb auch in Kraft, als die Demokraten ins Weiße Haus zurückkehrten. Präsident Clinton setzte die Vereinten Nationen 1993 davon in Kenntnis, daß die USA »multilateral [handeln werden], wenn möglich, und unilateral, wenn nötig« — eine Haltung, die ein Jahr später von der damaligen UN-Botschafterin Madeleine Albright und 1999 von Verteidigungsminister William Cohen bekräftigt wurde. Cohen erklärte, daß die USA zum »unilateralen Einsatz militärischer Macht« verpflichtet seien, um lebenswichtige Interessen zu verteidigen. Dazu gehört »die Sicherung uneingeschränkten Zugangs zu Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen« und natürlich alles andere, was für Washington in den Bereich der »eigenen Rechtsprechung« fällt.⁸

Neu an diesen Positionen ist nur, daß sie öffentlich gemacht werden. Regierungsintern galten sie bereits seit dem Beginn der Nachkriegsordnung für verbindlich. Das erste Memorandum des neu gebildeten Nationalen Sicherheitsrats (NSC 1/3) forderte die militärische Unterstützung von

Untergrundoperationen in Italien, die von einer nationalen Mobilmachung in den USA begleitet werden sollten, »falls die Kommunisten durch legale Mittel die Vorherrschaft in der italienischen Regierung erlangen sollten«. Die Unterminierung der Demokratie in Italien blieb bis in die siebziger Jahre ein mit großer Aufmerksamkeit verfolgtes Projekt.⁹

Es ließen sich weitere Beispiele in großer Menge anführen, was den Rahmen dieser Ausführungen sprengen würde. Dazu gehören nicht nur direkte Aggression, Subversion und Terror, sondern auch die Unterstützung solcher Methoden bei Satellitenstaaten: Israelische Angriffe auf den Libanon haben Zehntausende von Toten gefordert und zu wiederholten Malen Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht; die Türkei hat, als NATO-Mitglied, massive ethnische Säuberungen und andere Terroraktionen durchgeführt, wozu die Regierung Clinton durch umfangreiche Waffenlieferungen beitrug, als die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ihren Höhepunkt erreichten.¹⁰

Ebenfalls erwähnt werden muß die Anstachelung zu Gewalttaten. Nachdem der von der Clinton-Regierung unterstützte Terror in der Türkei zunächst sein Ziel erreicht hat, ist ein anderer Staat zum führenden Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe geworden (Israel und Ägypten fallen in eine andere Kategorie). Der neue Spitzenreiter ist Kolumbien, einer der größten lateinamerikanischen Menschenrechtsverächter der neunziger Jahre, dem nun — und auch das folgt altbewährten Mustern — großzügige militärische Hilfsleistungen seitens der USA zukommen sollen.

Der Beitrag der USA zur kolumbianischen Schreckensgeschichte geht auf die Regierung Kennedy zurück. Eine der bedeutsamsten Hinterlassenschaften dieser Regierung war ihre 1962 getroffene Entscheidung, die Aufgabe des lateinamerikanischen Militärs von der »Verteidigung der Hemisphäre« auf die »innere Sicherheit« zu verlagern und parallel dazu die Mittel und Ausbildungsmöglichkeiten bereitzustellen. Charles Maechling, der von 1961 bis 1966 den Planungsstab für innere Verteidigung und Anti-Guerilla-Aktivitäten (counterinsurgency) leitete, hat beschrieben, wie diese historische Entscheidung dazu führte, daß aus der Duldung »der Raubgier und Grausamkeit des lateinamerikanischen Militärs« die »direkte Komplizenschaft« mit »von Himmlers Todeskommandos übernommenen Methoden« wurde. Die Folgen müssen nicht weiter erläutert werden; sie wirken fort, auch nachdem der Staatsterror seine

unmittelbaren Ziele erreicht hat. Eine von Jesuiten geförderte Konferenz, die 1994 in San Salvador abgehalten wurde, verwies vor allem auf die langfristigen Auswirkungen dieser »Kultur des Terrors, die darauf abzielt, die Hoffnungen der Mehrheit auf Alternativen zu den Vorstellungen der Herrschenden zu zähmen.« Auch das ist nicht neu, sondern ein einflußreicher Faktor der Menschheitsgeschichte bis in die heutige Zeit. [11](#)

So ziemlich das gleiche gilt für andere Teile des »Südens«. 1958 dirigierte Präsident Eisenhower eine der umfangreichsten Geheimoperationen der USA, die darauf abzielte, die parlamentarischen Institutionen Indonesiens auszuhebeln, wodurch dem massiven Terror der folgenden vierzig Jahre der Boden bereitet wurde. Zugleich hintertrieb Washington die ersten (und letzten) freien Wahlen in Laos, unterstützte einen Angriff auf Kambodscha, unterminierte die Regierung in Burma und intensivierte den Terrorkrieg des Satellitenregimes in Südvietnam, der von Kennedy ein paar Jahre später zum direkten Aggressionskrieg ausgeweitet wurde. In jedem Falle waren die langzeitigen Auswirkungen katastrophal. [12](#)

Um ihr Gesetz allen anderen aufzwingen zu können, muß eine Schurken-Supermacht »Glaubwürdigkeit« bewahren: Wer nicht kuscht, wird bestraft. Damit wird staatliche Gewalt gerechtfertigt, und »Glaubwürdigkeit« war das einzig plausible Argument für die Bevorzugung des Kriegs gegenüber anderen Mitteln im Fall Kosovo zu Beginn des Jahres 1999. Vorgeblich war es die »Glaubwürdigkeit der NATO«, die auf dem Spiel stand, aber wer meinte wirklich, es sei die Glaubwürdigkeit von Belgien oder Italien, die den potentiell ungehorsamen Elementen hätte eingebleut werden müssen? Diese Elemente waren »Schurken« in der propagandistischen Verwendung des Begriffs: die »Abweichler, die Trägen, die Missetäter«, die »unordentlichen« Elemente in der Welt, die den selbsternannten »aufgeklärten Staaten« das Recht auf Gewaltanwendung absprechen, wo und wann immer diese sie »für gerechtfertigt halten« und dabei die »restriktiven alten Regeln« über Bord werfen, um »modernen Begriffen von Gerechtigkeit« zu folgen, die sie sich je nach Bedarf zurechtmodellern. [13](#)

»Glaubwürdigkeit« ist auch bei der langfristigen Planung ein bestimmender Faktor, der, um ein Beispiel zu nennen, in einer 1995 vom Strategischen Kommando der USA (STRATCOM) erstellten Untersuchung zur »Abschreckung in der Ära nach dem Kalten Krieg« eine Rolle spielt.

Washingtons »Abschreckungsstrategie«, so heißt es dort, müsse »überzeugend« und von den Führern von »Schurkenstaaten« sofort erkennbar sein. Die USA sollten sich »das ganze Spektrum an Reaktionen«, insbesondere durch Nuklearwaffen, offenhalten, weil »im Unterschied zu chemischen oder biologischen Waffen die von einer nuklearen Explosion hervorgerufene Zerstörung unmittelbare Wirkung zeigt und kaum durch irgendwelche Gegenmaßnahmen einzudämmen ist«. Bioterrorismus mag eine Waffe der Schwachen sein, die mächtigen Schurkenstaaten jedoch bevorzugen wirksamere Methoden, um Angst, Schrecken und Zerstörung zu verbreiten. »Obwohl wir Nuklearwaffen wahrscheinlich [sic!] nur einsetzen werden, wenn es sich um Probleme von größter nationaler Bedeutung oder um Extremfälle handelt, werfen solche Waffen ihren Schatten über alle Krisen und Konflikte.« Zudem »sollten die Planungsstrategen bei der Entscheidung darüber ... was der Gegner am meisten wertschätzt, nicht zu rational vorgehen«, vielmehr muß alles zum Zielobjekt werden können. »Es schadet uns, wenn wir uns als allzu vernünftig und kaltblütig darstellen.« »Daß die USA irrational und rachsüchtig werden können, wenn man ihre Lebensinteressen bedroht, sollte zum nationalen Charakterbild gehören, das wir von uns vermitteln.« Für unsere strategische Haltung ist es »günstig«, wenn »einige Elemente den Anschein erwecken, »außer Kontrolle« geraten zu können«.

Während die Zerstörung mittels Nuklearwaffen die bevorzugte Art ist, über Krisen und Konflikte »einen Schatten zu werfen«, sollten technisch weniger aufwendige Optionen nicht unberücksichtigt bleiben. STRATCOM propagiert auch die »kreative Abschreckung«, »eine scharfsichtige Einschätzung der Werte einer Kultur, die nutzbar gemacht werden können, um eine Botschaft der Abschreckung zu vermitteln«. Ein Beispiel wird als Modell vorgeschlagen: Als im Libanon Sowjetbürger entführt und umgebracht wurden, »schickten die Sowjets dem Führer der revolutionären Organisation ein Paket, das einen einzelnen Hoden enthielt - den seines ältesten Sohns«. Durch die geschickte Vermischung »kreativer« und nuklearer Abschreckungsstrategien sollten, vor dem Hintergrund der von den salvadorianischen Jesuiten beschriebenen »Kultur des Terrors«, die potentiellen Störenfriede der guten Ordnung in Schach gehalten werden können.

Diese Logik würde jedem Mafiaboß einleuchten. In der einen oder anderen Form findet sie in jedem von Macht und Herrschaft bestimmten System ihren Ort, und es dürfte wohl kaum verwundern, daß auch der globale Zwingherr eine geeignete Version entworfen hat, die er, wo es erforderlich ist, zur Geltung bringt. Das ist der vernünftige Weg, um das von Winston Churchill in seinen Reflexionen über die Gestalt der Nachkriegswelt skizzierte Ideal zu erreichen:

»Die Herrschaft über die Welt muß den saturierten Nationen anvertraut werden, die über das hinaus, was sie besitzen, keine weiteren Bedürfnisse mehr haben. Läge die Weltregierung in den Händen von hungrigen Nationen, gäbe es immer Gefahren. Aber von uns hätte keiner einen Grund, mehr zu wollen. Der Frieden würde von Völkern bewahrt, die ohne Ehrgeiz und mit ihrem Leben zufrieden sind. Unsere Macht würde uns den anderen überlegen machen. Wir wären wie reiche Leute, die friedlich in ihren Besitzungen leben.« [14](#)

In der Welt nach dem Kalten Krieg hat sich, so das Pentagon, die »Abschreckungsstrategie« vom »waffenreichen Milieu« der feindlichen Supermacht auf das »an Zielobjekten reiche Milieu« des Südens verlagert, das in Wirklichkeit schon während des Kalten Kriegs das hauptsächliche Ziel von Terror und Aggression gewesen ist. Nuklearwaffen »scheinen in der absehbaren Zukunft zum zentralen Faktor der strategischen Abschreckung zu werden«, folgert der STRATCOM-Bericht. Die USA sollten daher ihre Politik des »Verzichts auf einen Erstschlag« überdenken und den Gegnern klar machen, daß die »Reaktion« auf eine Bedrohung auch »präemptiv« sein könne. Ebenso sollte man das erklärte Ziel des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen ablehnen und keinen »negativen Sicherheitszusagen« zustimmen, die den Einsatz von Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearstaaten, die diesen Vertrag unterzeichnet haben, verbieten. 1995 scheiterte eine solche Sicherheitszusage an internen Planungen und anderen Regierungsverordnungen, wodurch die Strategie des Kalten Kriegs im wesentlichen beibehalten wurde, was im übrigen auch für andere Zielobjekte gilt. [15](#)

Nebenbei sei bemerkt, daß nichts von all dem Besorgnis oder auch nur einen Kommentar hervorruft.

Während des Kalten Kriegs war »Kommunismus« der gängige Vorwand für Terror und Aggression; im übrigen, wie die Opfer erkennen mußten, ein hochflexibler Begriff, der vor allem die drohende »Infektion« durch Unabhängigkeitsbestrebungen betraf. Dabei geriet neben

Italien auch Indonesien ins Visier, dessen Regierung als zu demokratisch empfunden wurde, weil sie sogar einer Partei der Linken, der KP Indonesiens, die Beteiligung gestattete. Die indonesische KP wurde »von großen Teilen der Bevölkerung nicht als revolutionäre Partei unterstützt, sondern als Organisation, die die Interessen der Armen verteidigte« und »ihre Massenbasis in der armen Bauernschaft« fand, wie der australische Indonesienexperte Harold Crouch berichtet. Die Russen hatten dabei, wie Eisenhower »laut brüllend« in einer internen Diskussion betonte, ihre Hand nicht im Spiel. [16](#)

Die indonesische KP war prochinesisch, aber 1965, als sie zerschlagen und ihre Anhängerschaft massakriert wurde, waren Rußland und China alles andere als Verbündete. Wie die Angst vor China geschürt wurde, zeigt sehr gut den opportunistischen Charakter der Propaganda im Kalten Krieg. Als das US-Außenministerium sich entschloß, Frankreich bei der Rückeroberung seiner ehemaligen Kolonie zu unterstützen, wurde der US-Geheimdienst instruiert, zu »beweisen«, daß Ho Chi Minh ein Agent des Kreml oder von »Peiping« sei. Allerdings konnten weder für das eine noch für das andere »Beweise« gefunden werden, was dann, in einer der komischeren Episoden in der Geschichte des Geheimdienstes, als Zeichen dafür gewertet wurde, daß der ins Visier genommene Feind doch nur ein Sklave seiner ausländischen Herren sein konnte. [17](#) Moynihan rechtfertigte die US-amerikanische Unterstützung der indonesischen Greuelthaten in Ost-Timor mit der Unterstützung der Widerstandsbewegung durch China - völlig absurd, aber es zeigt, daß die politische Doktrin irgendein Element des Kalten Kriegs braucht, um derlei zu legitimieren.

Die Bedeutung von Moynihans Hinweis auf China erscheint in ihrem richtigen Licht, wenn man Vorgänge betrachtet, die sich vier Jahre zuvor und vier Jahre danach ereigneten. Es geht dabei um die Reaktion der USA auf die zwei wichtigsten (vielleicht einzigen) Beispiele für militärische Interventionen nach dem Zweiten Weltkrieg, die tatsächlich humanitäre Folgen hatten: Indiens Einmarsch in Ost-Pakistan (Bangladesch) 1971 und der Sturz des Pol-Pot-Regimes acht Jahre später durch den Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha. Beide Interventionen wurden von Washington scharf kritisiert, und in beiden Fällen ging es um die freundschaftlichen Beziehungen der USA zu China. Ein offensichtlicher Grund für die wütende Reaktion auf die indische Invasion, die der Beendigung umfangreicher Massaker

diente, war offensichtlich die Befürchtung, daß dadurch der als PR-Aktion geplante Überraschungsbesuch Kissingers in Peking gefährdet werden könnte. Vietnams Verbrechen, die Greuelthaten der Roten Khmer zu beenden, wurde mit einem von den USA unterstützten Einfall chinesischer Truppen bestraft, während Washington zugleich dem vertriebenen Pol-Pot-Regime diplomatische und militärische Unterstützung gewährte.

Im Kalten Krieg ließen sich Vorwände immer finden und hatten, zumal vor dem Hintergrund der Konstellationen zwischen den Großmächten, bisweilen auch eine gewisse Plausibilität. Aber bei näherem Hinsehen zeigt sich zumeist, daß andere Faktoren ausschlaggebend waren, wie bei Indonesien, Kuba und Indochina - eine Tatsache, die mitunter zugegeben wird, wenn die vorgeblichen Begründungen von einst sich nicht mehr halten lassen. Als die Regierung George Bush im März 1990 ihren ersten Verteidigungshaushalt nach dem Ende des Kalten Kriegs beantragte, forderte sie die Aufrechterhaltung der hauptsächlichlichen Interventionsstreitkräfte für den Mittleren Osten, wo »die Bedrohung unserer Interessen ... nicht dem Kreml in die Schuhe geschoben werden kann«, was die Propaganda indes die ganzen Jahrzehnte vorher behauptet hatte.[18](#)

Als die USA Guatemalas kurzes Experiment mit der Demokratie durch eine Militärinvasion beendeten, der vierzig Jahre des Schreckens folgen sollten, äußerte man sich intern (nicht aber öffentlich) besorgt darüber, daß »die Sozial- und Wirtschaftsprogramme der gewählten Regierung den Erwartungen [der Arbeiter- und Bauernschaft] entsprechen« und »bei den meisten politisch bewußten Guatemalteken große Unterstützung finden«. [19](#) Überdies ist Guatemalas

»Agrarreform eine machtvolle Propagandawaffe; dieses umfassende Sozialprogramm, das den Arbeitern und Bauern zum siegreichen Kampf gegen die oberen Klassen und große ausländische Unternehmen verhelfen soll, findet bei der Bevölkerung der mittelamerikanischen Nachbarstaaten, die ähnliche Bedingungen aufweisen, großen Anklang.« [20](#)

Diese äußerst gefährliche Bedrohung der Ordnung wurde mit vierzig Jahren Gewalt und Mord im Keim erstickt.

Solche Handlungsweisen durchziehen die Dokumente zur US-amerikanischen Außenpolitik wie ein Refrain. Dementsprechend wird diese Politik, mit einigen taktischen Abwandlungen, auch nach dem Kalten Krieg fortgesetzt. 1991 machten sich die Vereinigten Staaten unverzüglich daran, Haitis

hoffnungsvolles Experiment mit der Demokratie ins Gegenteil zu verkehren, unterminierten dann das von der OAS beschlossene Embargo, während die Militärjunta folterte und mordete, und brachten schließlich den gewählten Präsidenten unter der Bedingung ins Amt zurück, daß er die Politik seines von Washington favorisierten Vorgängers übernehme, der in den Wahlen von 1990 nur 14 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Die danach geführten Debatten kreisten um die Frage, ob diese »humanitäre Intervention« zur Verteidigung der Demokratie politisch klug gewesen sei [21](#).

In Relation zu wirklich groß angelegten Aggressions- und Terrorunternehmungen geraten derlei Aktionen, die, von anderen Staaten durchgeführt, als schwere Verbrechen verurteilt würden, zu bloßen Fußnoten. So wurden zum Beispiel bei dem schlimmsten Terrorakt von 1985, auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen den »internationalen Terrorismus«, bei einem von der CIA eingefädelten Bombenattentat auf einen Muslim-Führer 80 Libanesen getötet. 1998 wurde in einem armen afrikanischen Land, dem Sudan, die Hälfte der pharmazeutischen Vorräte vernichtet. Wie viele Tote diese Aktion gekostet hat, bleibt unbekannt, weil Washington eine UN-Untersuchung blockierte. Die Herausgeber der New York Times hielten das Vorgehen für legitim, weil die USA »das Recht haben, mit militärischer Gewalt gegen Fabriken und Ausbildungslager vorzugehen, in denen terroristische Angriffe gegen amerikanische Ziele vorbereitet werden« (oder auch nicht).[22](#) Die Reaktion wäre vermutlich eine andere, wenn islamische Terroristen die Hälfte der pharmazeutischen Vorräte in den USA, Israel oder einem anderen bevorzugten Staat zerstören würden.

Diese und andere Beispiele von terroristischen Vergeltungsschlägen fallen unter die Kategorie der »kreativen Abschreckung«.

Was solche Methoden an Menschenleben fordern, läßt sich überhaupt nicht berechnen, aber für wirklich mächtige Schurkenstaaten spielen Verbrechen keine Rolle. Sie werden aus der Geschichte gestrichen oder in gute Absichten verkehrt und verklärt, die leider schiefgegangen sind. Für die öffentlich gerade noch zulässige Kritik begann der Krieg gegen Südvietnam, später gegen ganz Indochina, mit »fehlerhaften Versuchen, Gutes zu tun«, obwohl »schon 1969« deutlich wurde, daß »die Intervention ein katastrophaler Fehler gewesen war«, weil die USA »eine Lösung nur zu einem Preis hätten durchsetzen können, der für sie zu hoch ausgefallen

wäre«. Robert McNamaras Entschuldigung für den Krieg richtete sich an die Amerikaner und wurde von den Falken als Verrat verurteilt, von den Tauben dagegen als höchst verdienstvoll und mutig gefeiert: Wenn Millionen von Leichen die Überreste der von unseren Angriffen zerstörten Länder bedecken, während immer noch weitere Menschen durch Spätzünder von Landminen und Bomben und an den Folgen chemischer Kriegsführung sterben, geht uns das nichts an und verlangt keine Entschuldigung, geschweige denn Reparationszahlungen oder Kriegsverbrechertribunale. [23](#)

Ganz im Gegenteil. Die USA werden als Anführer der »aufgeklärten Staaten« gerühmt, die Gewalt anwenden dürfen, wann immer sie es für richtig halten. In den Jahren der Clinton-Regierung ist die US-Außenpolitik in eine »noble Phase« eingetreten und trägt der New York Times zufolge so etwas wie einen »Heiligenschein«. Amerika ist »auf der Höhe seines Ruhms« angelangt, unbefleckt von internationalen Verbrechen, von denen nur einige wenige erwähnt wurden. [24](#)

Schurkenstaaten mit innenpolitischer Freiheit — und hier befinden sich die USA an der äußeren Grenze — müssen sich auf die Bereitwilligkeit der gebildeten Schichten verlassen, Loblieder zu singen und schreckliche Verbrechen zu leugnen oder zu tolerieren. Auch darüber gibt es Dokumente in großer Anzahl, die an anderer Stelle ausführlich gewürdigt wurden. Sie dürften nicht allzu viel Stolz hervorrufen.

Anmerkungen

1 American Society of International Law (ASIL) Newsletter (März/April 1999); Detlev Vagts, »Taking Treaties Less Seriously«, »Editorial Comments«, American Journal of International Law 92:458 (1998).

2 Proceedings of the American Society of International Law 13,14 (1963), zit. nach Louis Henkin, How Nations Behave (Council on Foreign Relations, Columbia Univ., 1979), S. 333f.; 1961 Acheson Report (Kennedy Library), zit. nach Marc Trachtenberg, »Intervention in Historical Perspective«, in Laura Reed und Carl Kaysen (Hg.), Emerging Norms of Justified Intervention (American Academy of Arts and Sciences, 1993).

3 »American Republics«, Bd. XII von Foreign Relations of the United States (US Dept. of State, 1961-63), S. 13f., 33.

4 Daniel Patrick Moynihan, A Dangerous Place (Little, Brown, 1978).

5 »"Green Light" for War Crimes«, in R. Tanter, M. Seiden

und S. Shalom (Hg.), *East Timor, Indonesia, and the World Community* (Rowman & Littlefield, 2000) sowie mein Buch *A New Generation Draws the Line*.

6 George Shultz, »Moral Principles and Strategic Interests«, Vortrag an der Kansas State University vom 14. April 1986; ersch. in US Dept. of State, Bureau of Public Affairs, *Current Policy* 820; Abraham Sofaer, »The United States and the World Court« (Erklärung vor dem Senate Foreign Relations Committee, Dez. 1985), ersch. in *Current Policy* 769. Vgl. Chomsky »Consens Without Consent«: *Reflections on the Theory and Practice of Democracy*, in *Cleveland State Law Review* 44.4 (1996).

7 Zur Entscheidung des Weltgerichtshofs, den Reaktionen darauf und den Nachwirkungen vgl. Chomsky, *Necessary Illusions*, Kap. 4.

8 Bill Clinton, Rede vor der UN-Generalversammlung vom 27. Sept. 1993; William Cohen, *Annual Report to the President and Congress: 1999* (US Dept. of Defense, 1999), zit. nach Jonathan Bach und Robert Borosage, in Martha Honey und Tom Barry (Hg.), *Global Focus* (St. Martin's, 2000), 180, 10. Madeleine Albright's Erklärung, daß die USA in Gegenden, »die wir... als lebenswichtig für die nationalen Interessen der USA erachten ... multilateral handeln, wenn wir es können, und unilateral, falls wir es müssen«, zit. nach Jules Kagian, *Middle East International*, 21. Okt. 1994.

9 Weitere Einzelheiten in Chomsky, *Deterring Democracy*, Kap. 11 und die dort zitierten Quellen.

10 Zum Libanon vgl. Chomsky, *Fateful Triangle*. Zur Türkei vgl. Chomsky, *The New Military Humanism*, Kap. 3 und 5.

11 Vgl. Chomsky, *World Orders Old and New*, Kap. 1; sowie Chomsky, *Rethinking Camelot*.

12 Audrey Kahm und George Kahin, *Subversion as Foreign Policy* (New Press, 1995).

13 Michael Glennon, »The New Interventionism«, *Foreign Affairs* (Mai/Juni 1999).

14 Winston Churchill, *The Second World War*, Bd. 5 (Houghton Mifflin, 1951), S. 382.

15 Zu Quellen und ausführlicheren Zitaten vgl. Chomsky, *The New Military Humanism*, Kap. 6. Vgl. auch *Defense Monitor* (Washington DC: Center for Defense Information), XXIX.3, 2000.

16 Vgl. Chomsky, *Powers and Prospects*, Kap. 7.

17 Vgl. Chomsky, *Aus Staatsräson zu den »Pentagon Papers«* und einer ihrer wenigen Überraschungen.

- 18 Eine umfassendere Erörterung findet sich in Chomsky, *World Orders Old and New*, Kap. 1.
- 19 Umfangreichere Zitate aus den offiziellen Dokumenten finden sich in Chomsky, *Necessary Illusions*, S. 263f. sowie in Chomsky, *Deterring Democracy*, S. 262f.
- 20 Zit. nach Piero Gleijeses, *Shattered Hope* (Princeton, 1991), S. 365.
- 21 Vgl. Chomsky, *Wirtschaft und Gewalt*, Kap. 8 sowie Chomsky, *Profit Over People*, Kap. 4 und die dort zitierten Quellen.
- 22 Zum Libanon vgl. Chomsky, »International Terrorism: Image and Reality«, in A. George (Hg.), *Western State Terrorism* (Polity-Blackwell, 1991). Zum Sudan vgl. Colum Lynch, BG, 24. Sept. 1998; Patrick Wintour, London Observer, 20. Dez. 1998; NYT, 28. August 1998.
- 23 Anthony Lewis, NYT, 21. und 24. April 1975; 27. Dez. 1979. Zu McNamara's In Retrospect und die Reaktionen darauf vgl. Chomsky, »Memories«, in 2 Magazine, Juli/Aug. 1995 sowie Chomsky, »Hamlet Without the Prince«, in *Diplomatie History* 20:3 (1996).
- 24 Glennon, »New Interventionism«; Sebastian Mallaby, NYT Book Review, 21. Sept. 1997; David Fromkin, *Kosovo Crossing* (Free Press, 1999), S. 196.

II. Schurkenstaaten

Seit einiger Zeit spielt der Begriff »Schurkenstaat« in der politischen Planung und Analyse eine herausragende Rolle. Die Irak-Krise vom April 1998 ist dabei nur eines der jüngeren Beispiele. Washington und London haben den Irak zum »Schurkenstaat« erklärt: Er sei eine Bedrohung für seine Nachbarn und die gesamte Welt, eine »Verbrechernational«, deren Führer, ein neuer Hitler, der von den beiden Hütern der Weltordnung, nämlich den Vereinigten Staaten und ihrem »Juniorpartner« - wie sich das britische Außenministerium vor einem halben Jahrhundert wehmütig ausdrückte - ¹, in die Schranken gewiesen werden muß.

Der Begriff »Schurkenstaat« verdient eine nähere Untersuchung. Aber zunächst wollen wir sehen, wie er in der Irak-Krise verwendet wurde.

Die Irak-Krise

Das interessanteste Merkmal der Diskussion über die Irak-Krise ist, daß sie gar nicht geführt wurde. Zwar wurden viele Worte gewechselt, und es gab Auseinandersetzungen über die Vorgehensweise, aber die Grenzen der Diskussion waren so eng gezogen, daß das Offenkundigste außer Betracht blieb: Die Vereinigten Staaten und Großbritannien hätten gemäß ihren Gesetzen und vertraglichen Verpflichtungen handeln müssen.

Den für solche Fälle vorgesehenen gesetzlichen Rahmen bildet die Charta der Vereinten Nationen. Dieser »formelle Vertrag« ist die anerkannte Grundlage der Weltordnung und des internationalen Rechts und gilt in der US-amerikanischen Verfassung als »höchstes Gesetz des Landes«.

In der UN-Charta heißt es, daß »der Sicherheitsrat in jedem einzelnen Fall feststellt, ob der Frieden bedroht ist oder gebrochen wurde oder eine Angriffshandlung vorliegt. Er schlägt vor oder beschließt, welche Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Artikeln 41 und 42 zu ergreifen sind.« Diese Artikel präzisieren diejenigen »Maßnahmen, die keine Anwendung von Waffengewalt vorsehen« und erlauben dem Sicherheitsrat, weitergehende Schritte zu veranlassen, falls er gewaltlose Maßnahmen für unzureichend hält. Die einzige Ausnahme bildet Artikel 51, der Staaten das »Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung« gegen »bewaffnete Angriffe« einräumt, »bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit notwendigen Maßnahmen ergriffen hat«. Davon abgesehen sollen sich die Mitgliedsstaaten »in ihren internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt enthalten«.

Es gibt also rechtliche Mittel, um den vielfältigen Bedrohungen des Weltfriedens zu begegnen. Wenn sich die Nachbarstaaten des Irak bedroht fühlen, können sie den Sicherheitsrat bitten, geeignete Maßnahmen gegen die Bedrohung in die Wege zu leiten. Dasselbe gilt für die USA und Großbritannien. Doch hat kein Staat das Recht, in dieser Hinsicht selbständig zu entscheiden und nach eigenem Gutdünken zu handeln; die USA und Großbritannien hätten auch dann nicht das Recht, wenn sie mit sauberen Händen dastünden - was nicht der Fall ist.

Verbrecherstaaten wie etwa Saddams Irak oder die USA akzeptieren diese Bedingungen nicht. Ohne große Umschweife machte die damalige UN-Botschafterin, Madeleine Albright, die Haltung der Vereinigten Staaten klar: Schon anlässlich einer

früheren Konfrontation zwischen den USA und dem Irak hatte sie den Sicherheitsrat davon in Kenntnis gesetzt, daß »wir multilateral handeln, wenn wir es können, und unilateral, sofern wir es müssen«, weil »wir diesem Gebiet im Hinblick auf die nationalen Interessen lebenswichtige Bedeutung einräumen« und daher keine von außen kommenden Einschränkungen akzeptieren. Sie bekräftigte diese Haltung, als UN-Generalsekretär Kofi Annan im Februar 1998 zum Zweck diplomatischer Vermittlungsbemühungen nach Bagdad reiste. »Wir wünschen ihm alles Gute«, bemerkte sie, »und wenn er zurückkommt, werden wir sehen, ob sich das, was er mitbringt, mit unserem nationalen Interesse vereinbaren läßt«, und davon wiederum hängt ab, wie wir reagieren. Als Annan mitteilte, es sei eine Übereinkunft erzielt worden, wiederholte Albright lediglich: »Möglicherweise kommt er mit etwas zurück, das nicht unseren Vorstellungen entspricht. In diesem Fall werden wir unser nationales Interesse verfolgen.« Sollte der Irak, so verkündete seinerzeit Präsident Clinton, den (von Washington festgelegten) Bedingungen nicht entsprechen, »würde jeder verstehen, daß in einem solchen Fall die Vereinigten Staaten und, wie wir hoffen, alle unsere Verbündeten, das unilaterale Recht hätten, selbst zu entscheiden, wann, wo und wie wir reagieren werden«, nämlich wie andere gewalttätige und gesetzlose Staaten. [2](#)

Der Sicherheitsrat befürwortete das von Annan ausgehandelte Abkommen einstimmig und wies Forderungen Großbritanniens und der USA, sie zur Anwendung von Gewalt zu ermächtigen, sollte der Irak sich nicht an die Verpflichtungen halten, zurück. Die Resolution drohte mit »härtesten Konsequenzen«, ohne indes deren Beschaffenheit näher zu spezifizieren. Im entscheidenden Schlußparagrafen »beschließt [der Sicherheitsrat], in Übereinstimmung mit seinen in der Charta festgelegten Pflichten, sich mit der Angelegenheit weiter aktiv zu befassen, um die Durchführung dieser Resolution sowie Frieden und Sicherheit in dem betreffenden Gebiet zu gewährleisten« - einzig und allein der Sicherheitsrat, in Übereinstimmung mit der Charta.

Die Tatsachen waren klar und eindeutig. Schlagzeilen lauteten: »Keine Unterstützung für automatischen Angriff« (Wall Street Journal), »UN weisen USA zurecht: Keine Drohungen bei Vertragsbruch durch den Irak« (New York Times) usw. Großbritanniens UN-Botschafter »versicherte seinen Kollegen im Rat bei einem vertraulichen Gespräch, daß die Resolution den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht das Recht

auf »automatische Angriffe« gegen den Irak zugestehen«, falls dieser UN-Delegationen bei der Suche nach chemischen Waffen behindere. Die Haltung des Sicherheitsrats verdeutlichte der Botschafter von Costa Rica mit folgenden Worten: »Über die Anwendung von Waffengewalt hat nur der Sicherheitsrat zu entscheiden.«

Washington reagierte anders. Der US-amerikanische Botschafter Bill Richardson erklärte, daß das Abkommen »dem unilateralen Einsatz von Gewaltmaßnahmen nicht im Wege stehe« und daß die USA sich das Recht vorbehielten, Bagdad nach eigenem Ermessen anzugreifen. Der Sprecher des Außenministeriums, James Rubin, hielt den Wortlaut der Resolution für »weniger wichtig als die vertraulichen Diskussionen, die wir geführt haben«: »Ich behaupte nicht, daß wir uns über die Resolution keine Gedanken machen«, aber »wir haben verdeutlicht, daß wir im Falle einer Verletzung des Abkommens keine Notwendigkeit sehen, uns erneut an den Sicherheitsrat zu wenden.« Der Präsident ließ verlauten, daß die Resolution den Vereinigten Staaten »die Gewährleistung biete zu handeln«, falls man mit dem Verhalten des Irak nicht zufrieden sein sollte; sein Pressesprecher ließ keinen Zweifel daran, daß militärisches Handeln gemeint sei. Die Schlagzeile der New York Times formulierte in aller Deutlichkeit: »Die USA bestehen auf dem Recht, den Irak zu bestrafen«. Die Vereinigten Staaten haben das unilaterale Recht, Gewalt nach eigenem Ermessen anzuwenden. Punktum.

Für einige stand selbst diese Haltung unseren formellen Verpflichtungen gegenüber der nationalen und internationalen Rechtsprechung noch zu nahe. Der Sprecher der Senatsmehrheit, Trent Lott, beschuldigte die Regierung, sie habe die Außenpolitik »Subunternehmern überlassen« — nämlich dem UN-Sicherheitsrat. Senator John McCain wies warnend darauf hin, daß »die Vereinigten Staaten dabei sind, ihre Macht den Vereinten Nationen unterzuordnen«, wozu nur gesetzestreue Staaten verpflichtet sind. Und Senator John Kerry fügte hinzu, daß es für die USA »legitim« wäre, in den Irak einzumarschieren, falls Saddam »halsstarrig bleibt, die UN-Resolutionen verletzt und weiterhin eine Bedrohung für die Weltgemeinschaft darstellt« ganz unabhängig davon, wie der Sicherheitsrat die Lage einschätzt. Ein derartiges unilaterales Vorgehen läge »durchaus im Rahmen des internationalen Rechts«, wie Kerry es begreift. Der Senator, der zur Fraktion der liberalen »Tauben« zählt und als Gegner des Vietnamkriegs zu nationaler Berühmtheit gelangte, sah keinen

Widerspruch zwischen seiner jetzigen Haltung und seinen früheren Anschauungen. Vietnam habe ihn gelehrt, daß Gewalt nur eingesetzt werden solle, wenn das Ziel »erreichbar ist und den Bedürfnissen des Heimatlandes dient«. Insofern war Saddams Einmarsch in Kuwait nur aus einem einzigen Grund falsch: Er konnte, wie sich herausstellen sollte, sein Ziel nicht »erreichen«.³

Auf der liberalen Seite des politischen Spektrums wurde das von Annan erzielte Abkommen begrüßt, ohne daß dessen zentrale Gesichtspunkte überhaupt wahrgenommen wurden. Typisch für diese verengte Wahrnehmung ist die Reaktion des Boston Globe: Wäre, so meint die Zeitung, Saddam nicht zurückgewichen, »so hätten die Vereinigten Staaten nicht nur das Recht gehabt, den Irak anzugreifen, sondern es wäre unverantwortlich gewesen, dies zu unterlassen«. Keine weiteren Fragen. Die Herausgeber forderten auch einen »universellen Konsens über die Ächtung von Massenvernichtungswaffen«: »Die Welt besitzt keine bessere Gelegenheit, um eine pervertierte Wissenschaft daran zu hindern, bislang unvorstellbare Schäden anzurichten.« Ein sinnvoller Vorschlag, der sich ohne Gewaltanwendung leicht in die Tat umsetzen ließe, aber gerade darum geht es ja gar nicht. William Pfaff, ein Analytiker der politischen Szene, beklagte die Abneigung Washingtons, »theologische oder philosophische Anschauungen« zu Rate zu ziehen, wie dies politische Analytiker in Großbritannien und den Vereinigten Staaten während der fünfziger und sechziger Jahre praktiziert hätten. Pfaff dachte jedoch an Thomas von Aquin und den Renaissancetheologen Francisco Suarez und nicht an die klaren, unzweideutigen Grundlagen des gegenwärtigen internationalen und nationalen Rechts, die der Kultur der Intellektuellen nichts bedeuten. Ein weiterer liberaler Analytiker drängte die Vereinigten Staaten, folgender Tatsache ins Auge zu sehen: Wenn die USA ihre unvergleichliche Macht »tatsächlich um der Menschheit willen ausüben, dann hat die Menschheit dabei ein gewisses Mitspracherecht«, das ihr »von der Verfassung, dem Kongreß und den gelehrten Herren des Sonntagsfernsehens verweigert wird«; »die anderen Nationen haben Washington nicht das Entscheidungsrecht übertragen, wann, wo und wie ihre Interessen vertreten werden sollen« so Ronald Steel.

Allerdings bietet die Verfassung durchaus solche Möglichkeiten, indem sie gültige Verträge und insbesondere deren grundlegendsten, die UN-Charta, zum »höchsten Gesetz

des Landes« erhebt. Zudem ermächtigt sie den Kongreß, »Verstöße gegen das internationale Recht« auf der Grundlage der UN-Charta »zu bestimmen und zu bestrafen«. Des weiteren ist die Formulierung »die anderen Nationen haben Washington das Entscheidungsrecht nicht übertragen« einigermaßen untertrieben; sie haben es der US-amerikanischen Regierung explizit verwehrt und sind damit der (zumindest rhetorischen) Leitlinie Washingtons gefolgt, die die Charta maßgeblich geprägt hat. [4](#)

Der Hinweis auf die Verletzung der UN-Resolutionen durch den Irak diene im wesentlichen dazu, den beiden kriegführenden Staaten (USA und Großbritannien) das Recht auf Gewaltanwendung zuzusprechen und sie die Rolle von »Weltpolizisten« spielen zu lassen — eine Beleidigung für die Polizei, die, zumindest im Prinzip, das Recht durchsetzen und nicht in Makulatur verwandeln soll. Es gab Kritik an Washingtons »Arroganz der Macht« und dergleichen, was für einen gewalttätigen Verbrecherstaat, der sich selbst außerhalb der Rechtsordnung stellt, kaum der angemessene Ausdruck ist. Man könnte (was niemand wirklich versucht hat) die amerikanisch-britischen Ansprüche mit einer arg gewundenen rechtlichen Argumentation zu stützen suchen. Der erste Schritt läge im Nachweis, daß der Irak die UN-Resolution 687 vom 3. April 1991 verletzt hat. Diese Resolution sieht einen Waffenstillstand vor, »sobald der Irak offiziell mitteilt«, daß er die Bedingungen (Zerstörung der Waffen, Untersuchung durch UN-Kommissionen usw.) akzeptiert. Es ist die vielleicht längste und detaillierteste Resolution, die der Sicherheitsrat jemals verabschiedet hat, aber sie enthält keine Erzwingungsmechanismen. Der zweite Argumentationsschritt wäre die Behauptung, daß die Verletzung der Resolution 687 die Resolution 678 »wieder in Kraft setzt«. [5](#) Diese ermächtigt die Mitgliedsstaaten, »alle notwendigen Mittel anzuwenden, um Resolution 660 zu stützen und durchzusetzen«[6](#), die den Irak auffordert, sich sofort aus Kuwait zurückzuziehen und beide Staaten dazu anhält, »ohne Verzögerung intensive Verhandlungen zur Beilegung ihrer Differenzen aufzunehmen«, wobei die Verträge der Arabischen Liga den Rahmen abgeben sollen. Die Resolution 678 setzt auch »alle [auf Resolution 660] folgenden relevanten Resolutionen« (genauer gesagt 662 und 664) in Kraft, deren Relevanz darin besteht, daß sie sich auf die Besetzung Kuwaits und die damit verbundenen Handlungen des Irak beziehen. Wird mithin Resolution 678 wieder in Kraft gesetzt, bleibt alles beim alten: sie ermächtigt

nicht zur Gewaltanwendung, um die spätere Resolution 687 durchzusetzen, die ganz andere Schwerpunkte enthält und über Sanktionen nicht hinausgeht.

Man muß die Angelegenheit nicht weiter diskutieren. Die USA und Großbritannien hätten alle Zweifel beseitigen und, gemäß der Charta, den Sicherheitsrat anrufen können, um sich von ihm zur »Androhung und Anwendung von Gewalt« ermächtigen zu lassen. London unternahm einige Schritte in diese Richtung, ging aber sofort auf Distanz, als deutlich wurde, daß der Sicherheitsrat andere Vorstellungen hatte. Blairs (rasch wieder abgebrochene) Initiative sei, so ein Leitartikel der Financial Times, ein »Fehler« gewesen, weil sie »die anglo-amerikanische Position geschwächt« habe.⁷ Doch sind derlei Erwägungen in einer von Schurkenstaaten, die Recht und Gesetz verachten, beherrschten Welt ohnehin bedeutungslos.

Nehmen wir an, der Sicherheitsrat würde die Anwendung von Gewalt befürworten, um den Irak für die Verletzung der Resolution 687 zu bestrafen. In diesem Fall wären sämtliche Staaten dazu ermächtigt — zum Beispiel auch der Iran, der somit das Recht hätte, in den südlichen Irak einzumarschieren, um einen Aufstand zu unterstützen. Der Iran ist ein Nachbarstaat und war das Opfer irakischer Angriffe, bei denen auch chemische Waffen zum Einsatz kamen. Die USA standen dem Irak damals übrigens hilfreich zur Seite. Der Iran könnte durchaus glaubhaft machen, daß sein Einmarsch in der Region nicht ohne Unterstützung bleiben würde, was für Großbritannien und die USA Ganz gewiß nicht gilt. Allerdings würden solche Aktionen des Iran niemals geduldet werden, obwohl sie weitaus weniger schändlich wären als die Pläne der Zwingherren von eigenen Gnaden. Schwer vorstellbar, daß solche elementaren Erwägungen Eingang in die öffentliche Diskussion finden, die in Großbritannien und den USA geführt werden.

Offene Verachtung

Die Verachtung für die Herrschaft des Gesetzes hat in der politischen Praxis und der geistigen Kultur der USA tiefe Wurzeln geschlagen. Nehmen wir als Beispiel nur die Reaktion auf das Urteil des Weltgerichtshofs von 1986, das den Vereinigten Staaten »ungesetzliche Gewaltanwendung« gegen Nicaragua vorwarf. Die USA wurden aufgefordert, auf diese zu verzichten und umfangreiche Reparationen zu zahlen. Die Unterstützung der Contras wurde als »militärische«, nicht aber

als »humanitäre« Hilfe deklariert. Die Antwort war eindeutig: Der Weltgerichtshof, so hieß es, habe sich unglaublich gemacht. Die Urteilsbegründungen wurden für nicht druckreif erklärt und einfach ignoriert.

Der Kongreß, in dem die Demokraten die Mehrheit hatten, stellte sofort weitere Gelder für die Ausweitung der ungesetzlichen Gewaltanwendung zur Verfügung. Washington legte sein Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats ein, die alle Staaten dazu aufrief, das internationale Recht zu respektieren — Namen wurden nicht genannt, aber die Absicht lag auf der Hand. Als die Generalversammlung eine ähnliche Resolution verabschiedete, stimmten die USA dagegen. Unterstützt wurden sie lediglich von Israel und El Salvador. Im darauffolgenden Jahr konnten die Vereinigten Staaten dann nur noch auf das ohnehin automatische israelische »Nein« zählen. Über solche Vorgänge und ihre Bedeutung schweigen die meinungsbildenden Medien und Zeitungen sich zumeist aus.

Unterdessen erklärte Außenminister George Shultz, daß »Verhandlungen ein Euphemismus für die Kapitulation sind, solange nicht der Schatten der Macht auf den Verhandlungstisch fällt«. Er verurteilte all jene, die »utopische, legalistische Mittel wie die Vermittlung von außen, die Vereinten Nationen, den Weltgerichtshof« befürworten »und zugleich den Machtfaktor in der Gleichung übersehen«. Solche Gesinnungen finden in der modernen Geschichte ihre Vorläufer.⁸

Besonders enthüllend ist die Verachtung für den Artikel 51 der UN-Charta. Sie zeigte sich mit bemerkenswerter Deutlichkeit gleich nach dem Genfer Abkommen von 1954, das Friedensregelungen für Indochina vorsah. Washington hielt die Abmachungen für eine »Katastrophe« und ging sofort daran, sie zu untergraben. Der Nationale Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten ließ insgeheim verlauten, man werde auch dann militärische Einsätze erwägen, wenn »kommunistische Subversion oder Rebellion nicht mit bewaffneten Angriffen einhergehe«. Auch ein Angriff auf China wurde nicht ausgeschlossen, falls die »Subversion« erkennbar »von dort aus gesteuert werde«. ⁹ Diese Formulierungen wurden wortwörtlich Jahr für Jahr von Planungsdokumenten übernommen und bekundeten, daß die Vereinigten Staaten das Recht hätten, gegen den Artikel 51 zu verstoßen. Dasselbe Dokument forderte die Remilitarisierung Japans und sah vor, Thailand »zum Brennpunkt verdeckter und psychologischer

Operationen der USA in Südostasien« zu machen. Außerdem sollten in ganz Indochina »verdeckte Operationen in großem Maßstab und auf effektive Weise« durchgeführt werden. Insgesamt ging es darum, das Genfer Abkommen und die Bestimmungen der UN-Charta gezielt zu unterminieren. Dieses höchst bedeutsame Dokument wurde von den Historikern der »Pentagon Papers« grob verfälscht und ist aus der Geschichtsschreibung weitgehend verschwunden.

Sodann gingen die Vereinigten Staaten dazu über, »Aggression« auch als »politische Kriegführung oder Subversion« (die natürlich nur der Gegner betreibt) zu definieren. Adlai Stevenson sprach von »interner Aggression«, während er zugleich die von Kennedy betriebene Eskalierung des Vietnam-Konflikts durch umfassende militärische Angriffe auf Südvietnam verteidigte. Als die USA 1986 libysche Städte bombardierten, begründeten sie dies offiziell als »Verteidigungsmaßnahme gegen zukünftige Angriffe«. Anthony Lewis, Spezialist für Internationales Recht der New York Times, lobte die Regierung: Sie beziehe sich »auf das rechtliche Argument, daß Gewaltanwendung [in diesem Fall] der Selbstverteidigung dient«. Diese einfallsreiche Interpretation des Artikels 51 der UN-Charta hätte einen einigermaßen gebildeten Studenten in Verwirrung gestürzt. Als die USA Panama besetzten, verteidigte der Botschafter Thomas Pickering diese Aktion unter Berufung auf den Artikel 51, der, so erklärte er, »den Einsatz bewaffneter Kräfte vorsieht, um ein Land, um unsere Interessen und unser Volk zu verteidigen«. Demzufolge hätten die USA das Recht, in Panama einzumarschieren, um zu verhindern, »daß das Land zur Drehscheibe für den Drogenschmuggel in die Vereinigten Staaten wird«. Weises Kopfnicken rauschte durch den liberalen Blätterwald.

Im Juni 1993 gab Clinton den Befehl, den Irak mit Marschflugkörpern anzugreifen. Dabei wurden Zivilisten getötet, der Präsident jedoch gefeiert. Wie er, so hielten auch die »Tauben« im Kongreß und die Presse den Angriff für »angemessen, vernünftig und notwendig«. Die Kommentatoren zeigten sich besonders beeindruckt von Madeleine Albright's Berufung auf den Artikel 51. Die Bombardierung, so erklärte sie, war »ein Akt der Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff«. Sie spielte damit auf einen angeblich zwei Monate zuvor unternommenen Versuch an, den Ex-Präsidenten Bush zu ermorden. Der Hinweis auf den Artikel 51 wäre aber selbst dann absurd gewesen, wenn der Irak

tatsächlich nachweisbar in die Angelegenheit verwickelt gewesen wäre. Regierungsbeamte, die »ungenannt bleiben wollten«, informierten die Presse, »daß es für eine Beteiligung des Irak bestenfalls Indizienbeweise gebe, nicht aber durch geheimdienstliche Ermittlungen erhärtete Fakten«. So berichtete die New York Times, ohne die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Washington Post versicherte der gebildeten Öffentlichkeit, daß die Umstände auf den Artikel 51 »genau zutreffen«. »Jeder Präsident hat die Pflicht, zum Schutz der nationalen Interessen militärische Gewalt anzuwenden«, hieß es in der New York Times, die den gegebenen Fall jedoch mit einiger Skepsis betrachtete. »In diplomatischer Hinsicht erwies sich die Begründung als geeignet«, schrieb der Boston Globe und fuhr fort: »Indem Clinton sich auf die UN-Charta bezog, gab er dem amerikanischen Wunsch Ausdruck, das internationale Recht zu respektieren.« Artikel 51, so der Christian Science Monitor, »gibt Staaten die Möglichkeit, auf Bedrohungen durch eine feindliche Macht militärisch zu reagieren.« Der britische Außenminister Douglas Hurd belehrte das Parlament, ein Staat könne sich, »um seine Bürger vor Bedrohungen zu schützen«, bei gewaltsamen Maßnahmen auf den Artikel 51 berufen, der zur Selbstverteidigung ermächtige. Hurd unterstützte damit Clintons »gerechtfertigte und maßvolle Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung«. Die Welt wäre, fuhr er fort, »auf gefährliche Weise paralysiert«, wenn die USA erst die Zustimmung des Sicherheitsrats einholen müßten, ehe sie Marschflugkörper entsenden, um einen Feind, der - möglicherweise oder auch nicht - vor zwei Monaten einen Attentatsversuch auf einen Ex-Präsidenten unternommen hatte, zu bestrafen.¹⁰

All dies trägt erheblich zur weithin bekundeten Besorgnis über »Schurkenstaaten« bei, die bereit sind, zur Wahrung der selbstdefinierten »nationalen Interessen« Gewalt anzuwenden. Noch bedenklicher wird es, wenn es sich dabei um Schurkenstaaten handelt, die sich weltweit zum Richter und Hinrichter erkoren haben.

Schurkenstaaten, näher definiert

Interessant sind auch jene Gesichtspunkte, die in der Nicht-Diskussion über die Irak-Krise eine Rolle gespielt haben. Doch betrachten wir zunächst den Begriff »Schurkenstaat«.

Seine Grundlage bildet die Auffassung, daß die USA auch nach dem Kalten Krieg noch die Verantwortung dafür tragen, die Welt zu schützen - aber wovor? Sicher nicht vor der

Bedrohung durch »radikalen Nationalismus« — also vor der Weigerung, sich dem Willen der Mächtigen zu beugen. Derlei Vorstellungen taugen allenfalls für interne Planungsdokumente, nicht für die Öffentlichkeit. Bereits zu Beginn der achtziger Jahre wurde deutlich, daß die konventionellen Techniken der Massenmobilisierung - die Berufung auf Kennedys »monolithische und ruchlose Verschwörung« oder Reagans »Reich des Bösen« — ihre Wirksamkeit verloren. Man brauchte neue Feinde.

In den USA selbst wurde die Furcht vor Verbrechen - insbesondere Drogen — durch »eine Reihe von Faktoren [geschürt], die mit dem Verbrechen an sich wenig oder gar nichts zu tun haben«, lautete die Schlußfolgerung der Nationalen Strafrechtskommission. Sie machte dafür bestimmte Praktiken der Medien wie auch die Regierung und die Privatindustrie verantwortlich: Man habe »latente ethnische Spannungen zu politischen Zwecken ausgenutzt« und bei der Verfolgung und Verurteilung von Straftätern in so einseitiger Weise die Schwarzen im Auge gehabt, daß ganze Gemeinschaften dadurch zerstört worden seien. So sei »ein Abgrund zwischen den ethnischen Gruppen« aufgerissen und die »Nation an den Rand einer sozialen Katastrophe« geführt worden. Kriminologen sprechen vom »amerikanischen Gulag« und einer »neuen amerikanischen Apartheid«. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA bilden Afroamerikaner die Mehrheit der Gefängnisinsassen; zur Zeit sind siebenmal so viele Schwarze wie Weiße in Haft — eine Relation, die in gar keinem Verhältnis zur Anzahl der Verhaftungen steht, obwohl Schwarze sehr viel häufiger als Weiße des Drogenkonsums oder Drogenhandels beschuldigt werden.^{[11](#)}

Im Ausland bedrohen »internationaler Terrorismus«, »ibero-amerikanische Drogenhändler« und, in erster Linie, »Schurkenstaaten« die Sicherheit der Nation. 1995 erstellte das Strategische Kommando, das für die strategischen Nuklearwaffen zuständig ist, eine Untersuchung mit dem Titel Essentials of Post-Cold War Deterrence, in der die Grundlinien der Abschreckungspolitik in der Ära nach dem Kalten Krieg dargelegt werden. Durch das Gesetz zur Informationsfreiheit wurde die Studie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie »zeigt, wie die Vereinigten Staaten ihre Abschreckungsstrategie nach dem Zerfall der Sowjetunion auf sogenannte Schurkenstaaten wie Irak, Libyen, Kuba und Nordkorea verlagert haben«, berichtet Associated Press. Die Untersuchung rät den USA, ihr Arsenal an Nuklearwaffen zu

benutzen, um zu demonstrieren, daß sie »im Falle eines Angriffs auf ihre Lebensinteressen irrational und rachsüchtig« reagieren. Das sollte ein »Bestandteil unseres Nationalcharakters sein, den wir gegenüber allen Gegnern«, insbesondere den »Schurkenstaaten«, »zur Geltung bringen«. »Es schwächt uns, wenn wir uns als allzu rational und besonnen präsentieren« und uns gar noch solchem Schwachsinn wie internationalem Recht und vertraglichen Bindungen verpflichtet fühlen. »Die Tatsache, daß einige Angehörige« der US-Regierung »als potentiell »unkontrollierbar« erscheinen, kann dazu dienen, bei den politischen Entscheidungsträgern eines Gegners Befürchtungen und Zweifel zu wecken oder zu verstärken«. Die Studie greift auf Nixons »Theorie vom Irrsinnigen« zurück: Wenn unsere Feinde erkennen, daß wir verrückt sind und, bei gleichzeitiger Verfügung über Waffen von großer Zerstörungskraft, unvorhersehbar handeln, werden sie Angst bekommen und sich unserem Willen beugen. Dieses Konzept wurde vermutlich in den fünfziger Jahren in Israel entworfen; die Führer der damals regierenden Arbeiterpartei »propagierten Wahnsinnstaten«, wie der ehemalige Premierminister Moshe Sharett in seinem Tagebuch notiert. Es wurde davor gewarnt, daß wir »durchdrehen« (nisbtagea), wenn man uns betrügt. Diese »Geheimwaffe« richtete sich zum Teil gegen die Vereinigten Staaten, die zu der Zeit nicht als verlässlicher Bündnispartner galten. Wenn nun die einzige Supermacht der Welt, die sich als ein außerhalb aller Gesetze stehender Staat betrachtet und von den eigenen Eliten kaum kontrolliert wird, diese Haltung einnimmt, hat die Welt ein erhebliches Problem.¹²

Präsident Reagan erkor sich schon bald nach Amtsantritt Libyen zum Lieblings-»Schurkenstaat«. Dieses Land ist militärischen Angriffen ziemlich schutzlos ausgesetzt und bietet sich daher bei Bedarf als idealer Prügelknabe an. Das geschah 1986, als zum ersten Mal in der Geschichte ein Bombardement so arrangiert wurde, daß es zur besten Sendezeit im Fernsehen übertragen werden konnte. Die Redenschreiber des »Großen Kommunikators« warben damit um Unterstützung für Washingtons terroristische Angriffe auf Nicaragua, dem der »Erzterrorist« Ghaddafi »400 Millionen \$ sowie Waffen und Berater geschickt hat, um von dort aus seinen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen«. Die USA übten also lediglich ihr Recht auf Selbstverteidigung gegen die bewaffneten Angriffe des nicaraguanischen Schurkenstaats aus.

Gleich nach dem Fall der Berliner Mauer, mit dem die »sowjetische Bedrohung« dahinschwand, stellte die Regierung Bush im Kongreß den jährlichen Antrag auf Genehmigung eines umfangreichen Verteidigungshaushalts. Sie erklärte dazu, daß »auch in einer neuen Ära unsere militärische Macht wesentlich zur Aufrechterhaltung des globalen Gleichgewichts beiträgt. Aber ... es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Einsatz unserer Streitkräfte nicht mehr für die Sowjetunion, sondern für die Dritte Welt benötigt wird, wo neue Fähigkeiten und Ansätze erforderlich werden dürften.« Verwiesen wurde dabei auf Reagan, »der 1986 amerikanische Luft- und Seestreitkräfte [nach Libyen] zurückschickte«, um dort in den Städten zivile Ziele zu bombardieren, womit er »zu einem internationalen Klima von Frieden, Freiheit und Fortschritt beitragen wollte, in dem unsere Demokratie — und andere freie Nationen — gedeihen können«. Was uns jetzt zuvörderst bedroht, ist die »wachsende technologische Rüstungsperfektion« in der Dritten Welt. Folglich müssen wir die »industrielle Grundlage der Verteidigung« - das heißt die Hightech-Industrie — stärken, indem wir Investitionsanreize für »neue Rüstungsanlagen und -produkte sowie für Forschung und Entwicklung« schaffen. Und wir müssen, vor allem in Hinblick auf den Mittleren Osten, Interventionsstreitkräfte unterhalten. Dort nämlich kann die »Bedrohung unserer Interessen«, die ein direktes militärisches Eingreifen erforderlich machte, »nicht dem Kreml angelastet werden«. Damit hat die Mär von der sowjetischen Bedrohung ihr Ende gefunden. Schon früher wurde, bisweilen insgeheim, erkannt, was jetzt offiziell zugegeben wird: Im Mittleren Osten geht die »Bedrohung« direkt von den regionalen Verhältnissen aus, nämlich von jenem »radikalen Nationalismus«, der nicht nur dort von den Vereinigten Staaten mit größter Sorge beobachtet wird.¹³

Doch zunächst konnte die »Bedrohung unserer Interessen« auch nicht dem Irak angelastet werden. Ende 1989 war Saddam Hussein noch ein bevorzugter Freund und Handelspartner. Das änderte sich erst einige Monate später, als die USA signalisierten, sie würden gewaltsame Verschiebungen der Grenze zu Kuwait dulden. Saddam sah darin eine Art Freibrief, sich den gesamten Nachbarstaat unter den Nagel zu reißen - oder, aus der Sicht der US-Regierung, mit Kuwait so zu verfahren, wie es die USA gerade mit Panama getan hatten. Gleich nach der Besetzung Kuwaits erläuterte Bush bei einem Treffen auf höchster Ebene das

Problem: »Ich befürchte, daß die Saudis ... in letzter Minute abhauen und in Kuwait eine Marionettenregierung akzeptieren.« Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Colin Powell, brachte die Befürchtungen auf den Punkt: »[In] den nächsten Tagen wird der Irak sich zurückziehen, sein Marionettenregime installieren«, und »die gesamte arabische Welt wird zufrieden sein.« [14](#)

Natürlich lassen sich historische Parallelen nie ganz genau ziehen. Als Washington den Teilrückzug seiner Truppen aus Panama anordnete, nachdem dort ein Marionettenregime installiert worden war, kam es nicht nur in der westlichen Hemisphäre und in Panama selbst, sondern auch in vielen anderen Teilen der Welt zu empörten Reaktionen, so daß Washington sich gezwungen sah, gegen zwei Resolutionen des Sicherheitsrats sein Veto einzulegen und gegen eine Resolution der UN-Generalversammlung zu stimmen, die Washingtons »flagranten Verstoß gegen das internationale Recht sowie die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Staaten« verurteilte und den Rückzug der »Invasionsstreitkräfte aus Panama« forderte. Die Besetzung Kuwaits durch den Irak wurde anders behandelt; zwar nicht gemäß der Standardversion, aber auf eine Weise, die sich in den Printmedien niederschlug.

Die nicht zur Sprache gekommenen Tatsachen werfen ein interessantes Licht auf die Kommentare politischer Leitartikler. So beschäftigt sich zum Beispiel Ronald Steel mit dem »Rätsel«, daß die USA »als mächtigste Nation der Welt größeren Einschränkungen ihrer Freiheit, Gewalt anzuwenden, unterworfen sind als jedes andere Land«. Darum war Saddam in Kuwait ja auch so erfolgreich, während es Washington nicht gelang, in Panama seinen Willen durchzusetzen. [15](#) Man sollte sich daran erinnern, daß 1990-91 jede Auseinandersetzung über den Konflikt verhindert wurde. Erörtert wurde die Frage, ob Sanktionen Wirkung zeigen würden, nicht aber, ob sie, vielleicht kurz nach der Verabschiedung von Resolution 660, bereits Erfolg gehabt hatten. Washington befürchtete vielmehr, daß Sanktionen Wirkung zeigen könnten und weigerte sich daher, verschiedene Rückzugsangebote, die der Irak zwischen August 1990 und Januar 1991 lanciert hatte, auf ihre Ernsthaftigkeit zu prüfen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hielt das US-amerikanische Informationssystem in diesem Punkt dicht. Umfragen, die wenige Tage vor den Bombardements vom Januar 1991 durchgeführt worden waren, belegten, daß etwa zwei Drittel der Befragten eine

friedliche Regelung befürworteten. Grundlage sollte der Rückzug des Irak in Verbindung mit einer internationalen Konferenz zum israelisch-arabischen Konflikt sein. Doch diese Position fand in der Öffentlichkeit kaum Widerhall; die Medien folgten treu und brav dem Präsidenten und lehnten, wie dieser, eine »Verknüpfung« der vorgeschlagenen Art als undenkbar ab — in diesem einen Fall. Wohl keiner der Befragten dürfte gewußt haben, daß auch die demokratische Opposition im Irak, die in den Mainstream-Medien gar nicht zu Wort kam, eine friedliche Regelung befürwortete. Unerwähnt blieb ebenfalls ein vergleichbares Angebot des Irak, das US-Regierungsbeauftragte eine Woche zuvor mitgeteilt hatten, weil sie es für sinnvoll hielten, während Washington es umstandslos verwarf. Und bereits Mitte August war ein irakisches Rückzugsangebot vom Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten erörtert und verworfen worden. Die Öffentlichkeit erfuhr davon so gut wie nichts. Offensichtlich befürchtete man, daß derlei Initiativen »die Krise entschärfen könnten«, wie der diplomatische Korrespondent der New York Times indirekt die Besorgnisse der Regierung ausdrückte.

Seitdem ist der Irak als führender »Schurkenstaat« an die Stelle Libyens und des Iran getreten. Andere wurden gar nicht erst in Erwägung gezogen. Der vielleicht bedeutsamste Fall ist Indonesien, das vom Feind zum Freund wurde, als General Suharto 1965 die Macht übernahm und ein Massaker à la Ruanda veranstalten ließ, dem der Westen großen Beifall zollte. Seitdem war Suharto »genau unser Typ«, um es mit den Worten der Regierung Clinton zu sagen. Suharto führte unterdessen einen gnadenlosen Krieg gegen sein eigenes Volk und ließ noch in den achtziger Jahren, wie er selbst bezeugte, zehntausend Indonesier töten. Man habe, so schrieb »unser Typ«, »die Leichen in einer Art Schocktherapie einfach herumliegen lassen«.¹⁶ Im Dezember 1975 forderte der UN-Sicherheitsrat Indonesien einstimmig auf, seine Invasionstruppen »unverzüglich« aus Ost-Timor zurückzuziehen. »Alle Staaten« sollten »die territoriale Integrität Ost-Timors und das unverzichtbare Recht des timoresischen Volks auf Selbstbestimmung respektieren«. Die USA reagierten darauf mit (heimlichen) Waffenlieferungen an die Aggressoren, die von Präsident Carter auch 1978, als die Angriffe in Völkermord ausarteten, entsprechend unterstützt wurden. In seinen Memoiren erinnert sich der US-Botschafter Patrick Moynihan voller Stolz an den Erfolg, mit dem er

»sämtliche Maßnahmen [der Vereinten Nationen] ins Leere laufen ließ«. Er folgte damit den Anweisungen des Außenministeriums, das »die Angelegenheit nach seinem Willen geregelt haben wollte«. Die USA haben auch nichts dagegen einzuwenden, daß Ost-Timor (unter Beteiligung eines US-Konzerns) seines Öls beraubt wird, was eine eindeutige Verletzung internationaler Abkommen darstellt.

Die Analogie zum Irak-Konflikt ist deutlich; es gibt allerdings Unterschiede. Die offenkundigste Differenz liegt darin, daß die von den USA unterstützten Greuelaten in Ost-Timor weit über das hinausgingen, was Saddam Hussein an Verbrechen gegen die Kuwaiter zugeschrieben wurde.

Es gibt noch viele andere Beispiele, wobei manche, auf die häufig Bezug genommen wird, mit Vorsicht behandelt werden sollten, vor allem, wenn es um Israel geht. Als die Israelis 1982 mit amerikanischer Unterstützung den Libanon besetzten, gab es mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung als bei Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait. Außerdem verletzte Israel eine 1978 verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der es aufgefordert wurde, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. Unbeachtet blieben auch viele andere Resolutionen, die Jerusalem, die Golanhöhen und andere neuralgische Punkte betrafen. Es gäbe noch mehr solcher Resolutionen, wenn die USA nicht regelmäßig ihr Veto einlegten. Aber der geläufige Vorwurf, daß Israel (und insbesondere die Regierung unter Netanjahu) die UN-Resolution 242 und die Osloer Verträge verletze, während die USA, indem sie dies duldeten, mit »zweierlei Maß« messen würden, beruht auf einer gravierenden Fehlinterpretation dieser Abkommen. Die Abkommen von Madrid und Oslo wurden von Israel und den USA mit dem Ziel vorangetrieben, eine Siedlungspolitik im Stil der Bantustan zu betreiben. Nicht nur die arabische Welt verschließt davor bereitwillig die Augen, doch die Dokumente und insbesondere die von den USA unterstützten Projekte der Regierungen Rabin und Peres sprechen eine unmißverständliche Sprache. Das gilt auch für die Siedlungsvorhaben, derentwegen die Likud-Regierung Benjamin Netanjahus ins Kreuzfeuer der Kritik geriet.¹⁷ Die Behauptung, daß Israel »nicht nachweislich Anordnungen des Sicherheitsrats verletzt«¹⁸, ist eindeutig falsch, aber die jeweiligen Begründungen sollten sorgfältig geprüft werden.

Kommen wir auf den Irak zurück, der zweifellos ein führender Verbrecherstaat ist. Am 18. Januar 1998 übertrug das Fernsehen eine öffentliche Zusammenkunft, bei der die

Minister Albright und Cohen den Plan eines Angriffs auf den Irak verteidigten, indem sie wiederholt auf Saddams »scheußlichstes Verbrechen«, den »Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen die Nachbarstaaten und sein eigenes Volk« hinwiesen. »Es ist sehr wichtig für uns, deutlich zu machen, daß die Vereinigten Staaten und die zivilisierte Welt keine Beziehungen zu jemandem unterhalten können, der bereit ist, diese Massenvernichtungswaffen gegen das eigene Volk oder seine Nachbarn einzusetzen«, antwortete Albright so gereizt wie nachdrücklich auf einen Fragesteller, der die amerikanische Unterstützung für Suharto angesprochen hatte. Kurz danach verurteilte Senator Lott Kofi Annan, der »menschliche Beziehungen zu einem Massenmörder« pflegen wolle, und prangerte die Regierung an, die einer so tief gesunkenen Person ihr Vertrauen schenke.

Tönende Worte. Abgesehen davon, daß Albright und Cohen der Frage nach Suharto auswichen, vergaßen sie zu erwähnen — und die Kommentatoren waren freundlich genug, entsprechende Hinweise zu unterlassen -, daß der Irak nicht durch das, was jetzt als verabscheuungswürdig galt, zum »Schurkenstaat« geworden war. Und Lott schien schon vergessen zu haben, daß seine Helden Reagan und Bush mit dem »Massenmörder« ungewöhnlich herzliche Beziehungen gepflegt hatten. Als Saddam im März 1988 bei Halabja Giftgas gegen Kurden einsetzte, blieb der leidenschaftliche Ruf nach einem Militärschlag aus; statt dessen intensivierten Großbritannien und die USA ihre Unterstützung für den Massenmörder, der damals noch »genau unser Typ« war. Als Charles Glass, Fernsehkorrespondent von ABC, zehn Monate nach dem Vorfall von Halabja einen Ort zeigte, an dem Saddams Pläne zur biologischen Kriegführung umgesetzt wurden, stritt das Außenministerium alles ab, und die Geschichte wurde nicht weiterverfolgt. Mittlerweile, so Glass, gibt das Außenministerium »über eben diesen Ort Instruktionen heraus«.

Die beiden Wächter der Weltordnung ermöglichten auch die anderen Greueltaten Saddams, wie etwa den Einsatz von Zyanid, Nervengas und anderen barbarischen Waffen, mit Technologie, Nachschublieferungen und geheimdienstlichen Informationen. Das Banking Committee des Senats berichtete 1994, daß das US-Handelsministerium Lieferungen »biologischer Materialien« aufgespürt habe, die mit den später von UN-Inspektoren gefundenen und vernichteten Vorräten identisch gewesen wären, heißt es bei Bill Blum. Diese

Lieferungen hätten mindestens bis zum November 1989 stattgefunden. Einen Monat später gewährte Bush seinem Freund Saddam weitere Anleihen, um »US-amerikanische Exporte zu erhöhen und uns bei Verhandlungen über die Situation der Menschenrechte im Irak eine bessere Position zu verschaffen«, verkündete das Außenministerium mit vollem Ernst. Die Medien, sofern sie überhaupt davon berichteten, übten keinerlei Kritik.

Die britischen Handelsbeziehungen wurden, zumindest teilweise, in einer offiziellen Untersuchung (der Scott Inquiry) ans Licht gebracht. Vor nicht allzu langer Zeit mußte die Regierung eingestehen, daß sie noch nach der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse, mindestens bis zum Dezember 1996, britischen Firmen Lizenzen für den Export von Materialien, die zur Produktion biologischer Waffen genutzt werden konnten, erteilt hatte.

Am 28. Februar 1998 veröffentlichte die New York Times einen Überblick über westliche Lieferungen von Materialien, die zur Herstellung von biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen tauglich waren. Sie erwähnt dabei auch eine US-amerikanische Lieferung aus den achtziger Jahren, die »tödlich wirkende Krankheitserreger« umfaßte. Einige Teile stammten aus dem Militärzentrum für Virenforschung in Fort Detrick. Die Regierung hatte dem Export zugestimmt. Natürlich ist das nur die Spitze des Eisbergs.^{[19](#)}

Solche und ähnliche Vorgänge werden häufig damit entschuldigt, daß Saddams Verbrechen damals nicht bekannt gewesen seien, während wir jetzt richtig schockiert sind und, mit Albright's Worten, deutlich machen müssen, daß wir mit einem solchen Verbrecher »keine Beziehungen unterhalten können«. Wir sind ja schließlich zivilisierte Leute. Aber diese Haltung ist zynischer Schwindel. Bereits 1986 und 1987 haben UN-Berichte den Irak wegen des Einsatzes chemischer Waffen verurteilt. In der Türkei befragten US-amerikanische Botschaftsangehörige Kurden, die Angriffe mit chemischen Waffen überlebt hatten. Der CIA gab die Berichte an das Außenministerium weiter. Menschenrechtsorganisationen informierten sofort über die bei Halabja und anderenorts begangenen Grausamkeiten. Außenminister George Shultz räumte ein, daß man über entsprechendes Beweismaterial verfüge. 1988 entsandte das Senatskomitee für Auswärtige Beziehungen ein Untersuchungsteam, das »eindeutige Beweise für den extensiven Einsatz chemischer Waffen gegen die

Zivilbevölkerung« entdeckte. Dem Westen wurde vorgeworfen, er habe den irakischen Einsatz solcher Waffen im Krieg gegen den Iran stillschweigend geduldet und damit Saddam zu der - richtigen - Annahme verleitet, er könne sie ungestraft gegen sein eigenes Volk verwenden, wobei die Kurden, das eigentliche Opfer dieser Angriffe, wohl kaum zum »Volk« dieses verbrecherischen Stammesfürsten gehören. Der Vorsitzende des Komitees, Claiborne Pell, erinnerte an das Gesetz zur Verhinderung von Völkermord von 1948 und bezeichnete das Schweigen, »während Menschen vergast werden«, als »Komplizenschaft«. Auf ähnliche Weise habe »die Welt geschwiegen, als Hitler einen Feldzug begann, der in der fast vollständigen Ausrottung der europäischen Juden kulminierte. ... Wir können nicht erneut zu einem Völkermord schweigen«, warnte er. Die Regierung Reagan wandte sich entschieden gegen Sanktionen und bestand darauf, die Angelegenheit totzuschweigen, während sie den Massenmörder noch großzügiger förderte als bisher. Unter den arabischen Medien »gehörte die kuwaitische Presse zu den enthusiastischsten Befürwortern von Bagdads Feldzug gegen die Kurden«, berichtete der Journalist Adel Darwish.

Im Januar 1991, als zum Krieg getrommelt wurde, bemerkte die Internationale Juristenkommission gegenüber der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen: »Nachdem der Irak die eigene Bevölkerung auf flagranteste Weise mißhandeln konnte, ohne daß die UN auch nur ein Wort des Vorwurfs geäußert hätten, muß er die Schlußfolgerung gezogen haben, ganz nach eigenem Belieben handeln zu können.« »UN« meint in diesem Zusammenhang hauptsächlich Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Aber auch diese Wahrheit muß, wie das internationale Recht und andere »utopische« Ablenkungsmanöver, begraben werden.[20](#)

Ein unfreundlicher Kommentator könnte darauf hinweisen, daß man nicht allzu überrascht sein muß, wenn die Briten und Amerikaner den Einsatz von Giftgas und chemischen Waffen mit Nachsicht behandeln. Als die Briten 1919 in Nordrußland gegen die Bolschewisten intervenierten, setzten sie Giftgas ein; mit großem Erfolg, wie das Heereskommando betonte. Auch Winston Churchill, damals Staatssekretär im Kriegsministerium, war von der Möglichkeit, »Giftgas gegen unzivilisierte Stämme einzusetzen« - er meinte Kurden und Afghanen -, ganz begeistert. Er ermächtigte das Kommando der Royal Airforce für den Mittleren Osten, chemische Waffen

»gegen aufsässige Araber als Experiment« zu verwenden. Einwände des India Office (Reichsamt für Indien) wurden als »unverständlich« vom Tisch gewischt. Vielmehr bedauerte Churchill derlei »Überempfindlichkeit«: »Wir können uns keinesfalls darauf einlassen, verfügbare Waffen, die eine schnelle Beendigung der an der Grenze herrschenden Unruhen garantieren, nicht einzusetzen.« Schließlich sind chemische Waffen »nur die Anwendung westlicher Wissenschaft auf die moderne Kriegführung«.[21](#)

Bei den Angriffen auf Südvietnam 1961—62 gehörte die Regierung Kennedy zu den Pionieren des massiven Einsatzes von chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung. Die Auswirkungen auf US-Soldaten wurden mit Recht bedauert; daß es jedoch Zivilisten sehr viel schlimmer traf, blieb unerwähnt. Jedenfalls bei uns. Der hochgeschätzte Journalist Amnon Kapeliouk berichtete in einem israelischen Massenblatt über seine Erfahrungen, die er 1988 in Vietnam gemacht hatte. Immer noch, so schrieb er, »sterben Tausende von Vietnamesen an den Folgeerscheinungen der chemischen Kriegführung der USA«. Schätzungen zufolge gebe es in Südvietnam eine Viertelmillion Opfer, und in den Krankenhäusern spielten sich »schreckliche« Szenen ab: Kinder stürben dort an Krebs und gräßlichen körperlichen Mißbildungen. Im Norden, wo keine chemischen Waffen eingesetzt worden seien, gebe es diese Vorkommnisse nicht, berichtete Kapeliouk. Es existieren auch Belege für den Einsatz biologischer Waffen gegen Kuba, was 1977 als Nachricht zweiter Ordnung durch die Medien ging und im fortdauernden US-amerikanischen Terror gegen Kuba letztlich nur ein Aspekt unter vielen anderen ist.[22](#)

Davon abgesehen, führen Großbritannien und die USA jetzt gegen den Irak einen biologischen Krieg der besonders tödlichen Art. Die Infrastruktur ist zerstört; Importe, mit deren Hilfe Reparaturen durchgeführt werden können, sind mit Sanktionen belegt. Das hat bei einem Großteil der Bevölkerung, darunter, UNICEF-Untersuchungen zufolge, 500000 Kinder, zu Krankheiten und Unterernährung geführt — im Durchschnitt sterben jeden Monat 5000 Kinder. In einer Erklärung vom 20. Januar 1998 verurteilten 54 katholische Bischöfe mit harschen Worten die Sanktionen und zitierten dabei den Erzbischof des südlichen Irak, der von Epidemien berichtete, »an denen Kranke und Kleinkinder zu Tausenden sterben« oder, sofern sie diese überleben, »an Unterernährung zugrundegehen«. Die Erklärung der Bischöfe wurde in Stanley

Hellers Zeitschrift *The Struggle* abgedruckt, fand sonst in der Presse jedoch kaum Erwähnung. Bei der Blockierung von Hilfsprogrammen haben Großbritannien und die USA die Führung übernommen; so wird etwa die Lieferung von Ambulanzwagen mit der Begründung verweigert, sie könnten auch für Truppentransporte genutzt werden. Ebenfalls verboten sind Insektizide zur Eindämmung der Seuchengefahr und Ersatzteile für Sanitäreinrichtungen. Unterdessen weisen westliche Diplomaten darauf hin, daß »die USA von [der humanitären] Operation genauso profitiert haben wie die Russen und die Franzosen, vielleicht sogar mehr«, zum Beispiel durch den Erwerb irakischen Öls im Wert von 600 Millionen \$ (nur Rußland kaufte noch mehr) und den durch US-Konzerne getätigten Verkauf humanitärer Güter an den Irak im Wert von 200 Millionen \$. Die Diplomaten berichten auch, daß der größte Teil des von russischen Gesellschaften erworbenen Öls in die USA fließt.²³ Washingtons Unterstützung für Saddam nahm solche Ausmaße an, daß man sogar bereit war, einen irakischen Luftangriff auf die USS Stark zu übersehen, bei dem 37 Besatzungsmitglieder getötet wurden. Dieses Privileg genoß bislang nur Israel (im Fall der USS Liberty). Washington unterstützte Saddam auch nach den Verbrechen, die jetzt Kongreß und Regierung in helle Empörung versetzen, so entschieden, daß der Iran sich gezwungen sah, vor »Bagdad und Washington« zu kapitulieren, schließt Dilip Hiro in seiner Geschichte des Kriegs zwischen Iran und Irak. Die beiden Verbündeten hatten »ihre militärischen Operationen gegen Teheran miteinander abgestimmt«. Washingtons diplomatische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung Saddams fand ihren Höhepunkt im Abschluß eines iranischen Verkehrsflugzeugs durch den Kreuzer USS Vincennes, schreibt Hiro.²⁴

Wie der ehemalige Regierungsberater Howard Teicher enthüllte, wurde Saddam auch aufgefordert, die für einen Satellitenstaat üblichen Dienstleistungen zu erbringen; so sollte er zum Beispiel einige hundert Libyer, die Washington in den Irak entführt hatte, ausbilden, damit sie das Ghaddafi-Regime stürzen konnten.²⁵

Saddam ist nicht wegen seiner umfangreichen Verbrechen zur »Bestie von Bagdad« avanciert, sondern weil er, wie Noriega in Panama, die ihm gesetzten Grenzen überschritt. Auch Noriega, verglichen mit Saddam eher ein Kleinkrimineller, beging seine größten Verbrechen, als Panama Satellitenstaat der USA war.

Schurkenstaaten mit Sonderstatus

Was einen »Schurkenstaat« ausmacht, zeigt sich auch daran, wie Washington auf die Aufstände reagierte, die im März 1991, unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten, im Irak losbrachen. Das US-Außenministerium erneuerte formell seine Weigerung, Kontakte zur demokratischen Opposition im Irak aufzunehmen, der auch, wie schon vor dem Golfkrieg, der Zugang zu den großen US-Medien praktisch verschlossen wurde. »Ein politisches Zusammentreffen mit ihr wäre für unsere Politik im Augenblick nicht angemessen«, bemerkte der Sprecher des Außenministeriums, Richard Boucher«. Bei dem »Augenblick« handelte es sich um den 14. März 1991, als Saddam vor den Augen von General Schwarzkopf die oppositionellen Kräfte im Süden dezimierte. Schwarzkopf verweigerte rebellierenden Offizieren selbst den Zugang zu eroberten irakischen Militärlagern. Und ohne den unerwarteten Druck der Öffentlichkeit hätte Washington wohl auch den aufständischen Kurden, die bald darauf einer ähnlichen Behandlung unterworfen wurden, jegliche Hilfe versagt.

Die irakischen Oppositionsführer haben die Botschaft verstanden. Leith Kubba, Chef der in London residierenden Demokratischen Reformbewegung, erklärte, daß die USA eine Militärdiktatur bevorzugten und daran festhielten, daß »Veränderungen im Regime von innen kommen müssen, von Leuten, die bereits an der Macht sind«. Auch der Vorsitzende des irakischen Nationalkongresses, der Bankier Ahmed Chalabi, hat seinen Wohnsitz in London. »Die Vereinigten Staaten«, sagte er, »nehmen die Nichteinmischung in irakische Angelegenheiten zum Vorwand, um in Ruhe abwarten zu können, wie Saddam die Aufständischen abschlachtet, während sie hoffen, daß er später durch einen geeigneten Offizier gestürzt werden kann«. Diese Haltung wurzele in der Politik, »Diktaturen zu stützen, um die Stabilität aufrechtzuerhalten«.

Die Argumentation der Regierung umriß Thomas Friedman, diplomatischer Chefkorrespondent der New York Times. Statt einen Aufstand der Bevölkerung zu unterstützen, hoffe Washington auf einen Militärputsch gegen Saddam, denn damit "wäre die beste aller Welten hergestellt: eine mit eiserner Faust regierende irakische Junta ohne Saddam Hussein« und damit eine Rückkehr zu jener Zeit, in der Saddam »sehr zur Befriedigung der amerikanischen Verbündeten Türkei und Saudi-Arabien den Irak ... mit eiserner Faust zusammenhielt«,

was natürlich auch Washington begrüßte. Zwei Jahre später schätzte Friedman die Realität erneut ohne Scheuklappen ein: »Die amerikanische Politik hat immer darauf gesetzt, daß Mr. Hussein «ine nützliche Rolle spielt, wenn er den Irak mit eiserner Faust zusammenhält.« Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß Washington auch weiterhin die Diktatur der Demokratie vorzieht, was die irakischen Oppositionskräfte bedauern, ohne indes Gehör zu finden. Natürlich würden die USA in Bagdad jetzt gern einen anderen Führer mit »eiserner Faust« regieren sehen, aber notfalls tut es auch Saddam.²⁶

Der Begriff »Schurkenstaat« ist sehr differenziert. So gilt Kuba wegen seiner angeblichen Verstrickung in den internationalen Terrorismus als führender »Schurkenstaat«, während die USA trotz ihrer seit fast vierzig Jahren durchgeführten Terrorangriffe gegen Kuba nicht unter diese Kategorie fallen. (Offenbar wurden, wie Nachforschungen des Miami Herald bezeugen, diese Angriffe auch 1997 fortgesetzt, worüber die europäische Presse, im Gegensatz zur US-amerikanischen, ausführlich berichtete.) Kuba war ein »Schurkenstaat«, als seine Militärkräfte in Angola die Regierung gegen südafrikanische Angriffe verteidigte, die ihrerseits von den USA unterstützt wurden. Südafrika wiederum galt damals und auch während der Ära Reagan, nicht als Schurkenstaat, obwohl seine militärischen Aktionen einer UN-Kommission zufolge in den Nachbarstaaten eineinhalb Millionen Todesopfer forderten und Schäden in Höhe von sechzig Milliarden \$ verursachten, ganz zu schweigen von den Verwüstungen im eigenen Land. All das wurde von den USA und Großbritannien bereitwillig unterstützt. Auch Indonesien gilt, wie viele andere Länder, nicht als Schurkenstaat.

Die Kriterien sind ziemlich eindeutig: Ein »Schurkenstaat« ist nicht einfach ein Verbrecherstaat, sondern einer, der die Regeln der Mächtigen mißachtet - und diese genießen natürlich einen Sonderstatus.

Weiteres über »die Debatte«

Daß Saddam ein Verbrecher ist, kann nicht bezweifelt werden, und man sollte, nehme ich an, darüber erfreut sein, daß Großbritannien und die USA sowie die Meinungsfabriken des Mainstream sich endlich denen angeschlossen haben, die »vorschnell« die britischen und amerikanischen Unterstützungsaktionen für den Massenmörder verurteilten. Es ist auch richtig, daß er für jeden in seiner Reichweite eine Bedrohung darstellt. Beim Vergleich mit anderen Bedrohungen

gibt es außerhalb Großbritanniens und der USA nach ihrem (uneindeutigen) Frontenwechsel vom August 1990 höchst unterschiedliche Meinungen. Als London und Washington 1998 den Einsatz militärischer Gewalt planten, begründeten sie das mit der Gefahr, die Saddam für die Region darstelle, aber es ließ sich nicht verschweigen, daß die Völker der Region mit großem Nachdruck gegen ihre Errettung protestierten und dadurch die Regierungen zwangen, sich ihnen anzuschließen. Bahrein untersagte den britischen und amerikanischen Streitkräften die Nutzung von Stützpunkten. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate nannte die amerikanischen Drohungen gegen den Irak »schlecht und abstoßend« und erklärte, der Irak stelle für seine Nachbarn keine Bedrohung dar. Der saudische Verteidigungsminister Prinz Sultan hatte zuvor bereits festgestellt, daß »wir nicht zustimmen werden, und Militärschläge gegen den Irak als Nation und als Volk ablehnen«. Infolgedessen verzichtete Washington darauf, Saudi-Arabien um die Nutzung von Militärstützpunkten zu bitten. Nach Kofi Annans Mission bestätigte der langgediente saudische Außenminister Saud al-Faisal noch einmal, daß jede Nutzung saudischer Luftstützpunkte »Sache der UN und nicht der USA ist«.

Ein Leitartikel in Ägyptens halboffizieller Zeitung Al-Ahram nannte Washingtons Haltung »nötigend, aggressiv und unklug, ohne Rücksicht auf das Leben der Iraker, die unnötigerweise zu Opfern von Sanktionen und Demütigungen werden«, und verurteilte die geplante »Aggression gegen den Irak«. Das Parlament von Jordanien wandte sich entschieden gegen »jeden Angriff auf irakisches Territorium und jeden Schaden, der dem irakischen Volk zugefügt wird«. Nach zwei Tagen pro-irakischer Krawalle sah sich die jordanische Armee "genötigt, die Stadt Maan zum Sperrgebiet zu erklären. Ein Politologieprofessor an der Universität von Kuwait wies darauf hin, daß »Saddam mittlerweile zur Stimme der Stummen in der arabischen Welt geworden ist« und der weitverbreiteten Enttäuschung über die »neue Weltordnung« und Washingtons Unterstützung israelischer Interessen Ausdruck verleiht.

Selbst in Kuwait unterstützte man die Vereinigten Staaten bestenfalls »halbherzig« und »ohne sich über die Motive der USA Illusionen zu machen«, erkannte die Presse. »Während Amerika die Kriegstrommel zum Angriff gegen den Irak immer heftiger rührt, sind in den Straßen der arabischen Welt, von Kairo überfüllten Slums bis zu den prächtigen Metropolen der arabischen Halbinsel, zornige Stimmen laut geworden«.

berichtete Charles Sennott, Korrespondent des Boston Globe.²⁷

Im Gegensatz zu früher wurde jetzt auch der demokratischen Opposition des Irak in den Mainstream-Medien etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet. In einem Telefoninterview mit der New York Times bekräftigte Ahmed Chalabi die Position, die er bereits Wochen zuvor in London ausführlich erläutert hatte: »Ohne einen politischen Plan zur Beseitigung von Saddams Regime sind militärische Schläge kontraproduktiv«, erklärte er. Sie würden Tausende von Irakern töten, vielleicht gar Saddams Position mitsamt seinen Vernichtungswaffen stärken und ihm »einen Vorwand verschaffen, UNSCOM [die UN-Waffeninspektoren] hinauszuerwerfen«. Immerhin haben die Inspektoren sehr viel mehr Waffen und Produktionsstätten zerstört als die Bombardements von 1991. Die britisch-amerikanischen Pläne seien »schlechter als gar nichts«. Interviews mit verschiedenen Oppositionsgruppen belegten, daß militärische Aktionen, die nicht zu einem Aufstand gegen Saddam Hussein führen würden, »nahezu einstimmig« abgelehnt wurden. Vor einem Parlamentskomitee unterstrich Chalabi, daß es »moralisch nicht zu rechtfertigen« sei, einen Militärschlag gegen den Irak zu führen, ohne eine Strategie für den Sturz Saddams zu besitzen.

In London umriß die Opposition ein Alternativprogramm: 1. Saddam wird zum Kriegsverbrecher erklärt; 2. eine von der Opposition gebildete provisorische Regierung wird anerkannt; 3. die vielen hundert Millionen \$ auf irakischen Konten im Ausland werden freigegeben; 4. die Beweglichkeit von Saddams Militärkräften wird durch eine »Fahrverbotszone« oder durch eine auf das ganze Land ausgeweitete »Flugverbotszone« eingeschränkt. Die USA sollten »dem irakischen Volk helfen, Saddams Herrschaft zu beenden«, erklärte Chalabi vor dem Streitkräftekomitee des Senats. Wie Reuter berichtete, habe er zusammen mit anderen Oppositionsführern »Attentate, verdeckte Operationen und US-Bodentruppen« abgelehnt und sich statt dessen für einen »Aufstand der Bevölkerung« ausgesprochen. Gleichlautende Vorschläge waren hin und wieder in den US-Medien zu hören. Washington behauptet zwar, Oppositionsgruppen versuchsweise unterstützt zu haben, doch sind diese anderer Meinung. Chalabi vertritt in der britischen Presse dieselbe Ansicht, die er schon Jahre zuvor geäußert hatte: »Alle behaupten, Saddam befinde sich in der Zwickmühle, aber das gilt in Wirklichkeit für die Briten und Amerikaner, die sich

weigern, der politischen Veränderung eine Chance zu geben.«

[27](#)

Regionale Opposition gilt, ebenso wie das internationale Recht, als Problem, das umgangen werden muß, nicht als Faktor, der in Rechnung zu stellen ist. Das gleiche gilt für die warnenden Hinweise von hochrangigen Offiziellen der UNO und anderer Hilfsorganisationen, die geplanten Bombardements könnten für das bereits hart getroffene irakische Volk »katastrophale« Folgen haben und das zunichte machen, was die humanitären Operationen an Erleichterungen bewirkt hatten.[29](#) Es geht einzig um das, »was wir durchsetzen wollen« — mit diesen Worten verkündete Präsident Bush 1991 triumphierend die Neue Weltordnung, während Bomben und Raketen auf den Irak fielen.

Während Kofi Annan sich auf seinen Besuch in Bagdad vorbereitete, erhielt der iranische Ex-Präsident Rafsandschani, der »in Teheran immer noch eine einflußreiche Person ist, eine Audienz beim kränklichen König Fahd von Saudi-Arabien. Dagegen wurde Madeleine Albright... bei ihren jüngsten Besuchen in Riad, als es ihr um die Unterstützung durch Amerikas hauptsächlichen Verbündeten am Golf ging, weniger bevorzugt behandelt«, berichtete der britische Korrespondent für den Mittleren Osten David Gardner. Als Rafsandschani seinen zehntägigen Aufenthalt »in Riad am 2. März 1998 beendete, sprach Außenminister Prinz Snud von einem »weiteren richtigen Schritt zur Verbesserung der Beziehungen« und bekräftigte erneut, daß »der größte D Destabilisierungsfaktor im Mittleren Osten und die Ursache für alle anderen Probleme in der Region« in Israels von den USA unterstützter Politik gegenüber den Palästinensern liegt. Diese Politik könnte auch in Saudiarabien Kräfte in der Bevölkerung wecken, vor denen Riad sich fürchtet und außerdem seine Legitimation als »Wächter« der heiligen Stätten des Islam gefährden. Dazu gehört auch der Felsendom in Ostjerusalem (das mittlerweile von den Israelis faktisch annektiert wurde; von den USA geförderte Pläne sehen vor, ein »Groß-Jerusalem« zu schaffen, das praktisch bis zum Jordantal reicht, aus dem die Israelis sich offenbar keineswegs zurückziehen wollen). Kurz zuvor hatten die arabischen Staaten einen von den USA geförderten Wirtschaftsgipfel in Kairo boykottiert, auf dem das von Clinton und Peres entworfene Projekt »Neuer Mittlerer Osten« vorangetrieben werden sollte. Stattdessen nahmen sie im Dezember in Teheran an einer Islam-Konferenz teil, bei der sogar der Irak vertreten war.[30](#)

Das sind im Hinblick auf die eigentlichen Motive der US-Politik im Mittleren Osten bedeutsame Entwicklungen - streben die Vereinigten Staaten doch seit dem Zweiten Weltkrieg die Kontrolle über die größten Energiereserven der Welt an. Wie vielfach beobachtet wurde, ruft das seit langem bestehende und 1996 formell bekräftigte Bündnis zwischen Israel und der Türkei in der arabischen Welt zunehmend Furcht und Abneigung hervor. Einige Jahre lang gehörte es zur Strategie der USA, die Region mittels »lokaler Polizeistreifen« zu kontrollieren, wie Nixons Verteidigungsminister es formulierte. Mittlerweile wächst im Mittleren Osten offenbar die Zustimmung zu iranischen Plänen, die US-amerikanische Vorherrschaft durch regionale Sicherheitsvorkehrungen zu brechen. Im Zusammenhang damit steht auch der wachsende Konflikt über Pipelines, in denen Öl aus Zentralasien zu den reichen Ländern gelangen soll. Eine natürliche Durchgangsstation wäre der Iran. Und US-amerikanische Energiekonzerne werden nicht gerne mit ansehen, wie ausländische Konkurrenten — zu denen jetzt auch China und Rußland gehören — privilegierten Zugang zu den Ölreserven des Irak (die an Umfang nur von denen Saudi-Arabiens übertroffen werden) oder zu den Erdgas- und Ölquellen und anderen Ressourcen des Iran erhalten.

Für den Moment mögen die US-Planungsstrategen erleichtert sein, daß sie zumindest zeitweise der von ihnen konstruierten »Zwickmühle« entronnen sind, die ihnen nur die Option ließ, den Irak zu bombardieren, was sogar ihren eigenen Interessen hätte schaden können. Es bleibt etwas Zeit zum Atemholen. Und den Bürgern der Kriegerstaaten bietet sich die Gelegenheit, das politische Bewußtsein und Engagement so zu verändern, daß schon die nähere Zukunft anders aussehen könnte.

Anmerkungen

1 Mark Curtis, *The Ambiguities of Power* (Zed 1995), S. 146.

2 Jules Kagan, *Middle East International*, 21. Okt. 1994; J.

Kagian, FT, 19. Feb. 1998; Steven Erlanger und Philip Shenon, NYT, 23. Feb. 1998; Pressekonferenz Clinton: NYT, 24. Feb. 1998; R. W. Apple, NYT, 24. Feb. 1998; Aaron Zitner, BG, 21. Feb. 1998.

3 Colum Lynch, BG, 3. März 1998; Weston, Costa Rica, BG, 3. März 1998; WSJ, 3. März 1998; Barbara Crossette, NYT, 3. März 1998; Laura Silber und David Buchan, FT, 4. März

1998; Steven Lee Myers, NYT, 4. März 1998; R. W. Apple, NYT, 24. Feb. 1998 (Lott); Steven Erlanger und Philip Shenon, NYT, 23. Feb. 1998 (McCain, Kerry); Aaron Zitner, »AVisible Kerry Turns Tough on Crisis«, BG, 21. Feb. 1998. 4 Editorial, BG, 27. Feb. 1998; William Pfaff, BG, 23. Feb. 1998; Ronald Steel, NYT, 1. März 1998.

5 29. Nov. 1990.

6 2. Aug. 1990.

7 Editorial, FT, 2. März 1998.

8 Vgl. Chomsky, Culture of Terrorism, S. 67f.; sowie Necessary Illusions, S. 82£, 94£, 270.

9 National Security Council 5429/2; Hervorh. von mir.

10 Vgl. Chomsky, For Reasons of State, S. 100ff.; Pirates and Emperors, S. 140; UN-Botschafter Thomas Pickering und das Justizministerium werden in Detering Democracy, S. 147, zitiert sowie in World Orders Old and New, S. 16f.; George Kahn, Intervention (Knopf, 1986), S. 74.

11 Steven Donziger (Hg.), The Real War on Crime: The Report of the National Criminal Justice Commission (HarperCollins, 1996); Nils Christie, Crime Control as Industry (Routledge, 1993); Michael Tonry, Malign Neglect: Race, Crime and Punishment in America (Oxford, 1995); Randall Shelden und William Brown, Criminal Justice (Wadsworth, ersch. demn.).

12 »Irrationality Suggested to Intimidate US-Enemies«, AP, BG, 2. März 1998. Zu Israel vgl. Chomsky, Fateful Triangle, S. 464ff.

13 George Bush, National Security Strategy of the United States, Weißes Haus, März 1990; ausführlichere Zitate in Chomsky, Detering Democracy, Kap. 1.

14 Zu diesen Zusammenhängen vgl. Chomsky, Artikel in Z Magazine 1990—91; ferner Detering Democracy (Kap. 4-6, Nachwort); Powers and Prospects, Kap. 6; Chomsky, in Cynthia Peters (Hg.), Collateral Damage: The »New World Order« at Home and Abroad (South End, 1992). Vgl. auch Dilip Hiro, Desert Shield to Desert Storm (Routledge, 1992); Douglas Kellner, The Persian Gulf TV War (Westview, 1992); Miron Rezun, Saddam Hussein's Gulf Wars (Praeger, 1992) sowie eine Anzahl nützlicher Aufsatzsammlungen. Ferner die (selbst-)gelobte »gelehrte Geschichtsdarstellung« von Lawrence Freedman und Efraim Karsh, die brauchbare Informationen, aber auch gravierende Auslassungen und Fehler enthält: The Gulf Conflict 1990-1991: Diplomacy and War in the New World Order (Princeton, 1992). Vgl. Chomsky,

World Orders Old and New, Kap. 1, Anm. 18 und meinen Artikel »World Order and Its Rules«, Journal of Law and Society (Cardiff, Wales), Sommer 1993.

15 Ronald Steel, NYT, 1. März 1998.

16 Zit. nach Charles Glass, Prospect (London), März 1998.

17 Vgl. meine Artikel in 2 Magazine zur Konferenz in Madrid 1991 bis zur Konferenz von Oslo 1993 und darüber hinaus. Vgl. auch Detering Democracy, Kap. 6 und Nachwort; Powers and Prospects, Kap. 6; World Orders Old and New, Kap. 3 und Epilog und die dort zitierten Quellen. Weitere Aktualisierungen in »The »Peace Process« in US Global Strategy«, Vortrag auf der Konferenz an der Ben-Gurion-Universität vom Juni 1997, in Haim Gordon (Hg.), Looking Back at the June 1967 War (Praeger 1999) sowie Fateful Triangle.

18 Serge Schmemmann und Douglas Jehl, NYT, 27. Februar 1998.

19 Vgl. die oben zitierten Quellen. Albright, Cohen, CAÖV Livebericht, Ohio State Univ., 18. Feb. 1998; Teiltranskription (ohne den zit. Meinungsaustausch), NYT, 19. Feb. 1998. Trent Lott, BG, 26. Feb. 1998. Charles Glass, New Statesman, 20. Feb. 1998. Bill Blum, Consortium, 2. März 1990. William Broad und Judith Miller, NYT, 26. Feb. 1998. Scott Inquiry Report, Feb. 1996. Gerald James, In the Public Interest (London: Little, Brown, 1996). Alan Friedman, Spider's Web: The Secret History of How the White House Illegally Armed Iraq (Bantam, 1993). Mark Pythian, Arming Iraq: How the US and Britain Secretly Built Saddam's War Machine (Northeastern Univ. Press, 1997).

20 David Korn (Hg.), Human Rights in Iraq (Human Rights Watch, Yale, 1989); CARDRI (Committee Against Repression and for Democratic Rights in Iraq), Saddam's Iraq (Zed, 1986, 1989), S. 236f.; Dilip Hiro, The Longest War (Routledge, 1991), S. 53; Rezun, Saddam Hussein's Gulf Wars, S. 43f.; Darwish und Gregory Alexander, Unholy Babylon (St. Martin's, 1991), S. 78f.; John Gittings, »How West Propped Up Saddam's Rule«, GW, 10. März 1991.

21 Andy Thomas, Effects of Chemical Warfare (Stockholm International Peace Research Institute [SIPRI], Taylor & Francis, 1985), Kap. 2. Vgl. Chomsky, Turning the Tide, S. 126 sowie Detering Democracy, S. 181f.

22 Zu Vietnam vgl. Chomsky, Necessary Illusions, S. 38f. Zu Kuba vgl. Chomsky und Herman, Political Economy of Human Rights, Bd. 1, S. 69, sowie weiteres Material, inkl. Alexander

Cockburn, Nation, 9. März 1998.
 23 The Struggk (New Haven), 21. Feb. 1998; Maggie O'Kane, Guardian, 19. Feb. 1998; Scott Peterson, CSM, 17. Feb. 1998; Roula Khalaf, FT, 2. März 1998. Die Auswirkungen der Bombardements und Sanktionen waren sofort bekannt; vgl. Jean Dreze und Haris Gazdar, Hunger and Poverty in Iraq 1991, London School of Economics, Sept. 1991. Eine ausführliche Darstellung in Geoff Simons, The Scourging of Iraq (London: Macmillan, 1996).
 24 Hiro, Langest War, S. 239f.
 25 AP, NYT, 26. Mai 1993.
 26 NYT, 7. Juli 1991; 28. Juni 1993. Zu Kubba und Chalabi vgl. meinen Artikel in Peters, Collateral Damage.
 27 David Marcus, BG, 18. Feb. 1998; Roula Khalaf, Mark Suzman, David Gardner, FT, 23. Feb. 1998; FT, 9. Feb. 1998; Steven Lee Myers, NYT, 9. Feb. 1998; Douglas Jehl, NYT, 9. Feb. 1998; Charles Sennott, BG, 18. Feb. 1998, 19. Feb. 1998; Daniel Pearl, WSJ, 25. Feb. 1998.
 28 David Fairhall und Ian Black, GW, S. Feb. 1998; Reuters, BG, 3. März 1998; Douglas Jehl, NYT, 22. Feb. 1998; Jimmy Burns, FT, 15. Feb. 1998.
 29 Peterson, CSM, 17. Feb. 1998.
 30 David Gardner, FT, 28. Feb. 1998; Robin Allen, FT, 3. März 1998.

III. Kuba und die US-Regierung: David gegen Goliath

Kuba und die Vereinigten Staaten haben, was die internationalen Beziehungen angeht, einen ganz eigenartigen — faktisch sogar einzigartigen - Status. Es gibt keinen vergleichbaren Fall, in dem eine Macht gegen eine andere - hier die größte Supermacht gegen ein kleines Drittweltland - in so unnachgiebiger Weise vierzig Jahre lang mit Terror und ökonomischer Kriegführung vorgegangen wäre.

Dieser Fanatismus hat tatsächlich eine lange Vorgeschichte. Seit den ersten Tagen der amerikanischen Revolution betrachteten die Gründungsväter Kuba mit aufmerksamen Blicken. Sie äußerten sich ganz unverblümt. Schon der damalige Außenminister John Quincy Adams sprach der Übernahme von Kuba durch die USA eine »alles überragende Bedeutung« für die politische und wirtschaftliche Zukunft der Vereinigten Staaten zu. Andere meinten, von dieser Übernahme hänge die Zukunft der Welt ab. Es war seit den

Anfängen der US-amerikanischen Geschichte eine Angelegenheit von »alles überragender Bedeutung«, und das ist bis heute so geblieben. Der Wunsch und Wille, Kuba zu besitzen, ist das älteste Motiv in der Außenpolitik der USA.

Die von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängten Sanktionen sind die härtesten der Welt, viel härter als zum Beispiel die gegen den Irak ausgesprochenen. Vor kurzem erschien in der New York Times eine kleine Notiz, in der es hieß, daß der Kongreß ein Gesetz verabschiedete, um US-Exporteuren die Ausfuhr von Lebensmitteln und Arzneien nach Kuba zu ermöglichen. Dies sei, so wurde erklärt, auf Drängen von US-amerikanischen Farmern geschehen. »Farmer« ist ein Euphemismus für »Großagrarbetriebe« — es hört sich natürlich besser an, sie »Farmer« zu nennen.

Und es ist wahr, daß die US-Agrarwirtschaft auf diesen Markt zurückkehren möchte. Der Artikel ließ unerwähnt, daß die Exportbeschränkungen für Lebensmittel und Arzneien eine grobe Verletzung des internationalen Menschenrechts darstellen und von fast allen wichtigen transnationalen Organisationen verurteilt worden sind. Selbst die gewöhnlich sehr kompromißbereite Organisation amerikanischer Staaten (OAS), die kaum jemals dem Boß aus dem Norden zu widersprechen wagt, hat die Ausfuhrbeschränkungen als illegal und unannehmbar verurteilt.

Die Kuba-Politik der Vereinigten Staaten ist in vielerlei Hinsicht einzigartig; zum einen wegen der unaufhörlichen Angriffe, zum andern, weil die USA damit in der Welt völlig isoliert dastehen - faktisch zu 100 Prozent isoliert, weil das eine Land, das die USA in der UN-Vollversammlung nahezu automatisch unterstützt - nämlich Israel —, das Embargo ebenfalls verletzt, obwohl es dafür stimmte.

Die US-Regierung ist auch von ihrer eigenen Bevölkerung isoliert. Der letzten mir bekannten Meinungsumfrage zufolge sind etwa zwei Drittel der US-Amerikaner gegen das Embargo. In der Geschäftswelt werden solche Umfragen nicht durchgeführt, aber es gibt recht eindeutige Hinweise darauf, daß auch hier weite Bereiche der Wirtschaft, große Konzerne, die Handelsbeschränkungen strikt ablehnen. Diese vollständige Isolierung der Regierung ist ein weiteres ungewöhnliches Element. Die Regierung ist von der Bevölkerung, von den wichtigsten gesellschaftlichen Entscheidungsträgern, die die Regierungspolitik großenteils kontrollieren, und von der internationalen Meinung isoliert, verfolgt aber weiterhin ihre

Kuba-Politik, die bis in die Anfänge der amerikanischen Republik zurückreicht, mit fanatischer Hingabe.

Kuba hat bei den US-Planungsstrategen immer wieder eine regelrechte Hysterie ausgelöst, was vor allem in der Ära Kennedy deutlich sichtbar wurde. Die internen Akten und Dokumente der Regierung Kennedy, von denen viele mittlerweile nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen, beschreiben eine Atmosphäre von »Barbarei« und »Fanatismus«, als die Wiedereroberung Kubas mißlang. Kennedys öffentliche Äußerungen waren wild genug. So erklärte er, daß die Vereinigten Staaten auf dem Schutthaufen der Geschichte landen würden, wenn es nicht gelänge, die Kontrolle über Kuba zurückzugewinnen.

Als die Europäische Union 1997 die Vereinigten Staaten bei der Welthandelsorganisation (WTO) verklagte, weil das Embargo die WTO-Regeln auf flagrante Weise verletze, wiesen die USA den Schiedsspruch zurück. Das war keine Überraschung, denn die USA mißachten die Rechtsprechung aller internationalen Organisationen. Interessant sind die Gründe, denn die Vereinigten Staaten beriefen sich auf Vorbehalte hinsichtlich ihrer inneren Sicherheit. Die nämlich wurde durch die Existenz Kubas bedroht, und darum ließen die USA den Schiedsspruch der Welthandelsorganisation unberücksichtigt. Offiziell haben die Vereinigten Staaten diese Position nicht vertreten, weil sie sich sonst international lächerlich gemacht hätten, jedoch ist dieser Grund wiederholt öffentlich mitgeteilt worden: Es geht um unsere innere Sicherheit, und deshalb können wir die Entscheidung der WTO nicht akzeptieren.

Erfreulicherweise geht das Pentagon mittlerweile nicht mehr davon aus, daß Kuba die Eroberung der USA plane. Die Bedrohung ist selbstverständlich weiterhin existent, aber nicht mehr so schlimm wie früher. Der Grund, so wurde erklärt, liegt im Niedergang der bislang so furchterregenden kubanischen Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Kriegs, als die Sowjetunion ihre Unterstützung einstellte. Wir können jetzt also etwas lockerer sein und müssen uns nicht mehr hinter Tischen und Bänken verstecken, was man uns als Erstkläßlern noch beibrachte. Aber als dergleichen öffentlich verkündet wurde, hat zumindest bei uns niemand gelacht. Anderswo schon, wenn man an die Reaktion des mexikanischen Botschafters denkt, als Kennedy zu Beginn der sechziger Jahre in Mexiko um Unterstützung für seine Politik warb und glaubhaft machen wollte, daß Kuba die innere Sicherheit nicht

nur in den USA bedrohe. Der Botschafter mußte dankend ablehnen, weil sich, so meinte er, 40 Millionen Mexikaner totlachen würden, wenn er ihnen nahezubringen versuchte, daß Kuba eine Gefahr für Mexikos innere Sicherheit sei.

Dieser hysterische Fanatismus ist in der Tat ungewöhnlich und interessant und verdient, näher untersucht und bedacht zu werden. Woher kommt er? Zum Teil läßt er sich aus den historischen Zusammenhängen erklären, aber in der Gegenwart spielen noch weitere Faktoren eine Rolle. Einen geeigneten Rahmen, um darüber nachzudenken, bildet die, vor allem in gewichtigen Zeitschriften, mittlerweile führende These des intellektuellen Diskurses, die unter dem Titel »neuer Humanismus« firmiert. Sie wurde von Clinton, Blair und diversen ihrer Anhänger mit nachdrücklicher Feierlichkeit verkündet. Dieser These zufolge, so ist überall zu lesen, treten wir jetzt in ein glorreiches neues Zeitalter, ein neues Jahrtausend ein. Tatsächlich begann diese Ära schon vor zehn Jahren, als zwei, wie sie sich selbst bezeichnen, aufgeklärte Staaten, von den Trümmerresten des Kalten Kriegs befreit wurden und sich nun mit voller Kraft erneut ihrem historischen Aufstieg widmen konnten, den leidenden Völkern überall auf der Welt Gerechtigkeit und Freiheit zu bringen und die Menschenrechte zu verteidigen, wenn nötig, mit Gewalt — woran sie während der Jahre des Kalten Kriegs gehindert worden waren.

Die Erneuerung dieser heiligen Mission ist nicht etwa eine Sache der Einbildung. Clinton hielt am 1. April 1999 eine große Rede auf dem Luftwaffenstützpunkt von Norfolk, in der er erklärte, warum wir auf dem Balkan alles bombardieren müssen, was sich bewegt. Zunächst aber erinnerte Verteidigungsminister William Cohen, die Zuhörer an einige dramatische Worte, mit denen das 20. Jahrhundert seinen Anfang nahm. Er zitierte Theodore Roosevelt, den späteren Präsidenten, der damals gesagt hatte: »Wenn ihr nicht bereit seid, für große Ideale zu kämpfen, werden diese Ideale verschwinden.« Und so wie Roosevelt das Jahrhundert mit diesen aufwühlenden Worten eröffnete, beschloß William Clinton es mit der gleichen Geisteshaltung.

Das war eine interessante Einleitung für alle, die einen Kurs in amerikanischer Geschichte absolviert haben, einen wirklichkeitsnahen, versteht sich. Sie nämlich wissen, daß Roosevelt einer der schlimmsten Rassisten und Geisteskranken der Gegenwarts-Geschichte war. Hitler hat ihn aus guten Gründen bewundert. Es ist erschreckend, seine Schriften zu

lesen. Sein Ruhm gründet sich auf seine Beteiligung an der US-amerikanischen Invasion Kubas. 1898 hatte Kuba sich nach langem Kampf von der spanischen Vorherrschaft nahezu befreit, aber davon wollten die USA nichts wissen und besetzten die Insel, um den Erfolg der Unabhängigkeitsbestrebungen zu vereiteln. Kuba wurde sehr schnell zu einer - so zwei Harvard-Professoren, die Herausgeber der kürzlich erschienenen Kennedy-Tapes - »De-facto-Kolonie« der USA und blieb es bis 1959. Diese Beschreibung trifft den Kern. Die Invasion galt übrigens offiziell als humanitäre Intervention.

Auch damals waren die Vereinigten Staaten isoliert. Die Regierung war natürlich vom kubanischen Volk, aber auch von der eigenen Bevölkerung isoliert, die töricht genug war, der Propaganda zu glauben und für Cuba libre zu schwärmen, obwohl ein freies Kuba natürlich das letzte war, was ihre politischen Führer im Sinn hatten — oder, aus anderer Perspektive, das erste, weil sie genau dies verhindern mußten.

Die hehren Ideale, für die Roosevelt kämpfte, bestanden genau darin: Unabhängigkeit durch humanitäre Intervention zu verhindern. Jedoch wurden zu der Zeit, als er seine Rede hielt, 1901, die Werte, die wir mittels Gewalt aufrechterhalten mußten, viel dramatischer als in Kuba bei der Eroberung der Philippinen verfochten. Es handelte sich dabei um einen der grausamsten Kolonialkriege der Geschichte, in dem Hunderttausende Filipinos ermordet wurden. Die Presse sah die Ausmaße dieses Massakers sehr wohl, empfahl aber, damit fortzufahren, »die Eingeborenen auf englische Art« zu töten, damit sie »unsere Waffen respektieren« und dann auch unsere guten Absichten. Auch dies war eine sogenannte humanitäre Intervention.

Früchte der Eroberung

Es gab einige Probleme. Präsident McKinley meinte, wir könnten zu diesem Zeitpunkt nicht behaupten, die Zustimmung der Filipinos zu besitzen, aber das sei unwichtig, weil unser Gewissen diesen großen Akt der Humanität zugestimmt hat, und das ist es, was wirklich zählt. Einige wenige lehnten den Krieg mit scharfen Worten ab, wie etwa Mark Twain, dessen anti-imperialistische Essays allerdings erst 1992 erschienen. Aber McKinley wies daraufhin, daß »es nicht der richtige Zeitpunkt für den Befreier ist, wichtige Fragen betreffend Freiheit und Regierung den Befreiten zu überlassen, während sie damit beschäftigt sind, ihre Retter niederzuschießen«.

Warten wir also, bis sie damit aufhören, um ihnen dann alles, was mit der Freiheit zusammenhängt, zu erklären. Solche Werte wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts hochgehalten, mit Hunderttausenden von Toten und ungeheurer Zerstörungswut, und das sind die Werte, von denen es jetzt heißt, wir mußten für sie kämpfen und sie hochhalten, wie es ein Erbe der Rooseveltischen Werte namens Clinton verkündet.

Man muß schon eine ganze Menge Vertrauen in die politischen Doktrinen der USA setzen, wenn man solche Worte äußert und davon ausgeht, daß die Menschen nicht empört reagieren. Aber dieses Vertrauen ist offenbar gerechtfertigt. Meines Wissens gab es keinen Aufschrei der Empörung, außer in den üblichen Randzonen des geistigen Lebens. Jene Epoche stellte einen Wendepunkt in der modernen Geschichte dar, sicherlich in der US-amerikanischen, folglich in der Weltgeschichte. Bis dahin hatten sich die Vereinigten Staaten seit der Revolution ihrer vordringlichsten Aufgabe gewidmet, die, wie ein führender Diplomatiehistoriker es 1969 formulierte, darin bestand, »Bäume und Indianer zu fällen und ihre natürlichen Grenzen abzustecken«. Ein heilsamer Effekt der Bewegung der sechziger Jahre besteht darin, daß heute kein führender Historiker, ja nicht einmal ein nationalistischer Tollkopf diese Worte mehr zu äußern wagte. Niemand würde so etwas schreiben. Denken vielleicht, aber nicht äußern. Nachdem wir nun Bäume und Indianer gefällt und (unsere) natürlichen Grenzen abgesteckt hatten, mußten wir uns der Eroberung neuer Welten zuwenden. 1888 kündigte Außenminister James Blaine die nächsten Vorhaben an. Er sagte, es gebe drei Gebiete, die wertvoll genug seien, um einen schnellen Zugriff zu rechtfertigen: Hawaii, Kuba und Puerto Rico. Ein paar Jahre später informierte der Minister auf Hawaii Washington, daß »die ha-waiianische Birne nun ihre volle Reife erreicht« habe. Sie mußte nur noch gepflückt werden, und das taten die USA, indem sie dem hawaiianischen Volk die Insel durch eine Mischung aus Gewalt und Betrug entrissen. Das war der erste Schlag. Blaine wiederholte faktisch die Worte, die John Quincy Adams siebzig Jahre zuvor benutzt hatte, als er Kuba als eine noch nicht »reife Frucht« beschrieb, die jedoch mit zunehmender Reife »durch die Gesetze der politischen Gravitation« in unsere Hände fallen wird. Das war um 1820.

Das gravierendste Problem im 19. Jahrhundert war die britische Bedrohung. Während des Kalten Kriegs ging die Bedrohung von der Sowjetunion aus. Aber im 19. Jahrhundert

hieß der Feind, der vertrieben werden mußte, Großbritannien. Darum weht in Kanada und auf Kuba auch heute nicht das Sternenbanner. Und diese Bedrohung setzte dem Befreiungseifer der Revolutionäre und ihrer Erben Grenzen. Aber nicht nur Adams, sondern auch Thomas Jefferson und andere wiesen ganz richtig darauf hin, daß sich das Kräfteverhältnis verschieben und die britische Bedrohung allmählich nachlassen würde, so daß die USA Kuba schließlich übernehmen könnten. Und das mußte, wegen der überragenden Bedeutung der Insel, durch die politischen Gravitationskräfte, soll heißen: durch Gewalt, geschehen. Und es geschah 1898. Die USA besetzten Kuba, um die allerletzte Bedrohung, die Befreiung von Spanien, zu verhindern. Im selben Jahr noch war Puerto Rico an der Reihe und die Philippinen als Extrazugabe. Man hatte sie gar nicht näher in Betracht gezogen, aber auch sie erwies sich als überaus reife, von vielen Leichen genährte Frucht.

Diese Ereignisse standen alle in einem planerischen Zusammenhang. Die größte Frucht aus einer ganzen Angebotspalette war jedoch China. 2000 Jahre lang war es eines der wichtigsten Länder der Welt gewesen, eine führende Industrie- und Handelsmacht, doch im 19. Jahrhundert hatte sich das geändert. Noch vor der Jahrhundertwende waren die europäischen Großmächte und Japan fleißig dabei, China unter sich aufzuteilen, und die USA wollten sich als aufstrebende Macht daran beteiligen. Seit den frühen Tagen Neuenglands war der Chinahandel legendär gewesen, damit ließ sich Geld verdienen. Um hier Fuß zu fassen, mußten die USA, wie Strategen es formulierten, Karibik und Pazifik in »amerikanische Seen« verwandeln. Also war Kuba fällig, um die Karibik kontrollieren zu können, Kolumbien wurde (eine weitere Erfolgsgeschichte von Roosevelt) das Panamagebiet gestohlen, der Kanal wurde gebaut, Hawaii eingenommen, dann kamen die Philippinen als weiterer Stützpunkt für den Handel mit China dazu. Schließlich waren Karibik und Pazifik tatsächlich zu amerikanischen Seen geworden und bis heute geblieben.

Alle diese Geschehnisse von 1898 und die ihnen folgenden dienten auf die eine oder andere Weise, oft ganz explizit, diesem langfristigen Ziel. Dazu gehört auch die sogenannte Roosevelt-Ergänzung der Monroe-Doktrin, die den USA formell das Recht zusprach, in der Karibik die Vorherrschaft auszuüben. Die wiederholten Invasionen in Nicaragua, Woodrow Wilsons blutige Besetzungen der Dominikanischen

Republik und Haitis - hier besonders schrecklich, weil Haiti auch von einem extremen Rassismus zerrissen wurde (von dem es sich nie wieder erholen und vielleicht in einigen Jahrzehnten nicht mehr bewohnbar sein wird) - und viele andere Unternehmungen in der Region waren sämtlich Bestandteil des neuen Humanismus, den wir jetzt neu beleben.

Der vielleicht größte Erfolg gelang in Venezuela, wo es Wilson 1920 gelang, den britischen Feind zu verjagen, der damals von den Folgen des Ersten Weltkriegs geschwächt war. Venezuela war immens wichtig. Die Weltwirtschaft beruhte immer stärker auf der Verwertung von Erdöl. Nordamerika, vor allem die USA, war der bei weitem größte Erdölproduzent und blieb es bis in die siebziger Jahre, aber Venezuela war eine bedeutende Ölquelle, eine der größten der Welt - bis 1970 sogar der größte Einzelexporteur, aus dem die USA noch heute das meiste Öl beziehen. Es war also äußerst wichtig, die Briten von dort zu verdrängen. Außerdem gab es dort noch andere Rohstoffe, wie etwa Eisen, und US-Konzerne haben sich jahrzehntelang in Venezuela bereichert — und tun es nach wie vor -, während die Vereinigten Staaten eine Reihe von blutigen Diktatoren unterstützten, um das Volk niederzuhalten.

Die »Kennedy-Tapes«, die geheimen Tonbandaufnahmen während der kubanischen Raketenkrise, bieten an Enthüllungen nicht so sehr viel Neues, weil das meiste auf die eine oder andere Weise schon veröffentlicht worden ist, aber einiges war doch bisher unbekannt. So waren zum Beispiel Robert und John F. Kennedy auch deshalb wegen einer Raketenstationierung auf Kuba besorgt, weil dadurch eine Invasion Venezuelas gefährdet werden könnte, die die beiden für notwendig hielten, weil die Lage dort außer Kontrolle zu geraten schien. In diesem Zusammenhang hielt John F. Kennedy die Invasion in der Schweinebucht für richtig: Wir müssen dort gewinnen, wir können eine solche Bedrohung unseres Wohlbefindens in der Region nicht ertragen. Nach der Kubakrise rückten die USA, anders als oft behauptet wird, keineswegs von ihrem Plan einer Invasion der Insel ab. Sie verschärften den Terrorismus und das Embargo, das damals schon beschlossen war, und so ist die Situation bis heute geblieben.

Die Bedrohung durch Castro

Wie bereits erwähnt, war Kuba bis Januar 1959 eine »De-facto-Kolonie« der Vereinigten Staaten; und schon bald darauf gab es Versuche, die Entwicklung zurückzudrehen. Mitte 1959

- aus dieser Zeit besitzen wir mittlerweile eine beträchtliche Anzahl freigegebener Dokumente, die ein nahezu vollständiges Bild ergeben — hatte die Regierung Eisenhower den informellen Beschluß gefaßt, Kuba zurückzuerobern. Im Oktober wurde Kuba bereits von in Florida stationierten Flugzeugen bombardiert. Die USA behaupteten, sie könnten nichts dagegen tun und stehen bis heute allen terroristischen Angriffen auf Kuba »hilflos« gegenüber. Diese Angriffe werden gewöhnlich von durch die CIA ausgebildeten Agenten ausgeführt.

Im März 1960 faßte die Regierung Eisenhower in geheimer Sitzung den formellen Beschluß, Kuba zurückzuerobern. Allerdings sollte das auf eine Weise geschehen, die den Urheber nicht erkennen ließ, anderenfalls würde Lateinamerika zu einem einzigen Pulverfaß werden. Außerdem hatten Umfragen gezeigt, daß in Kuba sehr viel Optimismus herrschte und die Revolution große Sympathie genoß. Es war also mit erheblichem Widerstand zu rechnen. Die kubanische Regierung mußte gestürzt werden, aber offiziell ohne Zutun der USA.

Kurz danach übernahm die Regierung Kennedy die Amtsgeschäfte. Kennedy und seine Leute waren sehr an Lateinamerika interessiert; der Präsident hatte noch kurz vor seiner Wahl eine Lateinamerika-Mission eingerichtet, um die Vorgänge auf dem Kontinent beobachten zu lassen. Missionschef war der Historiker Arthur Schlesinger, dessen Berichte jetzt der Öffentlichkeit zugänglich sind. Er informierte Präsident Kennedy über den Einfluß Kubas auf die lateinamerikanische Bevölkerung. Das Problem, so meinte, bestehe darin, »daß Castros Idee, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen, sich weiter ausbreitet.« Diese Idee finde in ganz Lateinamerika viel Anklang, weil dort »die Verteilung des Grundbesitzes und anderer nationaler Reichtümer vor allem die besitzenden Klassen begünstigt ... [während] die Armen und Unterprivilegierten, ermutigt durch das Beispiel der kubanischen Revolution, jetzt bessere Lebensbedingungen fordern«. Das ist die Bedrohung durch Castro. Genau das. Und wenn man die Akten über die internen Planungsvorhaben studiert, zeigt sich, daß dies immer die Bedrohung gewesen ist. Der Kalte Krieg war nur ein Vorwand für die Öffentlichkeit. Tatsächlich belegen die Dokumente in jedem Fall, wie die Bedrohung gesehen wurde. Kuba war eine Art »Virus«, der andere anstecken könnte, die daraufhin auch gewillt wären, »die Sache in die eigenen Hände zu nehmen« und bessere Lebensbedingungen zu fordern.

Auch Rußland wird in Schlesingers Bericht erwähnt. Rußland, so sagt er, biete sich im Hintergrund »als Modell dafür an, wie die Modernisierung innerhalb einer einzigen Generation erreicht werden kann«. Außerdem sei die Sowjetunion bereit, Entwicklungshilfe zu leisten. Also gab es auch die russische Bedrohung. Man fordert uns nachdrücklich auf, bei unserer Betrachtung des neuen Humanismus nicht an die altbackenen Geschichten aus dem Kalten Krieg zurückzudenken, als die Russen uns daran hinderten, Wunder zu wirken. Es empfiehlt sich, nicht dorthin zurückzuschauen, weil die Institutionen, die Planungen, die Entscheidungen, die politischen Strategien immer noch die alten sind. Besser, die Leute wissen nichts davon.

Auch nach der Regierung Kennedy blieben die Verhältnisse bis zum Ende des Kalten Kriegs unverändert. Danach tat sich einiges. Nun gab es keine sowjetische Bedrohung mehr, und die USA konnten, zusammen mit ihrem treuen Jagdhund, Großbritannien, freier agieren als je zuvor, und auch dem Einsatz von Gewaltmaßnahmen waren nun keine Grenzen mehr gesetzt. Das war sofort evident, aber neue Vorwände wurden benötigt. Der russische Popanz taugte nicht mehr dafür.

Im November 1989 fiel die Berliner Mauer, und damit war für alle klar denkenden Menschen der Kalte Krieg vorbei. Einen Monat zuvor hatte die Regierung von George Bush eine - mittlerweile nicht mehr — geheime Direktive für die nationale Sicherheit erlassen, die dazu aufrief, unseren guten Freund Saddam Hussein und vergleichbare Figuren im Mittleren Osten gegen die Russen zu unterstützen. Im März 1990 - vier Monate nach der Maueröffnung — mußte das Weiße Haus dem Kongreß sein Jahresbudget vorlegen, das, wie in den Jahren zuvor, exorbitante Ausgaben für das Militär vorsah. Nun war jedoch nicht länger die Sowjetunion der Vorwand, da von ihr offensichtlich keine Gefahr mehr ausging, sondern die »technologische Aufrüstung« der Mächte der Dritten Welt. Im Hinblick auf den Mittleren Osten hatten sich die Instruktionen seit Oktober verändert: Im März mußten unsere Interventionskräfte zwar immer noch für den Mittleren Osten gewappnet sein, aber die Bedrohung konnte, ungeachtet der Lügen von vier Jahrzehnten, nun nicht mehr »dem Kreml in die Schuhe geschoben werden«, Die Vorwände änderten sich, doch die Politik blieb dieselbe. Nur kannte sie jetzt keine Hemmungen mehr.

Das zeigte sich sofort in der Lateinamerika-Politik. Einen Monat nach dem Fall der Mauer marschierten die USA in

Panama ein, töteten Hunderte oder vielleicht Tausende von Menschen, zerstörten Elendsviertel, brachten ein Regime von Bankiers und Drogenhändlern zurück an die Macht, Drogenhandel und Geldwäsche nahmen, wie Untersuchungskommissionen des Kongresses bald signalisierten, dramatisch zu usw. Das ist normal; eine Fußnote in der Geschichte, aber zweierlei war anders als bisher. Zum einen hatte sich der Vorwand geändert. Die Invasion war die erste seit dem Beginn (und nach dem Ende) des Kalten Kriegs, bei der es nicht darum ging, uns gegen die Sowjetunion zu verteidigen. An ihre Stelle waren hispanische Drogenhändler getreten. Zum anderen erkannten die USA sofort, daß sie nun sehr viel freier operieren konnten, denn die Russen würden nicht mehr, wie zuvor, in einem anderen Teil der Welt darauf reagieren. Der frühere Staatssekretär im Außenministerium, Abrams, wies denn auch frohgemut auf diese Tatsache hin.

Das gilt für die Dritte Welt insgesamt. Sie muß nicht mehr politisch in Betracht gezogen werden. Die Blockfreiheit ist bedeutungslos geworden. Man kann die Dritte Welt vergessen und muß nicht mehr so tun, als wäre man um ihre Interessen besorgt. Das beweist die Politik mit aller Deutlichkeit.

Und das gilt natürlich auch für Kuba. Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion wurde das Embargo augenblicklich verschärft, und zwar auf Initiative einer eher liberalen Regierung: Das entsprechende Gesetz wurde von Torricelli und Clinton auf den Weg gebracht. Auch hier hatte sich der Vorwand geändert. Vorher war Kuba der verlängerte Arm der sowjetischen Bestie, der uns zu würgen drohte; jetzt auf einmal sind wir gegen Kuba, weil wir die Demokratie lieben.

Die USA unterstützen einen bestimmten Typ von Demokratie, der sehr offen von Thomas Carothers, einem der führenden Politikwissenschaftler, beschrieben wurde. Carothers beschäftigte sich mit den demokratischen Gesetzesinitiativen der Regierung Reagan in den achtziger Jahren und schreibt aus der Perspektive eines Insiders, weil er damals im Außenministerium an Projekten zur »Förderung der Demokratie« beteiligt war. Er führt aus, daß die Regierung Reagan, der er große Seriosität bescheinigt, die Demokratie überall untergraben hat, aber dennoch an einem bestimmten Typ von Demokratie interessiert war, den er als »Demokratie von oben« bezeichnet. Hierbei bleiben »tradierte Machtstrukturen« unangetastet, und zwar genau die, zu denen die USA schon seit langem gute Beziehungen pflegen. Solange

sich daran nichts ändert, gibt es mit der Demokratie keine Probleme.

Insofern bleibt das kubanische Problem, was es von jeher war. »Castros Idee, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen«, ist weiterhin bedrohlich, weil sie die Armen und Unterprivilegierten dazu ermuntert, die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu fordern. Daß sie dazu kein Recht haben, läßt sich offensichtlich nicht in ihre Köpfe hämmern. Und leider lebt Kuba ihnen diese Möglichkeit vor, indem die Regierung, trotz der bedrückenden Lage im Land, mehr Ärzte in viele notleidende Länder der Erde schickt als jeder andere Staat, und zudem ein Gesundheitssystem aufrechterhält, das die Vereinigten Staaten beschämen muß. Diese Gründe und der lange in die Geschichte zurückreichende Fanatismus haben dazu geführt, daß die US-Regierung ihre hysterischen Angriffe immer noch fortsetzt und auch fortsetzen wird, solange ihr niemand Einhalt gebietet.

Ausländische Mächte, die das tun könnten, gibt es nicht mehr, aber ihr Einfluß war ohnehin nie besonders groß. Der einzige Druck, der etwas bewirken kann, muß nach wie vor von innen, aus den Vereinigten Staaten selbst kommen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind, auch ohne daß eine öffentliche Diskussion stattgefunden hätte, gegen das Embargo. Stellen wir uns vor, die Probleme würden einer ernsthaften und ehrlichen Erörterung unterzogen — daraus ergäben sich enorme Möglichkeiten, den notwendigen Druck auf unsere Regierung auszuüben.

IV. Jubeljahr 2000

Die Forderung nach einem allgemeinen Schuldenerlaß für alle Schuldnerländer im Jahr 2000 verdient Unterstützung, bedarf aber einiger Modifikationen. Die Schulden lösen sich ja nicht in Luft auf. Irgend jemand muß sie bezahlen, und die Geschichte bestätigt für gewöhnlich, was ein kritischer Blick auf die Machtstruktur bereits ahnen läßt: Im System mit dem trügerischen Namen »freie Marktwirtschaft« werden Risiken, wie Kosten allgemein, der Gemeinschaft aufgebürdet.

Ein komplementärer Ansatz könnte die altmodische kapitalistische Idee wiederbeleben, derzufolge derjenige, der Geld leiht, für die Rückzahlung verantwortlich ist, während der Verleihende das Risiko trägt. Das Geld wurde nicht von Campesinos, Fabrikarbeitern oder Slumbewohnern geliehen. Die Bevölkerungsmehrheit hatte wenig von den Anleihen,

sondern vielmehr oftmals unter den Folgen zu leiden. Aber der herrschenden Ideologie gemäß muß sie die Last der Rückzahlung tragen, während die Risiken durch Stützungskäufe des Weltwährungsfonds (die an Kreditgeber und Investoren, nicht an die Länder gehen) und andere Maßnahmen auf die Steuerzahler im Westen übertragen werden. Kürzlich vergebene Stützungskredite des IWF halten sich an diese Norm, weil »private Kreditoren die IWF-Gelder in die eigene Tasche steckten, während die Schuldnerländer die Schulden der Privatwirtschaft im Endeffekt nationalisiert haben«.¹ Durch solche Maßnahmen werden die Banken, die faule Kredite gewähren, ebenso geschützt wie die Eliten in Wirtschaft und Militär, die sich selbst bereicherten, während sie den Reichtum außer Landes schafften und die Ressourcen ihres Heimatlandes in Privatbesitz nahmen. Die Schuldenkrise ist eine »Krise« für die Armen, die, zum Zweck leichter Rückzahlung, harten strukturellen Anpassungsprogrammen unterworfen werden, deren Kosten den unteren Gesellschaftsschichten aufgebürdet werden, und sie ist eine, wenngleich geringere, Krise für die Steuerzahler der westlichen Länder, die für hochverzinsliche und daher riskante Anleihen aufkommen müssen, wenn die Rückzahlung ausbleibt. Aber für die Reichen und Privilegierten sind diese Arrangements wie geschaffen.

Die Schulden der lateinamerikanischen Länder, die seit 1982 schwindelerregende Höhen erreicht haben, hätten drastisch reduziert - in manchen Fällen sogar ganz abgebaut - werden können, wenn dazu das Fluchtkapital verwendet worden wäre, obwohl der Umfang dieser geheimen und oftmals illegalen Transaktionen nur schwer bezifferbar ist. Karin Lissakers, der gegenwärtigen Geschäftsführerin des IWF zufolge, »räumen Bankiers ein, daß es keine [Schulden-]Krise gäbe, wenn das Fluchtkapital - das Geld, das die Bürger von Schuldnerländern im Ausland investieren oder anlegen — für Schuldentrückzahlungen zur Verfügung stünde«, wobei »dieselben Bankiers nachdrücklich zur Anlage der Gelder im Ausland raten«. Die Weltbank schätzte, daß in Venezuela 1987 das Fluchtkapital die Auslandsschulden um etwa 40 Prozent übertraf, während Business Week davon ausging, daß 1980-82 in acht führenden Schuldnerländern die Höhe des Fluchtkapitals 70 Prozent der Auslandsschulden erreichte.² Solche Relationen deuten auf einen unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch hin, wie es auch 1994 in Mexiko der Fall war. Das vom IWF 1998 für Indonesien geschnürte

»Rettungspaket« war fast so umfangreich wie der geschätzte Reichtum der Familie Suharto. Ein indonesischer Wirtschaftswissenschaftler schätzte, daß 95 Prozent der Auslandsschulden von etwa 80 Milliarden \$ zu Lasten von 50 Einzelpersonen gehen, während die übrigen 200 Millionen die Kosten tragen. In den Augen des Asienexperten Richard Robison ist Indonesien »ein stalinistischer Staat auf den Fundamenten von Dodge City«.[3](#)

Die Schulden der 41 hochverschuldeten armen Länder werden ähnlich gehandhabt wie die Stützungskredite der US-amerikanischen Sparkassen- und Kreditinstitute in den letzten Jahren, einer von vielen Fällen, in denen Risiken und Kosten der Gesellschaft aufgebürdet wurden. Beschleunigt wurde dieses Verfahren, das mit zunehmender Staatsverschuldung und steigenden Staatsausgaben (relativ zum Bruttosozialprodukt) einherging, von »konservativen« Reagan-Anhängern. Das Auslandsguthaben der Lateinamerikaner übersteigt die Stützungskredite der Sparkassen- und Kreditinstitute um etwa 25 Prozent und lag 1990 bei 250 Milliarden \$.[4](#)

Das alles ist nicht neu. Eine Untersuchung über Probleme der Weltwirtschaft weist darauf hin, daß »in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bei den US-Eisenbahngesellschaften die Schuldenlasten durch Auslandsobligationen sich auf dem gleichen Niveau bewegten wie die jetzt sich entwickelnde Staatsverschuldung«.[5](#) Nach 1930 waren Frankreich, Großbritannien und Italien bei den USA hochverschuldet, und nach dem Zweiten Weltkrieg war ein starker Kapitaltransfer von Europa in die Vereinigten Staaten zu beobachten. Durch entsprechende Kontrollen hätte man die Mittel zum Zweck des Wiederaufbaus in den Herkunftsländern verwenden können, aber die Politiker, so unterstellen einige Analysten, zogen es vor, daß reiche Europäer ihr Kapital bei US-Banken deponierten, wodurch die Kosten des Wiederaufbaus den amerikanischen Steuerzahlern aufgebürdet wurden. Der Marshallplan deckte die von führenden Ökonomen vorhergesagte Massenflucht von Kapital in etwa ab.[6](#)

Aus der Geschichte kennen wir weitere Möglichkeiten, mit Schulden umzugehen. Als die USA vor einhundert Jahren Kuba besetzten, war die Insel gegenüber Spanien hochverschuldet. Die USA erklärten die Schulden für null und nichtig, weil diese Last »dem kubanischen Volk ohne dessen Zustimmung und mittels Waffengewalt aufgezwungen worden war«. Solche Schulden wurden später von der

Rechtswissenschaft »faule Schulden« (odious debt) genannt, die »keine nationale Verpflichtung« darstellen, sondern »zu Lasten der Macht, welche die Schulden verursacht hat, gehen«, während die Kreditgeber, die »eine gegen das Volk gerichtete feindselige Maßnahme ergriffen haben«, von den Opfern keine Rückzahlung erwarten dürfen. Als Costa Rica seine Schulden gegenüber Großbritannien annullierte, kam es nach dem britischen Einspruch zu einem Schiedsverfahren, bei dem der Schlichter — William Howard Taft, Vorsitzender Richter am Obersten Gerichtshof der USA - zu dem Urteil gelangte, daß die britische Bank die Gelder nicht für »legitime Verwendungszwecke« verliehen und somit auch keinen Anspruch auf Rückzahlung hätte. Diese Logik ließe sich leicht auf die heutigen Verhältnisse übertragen: Auch die gegenwärtigen Schulden sind »faule Schulden«, die keine rechtliche oder moralische Legitimation besitzen, den Völkern ohne ihre Zustimmung auferlegt wurden und meist dazu dienen, sie zu unterdrücken und ihre Herren zu bereichern. Würde man das Prinzip heute anwenden, »könnten die Länder der Dritten Welt einen substantiellen Teil ihrer Schulden als getilgt betrachten«, kommentiert Karin Lissakers.

In manchen Fällen gibt es Lösungen für die Schuldenkrise, die sogar noch einfacher und konservativer sind als die undenkbbare kapitalistische Idee oder das von der US-Regierung lancierte Prinzip der »faulen Schulden«. Mittelamerika leidet stark unter der Krise. Nicaragua weist die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Region auf; gegenwärtig sind es 6,4 Milliarden \$, die natürlich niemals zurückgezahlt werden können. Die Humankosten der IWF-Programme, mittels derer die Kreditgeber entschädigt werden sollen, lassen sich nicht beziffern. Etwa 1,5 Milliarden \$ stammen aus der Ära Somoza und sind mithin »faule Schulden«, die annulliert werden können. Weitere drei Milliarden \$ sind in der Zeit nach 1990 angewachsen, als die USA die Kontrolle über Nicaragua zurückgewannen; auch dies sind »faule Schulden«. Für den Rest sind die USA direkt verantwortlich, weil sie gegen Nicaragua einen mit mörderischem Terrorismus verbundenen brutalen Wirtschaftskrieg führten. Dafür wurden sie vom Weltgerichtshof verurteilt und aufgefordert, Reparationen zu zahlen, deren Höhe bei etwa 17 Milliarden \$ lag. Folglich würde das höchst konservative Prinzip, sich der internationalen Rechtsprechung zu beugen, Nicaraguas Schulden nicht nur tilgen, sondern sogar noch zu einem Überschuß führen. Wären in der westlichen Elitenkultur überhaupt elementare

Moralprinzipien vorstellbar, müßten solche Schlußfolgerungen in den USA und Europa auch ohne Urteile des Weltgerichtshofs gezogen werden. Aber dieser Tag ist noch sehr fern. [7](#)

Einem Bericht der OECD zufolge verdoppelten sich die Bankkredite zwischen 1971 und 1973, um sich dann, in den folgenden beiden Jahren, »trotz der gewaltigen Steigerung der Ölpreise zu stabilisieren«, wobei »der dramatischste Anstieg von Kreditvergaben mit der Explosion der Warenpreise 1972/73 -also vor dem Ölschock — einherging«. Ein Beispiel war die Verdreifachung der Preise für US-amerikanische Weizenexporte. [8](#) Später nahm die Kreditvergabe zu, als die Banken von Petrodollars überschwemmt wurden. Der (zeitlich begrenzte) Anstieg der Ölpreise führte hier und da zur nüchternen Forderung, man solle das Öl im Mittleren Osten »internationalisieren, nicht zugunsten einiger weniger Ölgesellschaften, sondern zugunsten der gesamten Menschheit«. [9](#) Dagegen gab es keine Vorschläge zur Internationalisierung der US-amerikanischen Landwirtschaft, die, aufgrund natürlicher Vorteile und einer seit vielen Jahren betriebenen, staatlich finanzierten Forschungs- und Entwicklungspolitik höchst produktiv ist, ganz zu schweigen von den alles andere als marktgängigen Maßnahmen, die zur Inbesitznahme des Landes führten.

Die Banken waren bei der Kreditvergabe großzügig und beurteilten die Erfolgsaussichten äußerst positiv. Noch am Vorabend der Katastrophe von 1982, als Mexiko seine Schulden nicht mehr begleichen konnte, bezeichnete Walter Wriston, Direktor der Citibank und in Finanzkreisen als »größter Kapital-Recycler« bekannt, Lateinamerika-Kredite als völlig risikolos, so daß Handelsbanken Dritte-Welt-Anleihen (in Form von Kapitalanlagen) ruhigen Gewissens verdreifachen könnten. Nach der Katastrophe ließ die Citibank vermelden, man fühle sich in Brasilien »nicht übermäßig gefährdet«. Dort hatten sich die Bankschulden in den vorangegangenen vier Jahren verdoppelt, wobei die Citibank mit mehr als 100 Prozent ihres Kapitals engagiert war. 1986, nach dem Zusammenbruch des internationalen Kreditbooms, den er angestoßen hatte, schrieb Wriston, daß »die Ereignisse der letzten zwölf Jahre zu der Vermutung Anlaß geben, daß wir [Bankiers] unseren Job [der Risikoeinschätzung] vernünftig erledigt haben«; was unbestreitbar ist, wenn wir die Sozialisierung des Risikos durch Regierungsinterventionen in die Rechnung miteinbeziehen.

Diese Interventionen sind von Wriston und anderen, die für ihre Verachtung der Institution Regierung und ihre Anbetung des freien Markts berüchtigt sind, natürlich begrüßt worden.

[10](#)

Bei der Schuldenkatastrophe (die eine für die Armen war) hatten natürlich auch die internationalen Finanzinstitutionen ihre Hand im Spiel. In den siebziger Jahren förderte die Weltbank ganz entschieden die Kreditaufnahme durch arme Länder und verkündete 1978 im Brustton der Überzeugung: »Die Entwicklungsländer haben kein allgemeines Rückzahlungsproblem.« 1982, wenige Wochen, bevor Mexiko die Krise lostrat, versicherte eine von IWF und Weltbank gemeinsam herausgegebene Publikation, es gebe noch »beträchtlichen Spielraum für weitere gestützte Kreditaufnahmen, um die Produktionskapazitäten zu erhöhen« - wie etwa für die nutzlose Stahlfabrik Sicartsa in Mexiko, die, gemäß dem Merkantilismus à la Thatcher, von britischen Steuerzahlern finanziert wurde.[11](#)

An diesen Strukturen hat sich bis heute nichts geändert. Mexiko wurde lange Zeit als Triumph des freien Markts und Modell für andere Länder gefeiert, bis seine Wirtschaft im Dezember 1994 zusammenbrach, was für die meisten Mexikaner, die schon während des »Triumphs« zu leiden hatten, dramatische Folgen nach sich zog. Mittlerweile erhebt sich erneutes Jubelgeschrei, während die Löhne seit 1994 (dem ersten Jahr nach Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens) um mehr als 25 Prozent gefallen sind, wobei sich der erste große Absturz bereits nach den liberalen Reformen zu Beginn der achtziger Jahre ereignete; von 1981 bis 1998 sind die realen Mindestlöhne um mehr als 80 Prozent gefallen.

[12](#) Gerade als die Finanzkrise in Asien ausbrach, schwärmten Untersuchungen von IWF und Weltbank von der »gesunden makroökonomischen Politik« und dem »beneidenswerten Finanzhaushalt« von Thailand und Südkorea und verwiesen auf die »besonders intensive« Entwicklung der »dynamischsten [Kapital-]Märkte«, nämlich »Korea, Malaysia und Thailand, gefolgt von Indonesien und den Philippinen«. Diese Erfolgsmodelle des freien Markts unter Anleitung von IWF und Weltbank heben sich »durch die von ihnen erreichte Intensität und Liquidität« und andere Tugenden hervor. Nachdem diese Luftballons geplatzt waren, veröffentlichte die OECD 1997 einen Bericht, in dem sie die Wunder der Liberalisierung feierte, die, obwohl sie seit mehr als zwanzig Jahren von einem deutlichen Rückgang des Bruttosozialprodukts und anderen

makroökonomischen Indikatoren begleitet worden war, bald ihre Versprechen einlösen sollte, und zwar dank der Dynamik der »sich herausbildenden Wirtschaft von Staaten, die nicht der OECD angehören« und zu deren führenden Kräften die »Großen Fünf -Brasilien, China, Indien, Indonesien und Rußland - gehören«. [13](#)

Falsche Voraussagen sind keine Sünde; noch immer werden grundlegende Faktoren der Weltwirtschaft »nur höchst unzureichend verstanden« (Jeffrey Sachs). Allerdings läßt sich schwer übersehen, daß »schlechte Ideen Konjunktur haben, weil mächtige Gruppen daran interessiert sind« (Paul Krugman). Das Vertrauen auf das, was zweckdienlich ist, wird noch bestärkt durch den blinden Glauben an die »Religion« des allwissenden Markts (Joseph Stiglitz). [14](#) Diese Religion ist so heuchlerisch wie fanatisch. Seit Jahrhunderten ist die Theorie des »freien Markts« zweischneidig: Marktdisziplin ist gut für die Armen und Wehrlosen, während die Reichen und Mächtigen sich im Schoß von Vater Staat geborgen fühlen dürfen.

Ein weiterer Faktor für die Schuldenkrise war die Liberalisierung der Finanzmärkte, die zu Beginn der siebziger Jahre einsetzte. Das nach dem Zweiten Weltkrieg von Großbritannien und den USA entworfene System von Bretton Woods sollte den Handel liberalisieren, während die Wechselkurse stabil blieben und Kapitalbewegungen reguliert und kontrolliert wurden. Diese Entscheidungen beruhten auf der Annahme, daß sich die Liberalisierung der Finanzmärkte auf Handel und Wirtschaftswachstum ungünstig auswirken und Regierungsentscheidungen beeinträchtigen könnte. Bretton Woods diente also auch dem Schutz des Wohlfahrtsstaats, der in der Bevölkerung große Popularität genoß. Die Kontrolle der Kapitalbewegungen war notwendig, um den in langen und harten Kämpfen errungenen Gesellschaftsvertrag und substantielle demokratische Strukturen vor Schaden zu bewahren.

Das System von Bretton Woods blieb während des »Goldenen Zeitalters«, in dem wirtschaftliches Wachstum und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen florierten, in Kraft, bis ihm die Regierung Nixon, unterstützt von Großbritannien und anderen Staaten, das Ende bereitete. Das führte in den darauffolgenden Jahren zu einer wahren Explosion von Kapitalströmen, die sich auch in ihrer Zusammensetzung grundlegend änderten. 1970 bezogen sich 90 Prozent aller Transaktionen auf reales Kapital (Handel und langfristige

Investitionen). 1995 waren schätzungsweise 95 Prozent der Transaktionen spekulatives, zumeist sehr kurzfristig angelegtes Kapital (80 Prozent mit einer Anlagedauer von sieben oder weniger Tagen). Dadurch wurden außerdem weitere »Ressourcen auf die Finanzmärkte verlagert, während die Bildung von Realkapital gehemmt wurde«. [15](#)

Das Ergebnis bestätigt weitgehend die Erwartungen, die sich mit dem System von Bretton Woods verbanden. Der Gesellschaftsvertrag geriet unter Beschuß, während protektionistische und andere interventionistische Maßnahmen um sich griffen. Dabei kam den »Reaganisten« eine führende Rolle zu. Die Märkte sind unberechenbarer und krisenanfälliger geworden. Die Funktion des IWF hat sich mittlerweile ins Gegenteil verkehrt: Sollte er zunächst die Mobilität des Finanzkapitals eindämmen, so ist er jetzt dazu übergegangen sie zu befördern und, wie Lissaker sagt, »die Kreditmärkte weiter anzuheizen«.

Es wurde sofort gemutmaßt, daß diese Liberalisierung in den reichen Ländern zu geringerem Wirtschaftswachstum und niedrigeren Löhnen führen würde. Das ist auch eingetreten. In den letzten 25 Jahren sind die Produktivitäts- und Wachstumsraten erheblich gesunken. In den USA sind die Spitzeneinkommen enorm gestiegen, während die Mehrheit der Bevölkerung Lohn- und Gehaltseinbußen hinnehmen mußte. Mittlerweile stehen die USA, was sozialstaatliche Leistungen angeht, unter den Industrienationen an letzter Stelle. England gibt kein sehr viel besseres Bild ab, und auch in anderen OECD-Staaten lassen sich ähnliche, wenngleich nicht so extreme, Auswirkungen beobachten.

In der Dritten Welt sind die Folgen sehr viel schlimmer. Erhellend ist ein Vergleich der ostasiatischen Wachstumsregionen mit Lateinamerika. In Ostasien ist die soziale Ungleichheit am geringsten, während sie in Lateinamerika am gravierendsten ist. Ähnliches gilt für das Bildungs- und Gesundheitswesen wie für staatliche Wohlfahrtseinrichtungen insgesamt. Importe nach Lateinamerika bedienen vorwiegend die Konsumtionsbedürfnisse der reichen Schichten, während in Ostasien Produktivinvestitionen vorherrschen. In Ostasien wird die Kapitalflucht kontrolliert, nicht so in Lateinamerika. Hier »weigern sich [die Reichen], Steuern zu zahlen« und sind von sozialen Verpflichtungen weitgehend ausgenommen. [16](#) Das ist in Ostasien ganz anders.

Instruktiv für Lateinamerika ist Chile, das einmal als rühmlicher Ausnahmefall galt. Das unter Pinochets Diktatur begonnene Experiment mit dem freien Markt war zu Beginn der achtziger Jahre völlig zusammengebrochen. Seitdem hat sich die Wirtschaft durch eine Mixtur unterschiedlicher Maßnahmen wieder erholt. Dazu gehören staatliche Subventionen (auch für die im Nationalbesitz befindlichen Kupferminen, die ein bedeutender Einkommensfaktor sind), die Kontrolle kurzfristiger Kapitalanlagen aus dem Ausland und sozialstaatliche Programme.

In den neunziger Jahren erreichte die Liberalisierung der Finanzmärkte schließlich Asien. Viele sehen darin eine Ursache für die spätere Wirtschaftskrise, die auch durch Marktversagen, Korruption und Strukturprobleme bedingt war.

Die Schuldenkrise ist ein gesellschaftliches und ideologisches Konstrukt, nicht einfach eine wirtschaftliche Tatsache. Darüber hinaus dient, wie seit langem bekannt ist, die Liberalisierung der Kapitalströme als wirksame Waffe gegen soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Die jüngsten politischen Entscheidungen folgen keinen geheimnisvollen »ökonomischen Gesetzen«, die, so Thatchers unbarmherzige Behauptung, »keine Alternative zulassen«, sondern liegen im wohlkalkulierten Eigeninteresse der Mächtigen. Schon vor Jahren hat man, um die schlimmsten Auswirkungen dieser Entscheidungen abzumildern, technische Verfahren vorgeschlagen, die gleichfalls im Interesse der Mächtigen vom Tisch gewischt wurden. Aber die Institutionen, die die nationalen und globalen Systeme entwerfen, sind ebensowenig von der Notwendigkeit entbunden, ihre Legitimität unter Beweis zu stellen, wie ihre glücklicherweise entmachteten Vorläufer.

Anmerkungen

1 Jeffrey Sachs, FT, 5. Nov. 1998. Zu den Techniken, mittels derer die Banken für ihre unvorsichtigen Lateinamerika-Kredite, die sie eigentlich hätten ruinieren müssen, im Endeffekt belohnt wurden, vgl. Karin Lissakers, Banks, Borrowers, and the Establishment (Basic Books, 1991), sowie Susan Strange, Mad Money (Univ. of Michigan Press, 1998).

2 Karin Lissakers, Banks, Borrowers; Cheryl Payer, Lent and Lost (Zed, 1993).

3 Der Indonesienexperte Benedict Anderson schätzte das

Vermögen der Familie Suharto auf 30 Milliarden \$, was nicht weit von dem geplanten »Rettungspaket« des IWF entfernt ist (London Review of Books, 16. April 1998). Der indonesische Wirtschaftswissenschaftler Kwik Kian Gie wird zitiert nach Gerry van Klinken, Inside Indonesia, April— Juni 1998.

Robison, Leiter des Asienforschungszentrums an der Murdoch-University in Perth, wird zitiert nach: »Stalinist State«, Far Eastern Economic Review, 16. April 1998.

4 Karin Lissakers, Banks, Borrowers; Payer, Lent and Lost. Zur Steigerung der Regierungsausgaben unter Reagan vgl. Fred Block, Vampire State (New Press, 1996). Gegenwärtige Pläne, die (als unbezahlbar erkannten) Schulden für die »Highly Indebted Poor Countries« (HIPC; hochverschuldete arme Länder) zu streichen, werden davon abhängig gemacht, daß diese Länder Strukturanpassungsprogramme des IWF akzeptieren, die jetzt unter dem Namen »Poverty Reduction and Growth Facility« (PRGF; Verringerung von Armut und Ermöglichung von Wachstum) laufen.

5 Peter Cowhey und Jonathan Aronson, Managing the World Economy (Council on Foreign Relations, Columbia Univ., 1993).

6 Eric Helleiner, States and the Reemergence of Global Finance (Cornell Univ. Press, 1994).

7 Patricia Adams, Odious Debts (Earthscan, 1991); Karin Lissakers, Banks, Borrowers; Witness for Peace, A Bankrupt Future: The Human Cost of Nicaraguas Debt (WFP, 2000); Envio (Managua, Nicaragua: UCA), 18.220, Nov. 1999.

8 Payer, Lent and Lost; Emma Rothschild, NYTMagazine, 13. März 1977.

9 Walter Laqueur, NYT Magazine, 16. Dez. 1973.

10 Karin Lissakers, Banks, Borrowers. Zum Hintergrund vgl. u. a. David Felix, »Asia and the Crisis of Financial Globalization«, in D. Baker, G. Epstein und R. Pollin (Hg.), Globalization and Progressive Economic Policy (Cambridge Univ. Press, 1998). ^ ,

11 Payer, Lent and Lost; Philip Wellons, Passing the Buck (Harvard Business School Press, 1987).

12 Vgl. den mexikanischen Wirtschaftswissenschaftler Alejandro Nadal, » World Investment Report 1999 Flawed on Many Fronts«, Third World Economics, 16.-30. Nov. 1999.

13 David Felix, »Asia and the Crisis of Financial Globalization«; »Globalizing Financial Capital Mobility: The Empire's New Clothes?«, Working Paper No. 213,

Washington University, Juni 1998, vorgesehen für CEPAL Review. Zum Niedergang makroökonomischer Indikatoren seit der Liberalisierung des Finanzkapitals («Globalisierung») vgl. Baker u. a., Globalization and Progressive Economic Policy; Robin Hahnel, Panic Rules! (South End, 1999); John Eatwell und Lance Taylor, Global Finance atRisk (New Press, 2000).

14 Jeffrey Sachs, »International Economics: Unlocking the Mysteries of Globalization«, Foreign Policy (Frühjahr 1998); Paul Krugman, »Cycles of Conventional Wisdom on Economic Development«, International Affairs 71:4 (Okt. 1995); Joseph Stiglitz, »Some Lessons from the East Asian Mi-racle«, World Bank Research Observer 11:2 (Aug. 1996). Stiglitz wurde schon bald zum Chefökonom der Weltbank ernannt. Zu seinen Überlegungen zur Krise in Ostasien vgl. seine WIDER Annual Lectures 2, UN University, 1997; »An Agenda for Development in the Twenty-First Century«, Annual World Bank Conference on Development Economics 1997, IBRD, 1998.

15 David Felix, »The Tobin Tax Proposal: Background, Issues, and Pro-spects«, Working Paper No. 191, Washington University, Juni 1994; vgl. diesen und andere Aufsätze in Mahbub Ul Haq, Inge Kaul, Isabelle Grun-berg, The Tobin Tax: Coping with Financial Volatility (Oxford, 1996).

16 Vgl. dazu den Artikel des argentinischen Politikwissenschaftlers Atilio Bo-ron, »Democracy or Neoliberalism?«, Boston Review, Okt./Nov. 1996 sowie sein Buch State, Capitalism, and Democracy in Latin America (Lynne Rienner, 1996).

V. »Die Rechte zurückerlangen«: Ein dornenreicher Weg

In den Analekten beschreibt Konfuzius die vorbildliche Person — den Meister selbst - als »denjenigen, der sich immerfort bemüht, auch wenn er weiß, daß es vergeblich ist«. Dieser Gedanke drängt sich auch zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« auf.

Regelmäßig erscheinende Berichte zur Lage der Menschenrechte zeugen von einer bis heute andauernden traurigen Geschichte, in die auch die Großmächte verwickelt sind. Um nur zwei jüngere Beispiel zu erwähnen: Der

»Kollateralschaden«, den die von den USA und Großbritannien auf den Irak abgeworfenen Bomben anrichteten, verdient offenbar ebensowenig Aufmerksamkeit¹ wie die willkürliche Zerstörung einer großen afrikanischen Pharmaziefabrik einige Monate zuvor oder andere Nebensächlichkeiten.

Und es sind wirklich Nebensächlichkeiten, wenn man sie mit Unternehmungen vergleicht, die in Washingtons »Hinterhof« stattfinden. So gab die liberale Presse »Reagan & Co. gute Noten« für ihre Unterstützung des Staatsterrors in El Salvador, der zu Beginn der achtziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte. Man forderte sogar stärkere militärische Hilfe für diese »Latino-Faschisten ... auch wenn dabei noch so viele Menschen ermordet werden«, weil es »für Amerika in Salvador Wichtigeres gibt als die Menschenrechte«. Auch müsse Nicaragua wieder zu den »mittelamerikanischen Verhältnissen«, wie sie in El Salvador und Guatemala herrschen, zurückfinden, möglicherweise durch eine »regionale Vereinbarung, die Nicaraguas Nachbarstaaten durchsetzen würden«. El Salvador und Guatemala waren die Terrorstaaten, die damals ihre Bevölkerung mit US-amerikanischer Hilfe abschlachteten.² Die Kommentare entstammen dem linksliberalen Lager; die anderen äußerten sich noch weit schärfer.

Das Bild ändert sich, wenn man einen Schritt zurücktritt. Die von Jesuiten organisierte Konferenz in San Salvador hatte das bereits erwähnte staatsterroristische Projekt und seine Fortsetzung durch die von den Siegern erzwungene Sozial- und Wirtschaftspolitik zum Thema. In dem Konferenzbericht wurde auf die Auswirkungen der fortdauernden »Kultur des Terrors« hingewiesen. Diese sollte »die Hoffnungen der Mehrheit auf Alternativen zur Politik der Mächtigen zähmen«³, Hoffnungen, die in den siebziger Jahren aufgekeimt waren, als in der ganzen Region Organisationen im Interesse der Bevölkerungsmehrheit entstanden, als Somoza gestürzt wurde und die Kirche sich für die Armen einsetzte - eine Abweichung vom Pfad der Tugend, die harte Bestrafungen nach sich zog.

Die von den Jesuiten geschilderte Lage läßt sich in vielen Ländern der Dritten Welt finden, zunehmend aber auch in den reichen Staaten des Westens, weil das Modell einer ausgeprägten Zwei-Schichten-Gesellschaft international an Verbreitung gewinnt. Die wirkliche Welt fand ihren Widerhall in Bemerkungen des Generalsekretärs der UNCTAD, einer Organisation, die gegründet wurde, »um ein internationales

Handelssystem zu schaffen, das mit der Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung kompatibel ist«. Er vertrat die UNO am 50. Jahrestag des Welthandelssystems (GATT, WTO usw.) und bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß »niemand sich von der festlichen Atmosphäre dieser Feier täuschen lassen sollte. Draußen walten Angst und Furcht, drohender Verlust von Arbeitsplätzen und, in den Worten von Thoreau, 'ein Leben in stiller Verzweiflung'.«⁴ Das Ereignis fand in den Medien große Beachtung, berichtet wurde jedoch vorrangig über die festliche Atmosphäre.

Die vom Wirbelsturm Mitch im Oktober 1998 angerichteten Verwüstungen wurden von den Medien genau nachgezeichnet. Unerwähnt blieb jedoch, daß eine ihrer Ursachen in dem »Wirtschaftswunder« lag, das von US-Experten angeleitete »Latino-Faschisten« angerichtet hatten — ein Entwicklungsmodell, bei dem »große Armut mit der Begünstigung der Minderheit einhergeht, während die Mehrheit mit dem Subsistenzminimum auskommen muß«. So äußerte sich ein konservativer Bischof aus Honduras, der neue Programme, die die Katastrophe nur verlängern, verurteilte. Er wurde von einem altgedienten Mittelamerika-Journalisten zitiert, einem der wenigen, die sich mit den Ursachen dieser Katastrophe beschäftigten. Ihm zufolge wurden die Hoffnungen auf einen sozialen Wandel von den Armeen zunichte gemacht, die »dafür sorgten, daß fast allen, die ihre Stimme für eine Landreform erhoben hatten, verschwanden«, zusammen mit Hunderttausenden weiterer mißliebiger Personen.⁵ Die USA haben für die Ausbildung der Armeee Angehörigen gesorgt. Ein detaillierteres Bild wäre noch düsterer, aber das Erwähnte soll genügen.

Die sozialen Auswirkungen des Wirbelsturms wurden in dem Forschungsjournal der Jesuitischen Universität von Managua untersucht. »Hatte Mitch einen Klassencharakter?« wurde in dem Bericht gefragt. Der Wirbelsturm traf vor allem die armen Bauern, die »in die ökologisch sensibelsten und für die Landwirtschaft am wenigsten geeigneten Gebiete abgedrängt wurden«. Ein Beispiel ist Posoltega, Schauplatz der grauenhaften Schlammlawine, deren Bilder die Welt schockierten. Wenige Kilometer davon entfernt kam die Raffinerie von San Antonio, »eines der symbolträchtigsten Wirtschaftsimperien Nicaraguas«, völlig ungeschoren davon. Das gilt auch für die landwirtschaftliche Exportindustrie allgemein, die von dem Regen profitiert, der die von ihr in Monopolbesitz gehaltenen Böden fruchtbar macht. Dagegen

wurde die Produktion grundlegender Agrarprodukte (Getreide und Bohnen) vernichtet, was für die Bauern und die Bevölkerungsmehrheit eine Katastrophe bedeutete. Der Wiederaufbau eines »Neuen Nicaragua« wird die alten Unterschiede nur noch vergrößern; das beeindruckende Wirtschaftswachstum läßt die Bevölkerung auf ein haitianisches Armutsniveau absinken. Dazu tragen Subventionen aus dem Ausland genauso ihren Teil bei wie einheimische Institutionen, deren Neustrukturierung den Erfordernissen der internationalen Finanzinstitutionen genügen soll. Kreditvergabe, Forschung und die Innenpolitik ganz allgemein werden noch mehr als vorher darauf ausgerichtet, »ihre Leistungen ausschließlich in den Dienst der zahlungsfähigen Gesellschaftsmitglieder zu stellen«, wobei auch die Überreste der Agrarreform nach und nach beseitigt werden. Der »Klassencharakter« des Wirbelsturms und seiner Nachwirkungen ist keineswegs Ausdruck eines »göttlichen Willens oder [einer] mythischen Verfluchung der Armen«, sondern »das Ergebnis sehr konkreter sozialer, ökonomischer und ökologischer Faktoren«. ⁶ Auch dies gilt beileibe nicht nur für Nicaragua.

Als Nebenwirkung des Wirbelsturms wurden Zehntausende von Landminen in der Region verstreut. Sie sind ein Überbleibsel der nicaraguanischen Komponente der Terrorkriege, die Washington in den achtziger Jahren führte. Zum Glück kamen Minensuchexperten zu Hilfe — aus Frankreich. Berichtet wurde darüber in pazifistischen Publikationen. ⁷ Daß Washington sich nicht darum kümmerte, kann angesichts der Reaktion auf weit schlimmere Menschenrechtsverletzungen ähnlicher Art, von denen noch die Rede sein wird, kaum verwundern. Das vielleicht eindrucksvollste Beispiel sind die Opfer der Antipersonen-Minen, die die Ebene von Jars in Laos zu einem tödlichen Gelände machen. Jars war Schauplatz der schwersten und nachweisbar grausamsten Bombardements ziviler Ziele in der Geschichte überhaupt: Dieser furienhafte Angriff auf eine arme bäuerliche Gesellschaft hatte mit den Kriegen, die Washington sonst noch in der Region führte, kaum etwas zu tun.

Neue Rechte?

Untersuchen wir die allgemeineren Umstände, unter denen die in der Erklärung niedergelegten Rechte Leben und Substanz gewinnen.

In vielerlei Hinsicht betrat die UN-Menschenrechtserklärung neues Terrain. Sie erweiterte den Bereich der bereits

formulierten Rechte und dehnte ihn auf alle Personen aus. In einem großen Essay zum 50. Jahrestag gibt Mary Ann Glendon, Rechtsprofessorin in Harvard, einen Überblick über die in der Erklärung festgelegten Rechte. Es handelt sich dabei, bemerkt sie, »nicht lediglich um eine 'Universalisierung' der traditionellen 'Menschenrechte' (rights of man) des 18. Jahrhunderts, sondern um den Bestandteil eines neuen 'Impulses' in der Geschichte der Menschenrechte (human rights) ... [Die Erklärung] gehört zur Familie der nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten Rechtsinstrumente, die dem Freiheitsbaum den Zweig der sozialen Gerechtigkeit aufpropfen wollten«. Dazu zählen vor allem die Artikel 22—27, eine »Säule« der Erklärung, die »verschiedenen 'neuen' ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten den Status von Grundrechten verleiht«. Im Grunde ist die Menschenrechtserklärung ein weiterer Schritt zur »Rückерlangung der Rechte«, die durch Eroberung und Tyrannei verloren gingen. Sie verspricht »dem Menschengeschlecht ein neues Zeitalter«, um an die Hoffnungen von Thomas Paine vor über zweihundert Jahren zu erinnern.⁸

Weiter hebt Glendon hervor, daß die Erklärung von einem integralen Universalismus geprägt ist: Die »relativistische« Forderung, daß bestimmte Rechte im Kontext »asiatischer Werte« oder eines anderen Vorwands nur sekundären Status haben dürften, findet in ihr keinen Platz.

Eben dies wird auch in einem Bericht zur Menschenrechtsordnung, den die Vereinten Nationen zum 50. Jahrestag der UN-Charta veröffentlichten, sowie im UN-Beitrag zur ersten Weltkonferenz über Menschenrechte, die 1993 in Wien stattfand, betont. In seiner Eröffnungsrede wies der UN-Generalsekretär daraufhin, »daß die Interdependenz aller Menschenrechte von großer Bedeutung ist«. In der Einleitung zu einer Publikation, die dem 50. Jahrestag gewidmet ist, faßt er die Ergebnisse der Wiener Konferenz zusammen: »Förderung und Schutz ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte ist genauso wichtig wie die Durchsetzung von Bürgerrechten und politischen Rechten.«

Ähnlich äußerte sich der Vatikan zum 50. Jahrestag der Menschenrechtserklärung. In seiner Neujahrsbotschaft für 1999 verdammt Papst Johannes Paul II. neben Marxismus, Nazismus und Faschismus auch die »nicht weniger böartige« Ideologie des »materialistischen Konsums«, bei der »die negativen Auswirkungen auf andere Menschen für völlig unbedeutend gehalten werden« und »Nationen und Völker das

Recht auf eine Beteiligung an den Entscheidungen, die ihre Lebensweise oft so grundlegend verändern«, verlieren. Ihre Hoffnungen werden »grausam zerstört« durch eine Marktordnung, in der »politische und finanzielle Macht konzentriert sind«, während die Finanzmärkte unberechenbar fluktuieren und »Wahlen manipuliert werden können«. Zu den Kernelementen einer »neuen Vision weltweiten Fortschritts in Solidarität« müssen Garantien für das »weltweite Gemeinwohl und die Ausübung ökonomischer und sozialer Rechte« sowie die »nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft« gehören.¹⁰

Eine vorsichtige Version der, wie sie genannt wird, »Post-Befreiungstheologie« des Vatikans kann auf dem freien Markt der Ideen zugelassen werden, was für ihre Vorläuferin, die Befreiungstheologie selbst, natürlich nicht galt. Diese Ketzerei ist, wie Kommentatoren vermelden, »nahezu vollständig ausgestorben«.¹¹ Den Umständen dieses Aussterbens ist der ihnen gemäße Platz in der Geschichte eingeräumt worden, und sie ruhen dort neben dem Erzbischof, dessen Ermordung das düstere Jahrzehnt des Kriegs eröffnete, den Washington gegen die Kirche und andere Übeltäter führte, sowie neben den führenden jesuitischen Intellektuellen, deren Ermordung durch die nämlichen, von den USA unterstützten »Latino-Faschisten« das Ende dieses Kriegs markierte. Die beiden Theologien unterscheiden sich in einem besonders wichtigen Aspekt. Das »Eintreten für die Armen«, das jetzt irgendwie ausgestorben ist, sollte diese ermutigen, sich aktiv an der Gestaltung ihrer sozialen Welt zu beteiligen, während die Ersatzversion sie nur dazu aufruft, die Reichen und Mächtigen um einige Krümel vom Festmahl zu bitten, während die Kirche das »Gewissen« der Oberschichten »wachrütteln« und sie an die »katholischen Werte der Freigebigkeit und Aufopferung« erinnern soll. Die Befreiungstheologie wollte durch die Gründung christlicher Basisgemeinden den Menschen zeigen, wie sie »das Recht auf eine Beteiligung an den Entscheidungen, die ihre Lebensweise oft so grundlegend verändern«, ausüben könnten. Daraus ist jetzt, in der verwässerten Version, die Bitte um eine wohlwollendere Ausübung von Herrschaft geworden.

Glendon wendet sich ferner gegen die Behauptung, sozio-ökonomische und kulturelle Rechte seien »als Konzession an die Sowjets« in die Menschenrechtserklärung aufgenommen worden; vielmehr habe es dafür »eine breite Unterstützung« gegeben. Wir sollten uns daran erinnern, daß solche Ideale von antifaschistischen und antikolonialistischen Kräften

hochgehalten wurden, aber auch in der US-amerikanischen Bevölkerung großes Ansehen genossen. Das wiederum war den politischen und wirtschaftlichen Eliten der USA ein Dorn im Auge, denn sie malten sich die Welt, die sie schaffen wollten, ganz anders aus. Sie äußerten sich besorgt über die »dem Zufall ausgelieferten Industriellen« angesichts »der neu verwirklichten politischen Macht der Massen« in den Vereinigten Staaten und über die »neuen Bestrebungen« bei ausländischen Bevölkerungen, die »davon überzeugt [sind], daß die ersten Nutznießer der Ressourcenentwicklung eines Landes dessen Bewohner sein sollten«, und nicht etwa US-Investoren. Die Schritte, die zur Beseitigung solcher Zufälligkeiten unternommen wurden, sind Leitmotive der Nachkriegsgeschichte, die ich hier jedoch, trotz ihrer augenfälligen Bedeutung, beiseite setzen muß.

Natürlich gab es einige, die die Menschenrechtserklärung verachtungsvoll fallen ließen. Der sowjetische Delegierte Andrej Wischinski, dessen eigene Vergangenheit uns hier nicht beschäftigen muß, hielt sie, mit oft zitierten Worten, für »eine Sammlung frommer Sprüche«, während Reagans UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick die sozioökonomischen und kulturellen Rechte der Deklaration als »einen Brief an den Weihnachtsmann« lächerlich machte und hinzufügte: »Weder Natur, noch Erfahrung oder Wahrscheinlichkeit ist von Einfluß auf diese Liste von »Leistungsansprüchen«, die keine Grenzen kennen, es sei denn den Geist und die Gelüste ihrer Autoren.« Einige Jahre später hielt UN-Botschafter Morris Abram solche Ideen für »kaum mehr als einen leeren Topf, in den vage Hoffnungen und unausgereifte Erwartungen fließen«; sie seien »gefährlich aufrührerisch«, wo nicht gar »absurd«. Abram sprach vor der UN-Menschenrechtskommission, um zu erklären, warum Washington das Recht auf Entwicklung ablehne, das »Individuen, Gruppen und Völkern« die Möglichkeit bieten sollte, »eine kontinuierliche ökonomische, soziale, kulturelle und politische Entwicklung zu genießen, zu ihr beizutragen und an ihr zu partizipieren, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten vollständig verwirklicht werden können«. Nur die USA legten gegen die Erklärung ihr Veto ein und damit implizit auch gegen jene Artikel der Erklärung, in denen dieses Recht näher umschrieben wird.¹²

Gerade wegen der relativistischen Angriffe ist die Menschenrechtserklärung es wert, verteidigt zu werden. Doch machen wir uns keine Illusionen: Der mächtigste Staat der Welt hat immer schon das Lager der Relativisten angeführt, und

selbst in der Unterkategorie der Menschenrechte, zu denen er sich bekennt, »gibt es ein dauerhaftes und weitverbreitetes Muster« von Übertretungen und Verletzungen, wie es in einem Interview mit Amnesty International heißt.¹³

Das System der Menschenrechte war einer der drei miteinander verstreuten Pfeiler der Neuen Weltordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegern errichtet worden war. Einen zweiten Pfeiler bildete die politische Ordnung, die in der UN-Charta ihren Ausdruck fand; den dritten die in Bretton Woods formulierte Wirtschaftsordnung. Werfen wir einen kurzen Blick auf diese Komponenten des geplanten internationalen Systems, wobei wir uns auf die Dimension der Menschenrechte konzentrieren.

Das System von Bretton Woods funktionierte bis zu den frühen siebziger Jahren, also während einer Epoche, die mitunter das »Goldene Zeitalter« des Industriekapitalismus genannt wird. Die Wirtschaft florierte und mit ihr die Verwirklichung der in der Menschenrechtserklärung formulierten sozialen und ökonomischen Rechte. Sie lagen den Begründern von Bretton Woods besonders am Herzen, und ihre Ausweitung während des »Goldenen Zeitalters« war ein Beitrag zur zumindest partiellen Umsetzung der Menschenrechte, die mehr sein sollten als »fromme Sprüche« oder ein »Brief an den Weihnachtsmann«.

Ein Grundprinzip des Systems von Bretton Woods war die Regulierung der Finanzmärkte, deren Liberalisierung, so wurde mit Recht befürchtet, zu einer gefährlichen Waffe im Kampf gegen Demokratie und Wohlfahrtsstaat werden könnte. Das Finanzkapital sollte kein »virtuelles Oberhaus« der Regierung werden, das seine eigene Sozialpolitik betreiben und jene durch Kapitalflucht bestrafen würde, die sich dieser Politik zu entziehen suchten. Das System wurde durch die Regierung Nixon unter tätiger Beihilfe Großbritanniens und anderer Finanzzentren beseitigt. Von den Ergebnissen wären die Erbauer des Systems nicht überrascht gewesen.

Für die großen Industriestaaten bedeutete die Ära nach Bretton Woods geringeres Wirtschaftswachstum und die schleichende Auflösung des Sozialvertrags, ein Prozeß, der sich am deutlichsten in Großbritannien und den USA vollzog. In den Vereinigten Staaten war die wirtschaftliche Erholungsphase der neunziger Jahre die schwächste seit dem Zweiten Weltkrieg und steht in der amerikanischen Geschichte insofern einzigartig da, als die Bevölkerungsmehrheit noch nicht einmal das Niveau des letzten Konjunkturgipfels von 1989,

geschweige das von 1979 zurückgewonnen hat. Die Durchschnittsfamilie arbeitet heute pro Jahr 15 Wochen länger als vor 20 Jahren, während das Einkommen stagniert oder gar rückläufig ist. Das eine Prozent der Superreichen hat enorme Gewinne gemacht, während die zehn Prozent der Gutverdienenden immerhin Zuwächse zu verzeichnen haben. Für die nächsten zehn Prozent ist der Nettowert — Vermögenswerte minus Schulden — in den neunziger Jahren ständig gefallen. Die soziale Ungleichheit, die während des sogenannten Goldenen Zeitalters stetig reduziert wurde, ist jetzt auf das Niveau der Zeit vor dem New Deal abgesunken. Die Ungleichheit korreliert mit der Zahl der Arbeitsstunden. 1970 waren die USA in beiderlei Hinsicht mit Europa auf einer Linie, aber mittlerweile sind sie gegenüber den anderen Industriestaaten weit zurückgefallen. Immer noch sind sie das einzige Land des reichen Westens, in dem es keine Regelungen für bezahlten Urlaub gibt. Während der Präsidentschaft von Reagan hat die Regierung ganz offen die Verbrechen der Konzerne unterstützt, worüber in den Wirtschaftszeitungen bisweilen sehr genaue Berichte zu lesen waren, und dadurch die Rechte der Arbeiter untergraben. Daran hat sich auch nach Reagan nichts geändert. All dies vollzieht sich in direktem Konflikt mit der Menschenrechtserklärung — das heißt mit den Teilen, denen unter dem vorherrschenden Relativismus die Anerkennung verweigert wird.[14](#)

Regelmäßig bejubelt die Presse »ein Zeitalter noch nie dagewesener Prosperität« in den USA, an dem Europa sich ein Beispiel nehmen sollte, und eine »bemerkenswert erfolgreiche US-Wirtschaft«.[15](#) Die Artikel beziehen sich hauptsächlich auf »die Kapitalgewinne amerikanischer Gesellschaften« — die in der Tat »spektakulär« gewesen sind, wie es voller Lob während der Clinton-Ära hieß — und die enorme Steigerung der Aktienwerte. Dadurch ist das Vermögen des einen Prozents von Familien, denen fast die Hälfte der Aktien gehört, ebenso enorm angewachsen wie das der oberen zehn Prozent, die in etwa den Rest besitzen, und die, zusammengenommen, die Nutznießer von 85 Prozent der Gewinne aus Kapitalanlagen in der »Märchenwirtschaft« sind. Gute Taten bleiben nicht unbemerkt. Presseberichten zufolge wurde Präsident Clinton Mitte Januar 1999 bei einer Wall-Street-Konferenz »Martin Luther King gleichgesetzt und überhaupt allgemein gefeiert«. Bei diesem Anlaß sagte der Präsident der New Yorker Börse »zu Mr. Clinton, daß Dr. King sicherlich auf das Treffen« zum jährlichen Gedenktag für

Martin Luther King »herabblähle« und erkenne, wie sehr Clinton »meiner kleinen Ecke in Süd-Manhattan« genützt habe.¹⁶

Andere kleine Ecken hatten ein weniger günstiges Schicksal.

Der Chef der US-Bundeszentralbank, Alan Greenspan, rechnete die »märchenhafte« Wirtschaftsentwicklung zum Teil einer »größeren Unsicherheit unter den Arbeitern« zu und berief sich dabei auf Untersuchungen, denen zufolge sich die Zahl der Arbeiter in Großindustrien, die eine vorübergehende Arbeitslosigkeit befürchteten, zwischen 1991 und 1996 nahezu verdoppelt habe. Andere Studien sprechen von 90 Prozent, die um ihren Arbeitsplatz fürchten. In einer statistischen Erhebung aus dem Jahre 1994 sagten 79 Prozent der befragten Arbeitskräfte, daß der Versuch, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wahrscheinlich zur Kündigung führen werde, während 41 Prozent der nicht-organisierten Arbeiter glaubten, sie würden mit einem Beitritt zur Gewerkschaft ihren Job riskieren. Der Rückgang gewerkschaftlicher Organisation gilt Arbeitsökonomern allgemein als wichtiger Faktor für stagnierende oder fallende Löhne und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.¹⁷

Zwar sprechen Umfragen von »guter Stimmung bei den Konsumenten«, die jedoch durch die Beobachtung, daß »die Erwartungen geringer geworden sind«, abgeschwächt wird. Der Direktor des Statistischen Forschungszentrums der Universität von Michigan sieht es folgendermaßen: »Es ist ein bißchen so, wie wenn die Leute sagten: 'Ich verdiene nicht genug, um auf einen grünen Zweig zu kommen, aber es könnte schlimmer sein', während sie in den sechziger Jahren dachten: 'Kann es eigentlich noch besser werden?'.«¹⁸

Vor allem für die »Entwicklungsländer« hat sich die Ära nach Bretton Woods als Katastrophe erwiesen, der jedoch einige, zumindest zeitweise, entgehen konnten, indem sie, wie der Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, es formulierte, die »Religion« des freien Markts verwarfen. Er weist darauf hin, daß das »geschichtlich einmalige ... ostasiatische Wunder« durch die Nichtbeachtung wesentlicher Marktregeln erreicht wurde, wobei sein leuchtendster Stern, Südkorea, ziemliche Rückschläge einstecken mußte, nachdem es zu Beginn der neunziger Jahre der Liberalisierung der Finanzmärkte zugestimmt hatte. Das hat wesentlich, wie Stiglitz und andere Experten annehmen, zu der gegenwärtigen Krise beigetragen und war ein Schritt hin zur »Lateinamerikanisierung«. Die lateinamerikanischen Eliten kennen weit größere Ungleichheit

und besitzen »einen schwächer entwickelten Gemeinsinn als die nationalistischen Eliten Ostasiens«. Zudem sind sie »stärker mit der ausländischen Hochfinanz verbunden« - Faktoren, die, wie der Weltwirtschaftsexperte David Felix bemerkt, zu ihrem »europäisch und US-amerikanisch geprägten Lebensstil der Bevorzugung hochrangiger Konsum- und Kulturgüter« beitragen. »Der durch mobiles Kapital erzielte Reichtum hat es den Oberschichten Lateinamerikas auch ermöglicht, progressive Besteuerung zu verhindern und Ausgaben für Grundschulen und weiterführende Bildungsinstitutionen zu begrenzen, während sie in finanziellen Notlagen großzügige staatliche Hilfsleistungen erwarten können«, ein seit Jahrhunderten typisches Kennzeichen der Doktrin des freien Markts.¹⁹

In seiner hoch angesehenen Geschichte des internationalen Währungssystems verweist Barry Eichengreen auf einen entscheidenden Unterschied zwischen der gegenwärtigen »Globalisierungs«-Phase und der ihr in mancher Beziehung ähnlichen Ära vor dem Ersten Weltkrieg.²⁰ Damals unterlag die Regierungspolitik noch nicht »der Beeinflussung durch das allgemeine Wahlrecht für Männer und den Aufstieg der Gewerkschaften und im Parlament vertretener Arbeiterparteien«. Mithin konnten die erheblichen Kosten, die eine vom »virtuellen Senat« auferlegte korrekte Finanzpolitik verursachte, auf die Gesamtbevölkerung umgelegt werden. Mit diesem Luxus war es in der Ära von Bretton Woods vorbei, weil man nun, »um sich gegen den Druck des Markts abzuschütten, nicht der Demokratie, sondern der Mobilität des Kapitals Grenzen setzte«. Insofern ist es ganz natürlich, daß die Auflösung der Wirtschaftsordnung von Bretton Woods, vor allem in Großbritannien und den USA, mit einem heftigen Angriff auf demokratische Strukturen und die Grundsätze der Menschenrechtserklärung einherging.

Über diese Themen ließe sich noch weit mehr sagen; aber im Hinblick auf den Aspekt der Menschenrechte scheinen die Tatsachen eindeutig zu sein und mit den Erwartungen der Begründer des Systems von Bretton Woods übereinzustimmen.

Politische Ordnung und Menschenrechte

Der dritte Pfeiler der nach dem Krieg errichteten Weltordnung ist die UN-Charta. Ihr Grundsatz lautet (gemäß Artikel 51), daß die Androhung oder Anwendung von Gewalt verboten ist, bis auf zwei Ausnahmen: wenn sie durch den Sicherheitsrat

ausdrücklich genehmigt wird, oder als Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, bis der Sicherheitsrat eine Entscheidung trifft. Zwingend in die Tat umsetzen kann der Sicherheitsrat seine Entscheidungen jedoch nur über die Großmächte, allen voran die USA. Aber Washington lehnt, wie bereits erörtert, die Grundsätze der Charta in Theorie und Praxis entschieden ab.

Die Weltordnung hat schon lange kein stabilisierendes Gerüst mehr, und selbst die damit verbundene Rhetorik ist hinfällig geworden. Der einzige anerkannte Grundsatz ist die Herrschaft von Gewalt. Die Feinsinnigen wissen, daß der Appell an rechtliche Verpflichtungen und moralische Prinzipien ein legitimes Mittel im Kampf gegen auserwählte Feinde ist; wir können, wie Dean Acheson es ausdrückte, »unsere Position mit einem Ethos vergolden, das aus höchst allgemeinen ... Moralprinzipien abgeleitet ist«. Mehr aber auch nicht. Diese Haltung findet in den Kreisen der Gebildeten sehr viel mehr Unterstützung, als man denken sollte. Was das für die Menschenrechte bedeutet, liegt auf der Hand.

Folglich sind, kurz gesagt, von den drei Pfeilern der globalen Nachkriegsordnung zwei - Bretton Woods und die Charta - in den Staub gesunken, während der dritte, die Menschenrechtserklärung, zum großen Teil »ein Brief an den Weihnachtsmann« geblieben ist, wie die Anführer des relativistischen Kreuzzugs behaupten.

Rechte für wen?

Bekanntlich bestand ein wesentlicher Fortschritt der Menschenrechtserklärung darin, daß die Rechte nun für alle Personen gelten sollten, das heißt, für Personen aus Fleisch und Blut. Die wirkliche Welt ist ganz anders. In den USA wird der Ausdruck »Person« offiziell so definiert, daß er auch juristische Personen umfaßt - »Einzelpersonen, Geschäftszweige, Handelspartner, Handelsgesellschaften, Gütergemeinschaften, Trusts, Konzerne oder andere Organisationen (seien diese gemäß den Gesetzen eines Staats organisiert oder nicht), sowie sämtliche Regierungskörperschaften«.²¹ Dieser Begriff von »Person« hätte Denker wie James Madison oder Adam Smith, die ihre geistigen Wurzeln in der Aufklärung und im klassischen Liberalismus besitzen, zutiefst schockiert. Aber er ist der vorherrschende und verleiht der Menschenrechtserklärung eine Form, die ihren ursprünglichen Intentionen ganz sicher nicht gerecht wird.

Eine ausufernde Rechtsprechung hat dahin geführt, daß die Rechte von Personen auch auf »kollektive Rechtssubjekte«, wie manche Rechtshistoriker es nennen, ausgedehnt wurden. Im engeren Sinne werden darunter Leitungsgremien verstanden. Auf diese Weise haben die Gerichte für »einen neuen 'Absolutismus'« gesorgt.²² Diese neu geschaffenen unsterblichen Personen sind durch die Zuschreibung persönlicher Rechte vor Überwachung geschützt und steuern die einheimischen und internationalen Märkte durch ihre internen Operationen, »strategische Bündnisse« mit angeblichen Konkurrenten und andere Verkopplungen. Von den mächtigen Staaten, über die sie, wie John Dewey einst sagte, den »Schatten« namens »Politik« werfen, fordern und erhalten sie entscheidende Unterstützung und bestätigen damit die Befürchtungen, die James Madison vor zweihundert Jahren hegte, daß private Macht das Wagnis Demokratie zerstören könnte, indem der Privatsektor »zugleich zum Werkzeug und zum Tyrannen« der demokratischen Regierung wird. Das Hauptziel des »Neoliberalismus« besteht darin, den öffentlichen Raum für andere einzuschränken und den Staat zugleich zum Werkzeug des wirtschaftlichen Privatinteresses zu machen. Die Grundidee wurde klar und deutlich von David Rockefeller formuliert: Es gehe darum, »den Einfluß der Regierung zurückzudrängen«. So etwas »liegt den Geschäftsleuten am Herzen«, bemerkte er, »andererseits jedoch muß irgend jemand die Rolle der Regierung übernehmen, und da scheint mir die Geschäftswelt der logische Nachfolger zu sein. Ich glaube, daß allzu viele Geschäftsleute sich dessen einfach noch nicht bewußt geworden sind oder gesagt haben: 'Das muß jemand anderer verantworten, nicht ich.'«²³

Auf keinen Fall aber darf es die Öffentlichkeit verantworten. Der große Fehler einer Regierung besteht darin, daß sie dieser Öffentlichkeit gegenüber in gewissem Maße Rechenschaft ablegen muß und ihr Mitwirkungsmöglichkeiten bietet. Der Fehler wird behoben, wenn die Verantwortlichkeit in die Hände unsterblicher, mit großer Macht ausgestatteter Rechtspersonen gelegt wird, die den Schutz von Persönlichkeitsrechten genießen und ohne störende Einwirkung der Öffentlichkeit planen und entscheiden können.

Gegenwärtige politische Initiativen wollen die Rechte juristischer Personen gegenüber denen, die Personen aus Fleisch und Blut zustehen, enorm ausweiten. Davon zeugen Handelsabkommen wie das NAFTA oder das Multilaterale

Investitionsabkommen (MAI), wobei letzteres auf öffentlichen Druck hin wieder zurückgezogen wurde, aber sehr wahrscheinlich in weniger spektakulärer Form wieder auftauchen wird.²⁴ Diese Abkommen garantieren Konzerndiktaturen das Recht auf »nationale Behandlung«, das Personen im herkömmlichen Sinn nicht zusteht. General Motors kann in Mexiko »nationale Behandlung« verlangen, wohingegen Mexikaner aus Fleisch und Blut nördlich der Grenze keinen Anspruch auf »nationale Behandlung« haben (und auch nicht unbedingt haben wollen).

Ebenfalls haben Konzerne die Möglichkeit (mit Aussicht auf Erfolg), Nationalstaaten wegen »Enteignung« verklagen, was heißt, daß ihnen bei ihrer Forderung nach freiem Zugang zu Ressourcen und Märkten kein Entgegenkommen gezeigt wurde.

Auch ohne die formelle Gewährleistung solcher außerordentlichen Rechte, die den Prinzipien des klassischen Liberalismus krass widersprechen, zeitigt die Rolle dieser juristischen Personen als »Werkzeuge und Tyrannen« der Regierung und als Vertreter der herrschenden Lehre ähnliche Resultate. Das läßt sich anhand des Artikels 17 der Menschenrechtserklärung illustrieren, in dem es heißt, daß »niemand willkürlich seines Eigentums beraubt werden darf«. In der wirklichen Welt sind es gerade die juristischen Personen, deren Rechte vor allen anderen geschützt werden, und zwar von einer Doktrin, die zur gleichen Zeit formuliert wurde wie die Menschenrechtserklärung. Diese Doktrin bestätigt das Recht auf »angemessene, wirksame und schnelle Entschädigung« für enteignetes Eigentum zu »einem fairen Marktpreis«, der natürlich von denen festgelegt wird, die mächtig genug sind, ihren Willen durchzusetzen. Die Roosevelts Außenminister Cordell Hull zugeschriebene Formulierung wurde in anerkannten Abhandlungen zum internationalen Recht als »internationaler Mindeststandard an Zivilisation« bezeichnet.²⁵

Die Anwendungskriterien für diese Formel mögen auf den ersten Blick inkonsistent wirken, aber nur, solange nicht die Faktoren der wirklichen Welt in Betracht gezogen werden. Die Formel ist die Grundlage für den seit vierzig Jahren geführten Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba, der mit dem Vorwurf gerechtfertigt wird, Kuba habe diesen »internationalen Mindeststandard« nicht erreicht. Die Formel gilt allerdings nicht für US-Investoren und die Regierung, die sich um 1900, als Kuba militärisch besetzt war, die Besitztümer aneigneten.

Es gilt auch nicht für die Regierung und private Mächte, die zur gleichen Zeit auf Kuba und den Philippinen spanisches und britisches Eigentum stahlen, wie etwa die in spanischem Besitz befindliche Manila-Eisenbahngesellschaft. Nach der blutigen Eroberung der Philippinen erklärten die USA die spanische Konzession für nichtig, weil sie »durch imperialistische Motive Spaniens begünstigt« worden sei. Das gilt natürlich nicht für die US-Besitztümer, die von Kuba nationalisiert wurden, als die Kubaner 1959 endlich wieder Herren im eigenen Land wurden.

Die Formel gilt auch nicht für die Gründung der Vereinigten Staaten, die aus einem Bürgerkrieg mit ausländischer Beteiligung hervorgingen, der heute als Amerikanische Revolution bekannt ist. In diesem Krieg profitierten die Rebellen von der Enteignung britischer Besitzungen, aber auch von der Konfiszierung des Eigentums der königstreuen Loyalisten, die wahrscheinlich ebenso zahlreich waren wie die Aufständischen. Allein der Staat New York nahm dadurch fast vier Millionen \$ ein, damals eine beträchtliche Summe. Für Nicaragua wiederum hat die Formel Gültigkeit. Die USA zwangen Nicaragua, den Anspruch auf die vom Weltgerichtshof gewährten Reparationszahlungen aufzugeben, und nachdem das Land an allen Fronten kapituliert hatte, votierte der US-Senat mit 94 gegen 4 Stimmen, alle Hilfsleistungen zu verweigern, solange Nicaragua nicht dem »internationalen Mindeststandard an Zivilisation« Genüge tat: Es sollte (in den Augen Washingtons) angemessene Entschädigungen für Besitztümer von US-Bürgern zahlen, die nach dem Sturz Somozas enteignet worden waren. Es handelte sich dabei um Vermögenswerte von Personen, die sich an den Verbrechen des lange Zeit von den USA favorisierten Diktators beteiligt hatten, sowie um wohlhabende Exil-Nicaraguaner, die rückwirkend zu US-Bürgern geworden waren.

Gesetze und andere Instrumente wirken wie ein »Spinnennetz«, schrieb ein populärer Dichter des 17. Jahrhunderts: »Kleine Fliegen fängt es ein, Große können sich befreien.«²⁶ Manche Dinge ändern sich, manche nicht.

Das Recht auf Information

Die unsterblichen juristischen Personen beherrschen mit Leichtigkeit Systeme der Informations- und Meinungsbildung. Durch ihre Macht und ihren Reichtum können sie den Rahmen bestimmen, innerhalb dessen das politische System funktioniert, wobei diese Kontrollmöglichkeiten durch jüngste

Verfügungen des Obersten Gerichtshofs, die Geld als eine Form der Rede definieren, noch direkter geworden sind. Ein Beispiel sind die Wahlen von 1998. Etwa 95 Prozent der Siegerkandidaten haben mehr für den Wahlkampf an Spendengeldern ausgegeben als ihre Mitbewerber. Die Beiträge der Geschäftswelt lagen dabei zwölfmal höher als die der Gewerkschaften, während Spenden von Einzelpersonen stark rückläufig waren.²⁷ Durch solche Verfahren sucht sich ein winziger Bruchteil der Bevölkerung die geeigneten Kandidaten aus. Diese Entwicklungen hängen zweifellos mit dem wachsenden Zynismus gegenüber der Art, Regierungsgeschäfte zu betreiben und mit der Wahlverdrossenheit zusammen. Solche Konsequenzen werden von den juristischen Personen, ihren Medien und ihren anderen Agenten begrüßt und gefördert. Insgesamt sind von dieser Seite enorme Anstrengungen gemacht worden, die Auffassung zu verbreiten, daß der Staat ein hassens- und fürchtenswerter Feind ist, nicht aber das Instrument einer souveränen Bevölkerung.

Die Verwirklichung der Menschenrechtserklärung hängt in entscheidender Weise von den Rechten ab, die in den Artikeln 19 und 21 ihren Niederschlag gefunden haben: Es geht zum einen darum, »durch jedes Medium Informationen und Ideen empfangen und mitteilen zu können«, zum anderen um die Teilnahme an »authentischen Wahlen«, die gewährleisten, daß »der Wille des Volks die Grundlage für die Autorität der Regierung bildet«. Die Mächtigen haben begriffen, wie wichtig es ist, das Recht auf freie Meinungsäußerung und demokratische Beteiligung einzuschränken. Versuche in dieser Richtung gab es in der Geschichte häufig genug, doch wuchs das Problem erst im 20. Jahrhundert zu seiner eigentlichen Bedeutung heran, als »die Massen zum König werden sollten«. Diese gefährliche Tendenz könnte, so wurde argumentiert, durch neue Propagandamethoden abgewendet werden, mittels derer die »intelligenten Minderheiten ... das Bewußtsein der Massen formen [und] ... das öffentliche Bewußtsein genauso dirigieren wie eine Armee die Körper ihrer Soldaten dirigiert«. Ich zitiere hier den Begründer der modernen PR-Industrie, den geachteten New-Deal-Liberalen Edward Bernays, dessen Auffassung bei führenden Intellektuellen und Akademikern des linksliberalen Lagers genauso verbreitet ist wie bei Führungskräften der Wirtschaft.²⁸

Aus diesen Gründen sind die Medien- und Bildungssysteme fortwährend umkämpft. Schon seit langem ist bekannt, daß die

Staatsmacht nicht der einzige Faktor bei der Einschränkung von Informationsfreiheit ist. In den Industrienationen ist er bei weitem nicht der wichtigste, wie bereits, um zwei bedeutende Beispiele zu nennen, John Dewey und George Orwell in ihren Schriften deutlich machen. 1946 wies die renommierte Hutchins-Kommission zur Pressefreiheit darauf hin, daß »die Kontrolle der großen Massenmedien durch private Körperschaften« die Pressefreiheit bedroht, weil unter dem Einfluß von Inserenten und Besitzern Einseitigkeiten und Verzerrungen der Meinungsbildung nahezu unvermeidbar seien. Die Europäische Kommission für Menschenrechte hat die »exzessive Konzentration auf dem Pressemarkt« als Beeinträchtigung der durch Artikel 19 garantierten Rechte gerügt und die Staaten aufgefordert, den Mißbrauch zu verhindern — eine Haltung, der sich auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch angeschlossen hat.[29](#)

Aus den selben Gründen war die Wirtschaft darauf erpicht, daß die Medien durch Privatbesitz kontrolliert werden und damit das Denken auf verordnete Meinung reduzieren. Außerdem versucht sie »jahrhundertealte Gewohnheiten zu annullieren« und, wie führende Geschäftsleute erklären, »neue Konzeptionen individuellen und gemeinschaftlichen Strebens und Begehrens« zu schaffen, damit die Menschen ihre Bedürfnisse auf Konsumtionsgüter, statt auf Lebens- und Arbeitsqualität, ausrichten, und sich nicht etwa, wie katholische Linksextreme es wollen, »an den Entscheidungen, die ihre Lebensweise oftmals grundlegend verändern, beteiligen«. Da mittlerweile die Medien durch ein paar Megakonzerne kontrolliert werden, scheinen die neuen Ziele der Wirtschaft in greifbarer Nähe zu liegen. Die Konzentration auf dem Mediensektor hat drastisch zugenommen, wozu auch Deregulierungsmechanismen beitragen, die noch die letzten Barrieren für den Schutz des öffentlichen Interesses beiseite geräumt haben. In der neuesten Auflage seines Standardwerks zu diesem Thema berichtet Ben Bagdikian, daß von 1984 bis heute die Zahl der Medienkonzerne von 50 auf 10 geschrumpft sei. Dazu gehören Riesenimperien wie Disney und General Electric und seit einiger Zeit auch Rupert Murdoch.[30](#)

Bagdikian beschäftigt sich auch mit den noch viel himmelschreienderen »Nachrichtenmanipulationen, mit denen die anderen finanziellen Ziele der Besitzer« und der Inserenten »verfolgt werden sollen«, um »konservative und andere konzernspezifische Werte zu befördern«, zu denen auch der

»materialistische Konsum« gehört, bei dem »die negativen Auswirkungen auf andere Menschen für völlig unbedeutend gehalten werden«. Der Prozeß wurde noch durch den Fusionierungsboom beschleunigt, der, wie das Wall Street Journal in einer Titelgeschichte berichtet, »das Anzeigengeschäft einer sinkenden Anzahl von Marktführern überläßt«, die »die Muskeln spielen lassen«, damit die Herausgeber begreifen, was an Inhalten zulässig ist - ohne jedoch, wie der Direktor einer großen Werbefirma dem Wall Street Journal versicherte, »die Integrität der Herausgeber in irgendeiner Weise beeinträchtigen zu wollen«.[31](#)

Neuerdings sind vor allem Kinder in den Zielbereich der Werbe- und Medienindustrie gerückt, die sich anschickt, letztlich alle Menschen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Kontrollmechanismen sollen weltweit funktionieren und umfassen auch die neuen Medien, die größtenteils im staatlichen Sektor der Industriewirtschaft entstehen. Eine wissenschaftliche Untersuchung weist darauf hin, daß die USA in ihrer Entwicklungsphase »darauf bedacht waren ... die Telekommunikationsindustrie den Kontrollmechanismen des Staats zu überlassen«. Seitdem aber diese Industrie, dank staatlicher Interventionsmaßnahmen, weltweit die Vorherrschaft erlangt hat, fordert sie nun, daß alle anderen sich dem »freien Wettbewerb« öffnen, so daß Artikel 19 im Endeffekt weltweit annulliert wird.[32](#)

Die Vorherrschaft des freien Wettbewerbs wurde mit ungewöhnlicher Klarheit verdeutlicht, als die UNESCO Vorschläge erwog, die das internationale Mediensystem demokratisieren sollten, um der Weltbevölkerungsmehrheit einen wie immer begrenzten Zugang zu gewähren. Regierung und Medien der USA verurteilten die UNESCO mit einer höchst beeindruckenden Flut von Lügen, die auch durch Einsprüche seitens der UN-Organisation nicht einzudämmen war. Ein Historiker, der die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UNESCO aufgearbeitet hat, bemerkt: »Die erstaunliche Ironie der [UNESCO-JBemühungen gipfelte darin, daß die USA, nachdem sie bewiesen hatten, daß der freie Meinungsmarkt nicht existierte, die UNESCO beschuldigten, diesen Markt zerstören zu wollen.« Ein Universitätsverlag hat diese ganzen Lügen dokumentiert, was jedoch unbeachtet blieb. Dieser Vorgang zeigt, welche Anerkennung die Grundsätze der Freiheit und Demokratie erfahren. [33](#)

Gegenwärtig ist die Kontrolle des Internets ein heiß umstrittener Diskussionsgegenstand. Internet und Web sind zunächst fast dreißig Jahre lang staatlich gefördert und dann gegen den Willen von zwei Dritteln der Bevölkerung kommerzialisiert worden. Die Geschäftswelt betrachtet das Internet als »grundlegende Plattform für die Vermarktung von Computertechnologien, Kommunikation und Kommerz«, als »den größten, tiefsten, schnellsten und sichersten Marktplatz der Welt«, auf dem nicht nur Waren, sondern auch Ideen und Einstellungen »verkauft« werden. Gigantische Profite stehen ebenso in Aussicht wie neue Möglichkeiten, die Einstellungen und Überzeugungen der Nutzer zu beeinflussen, wenn das Internet der Kontrolle der Konzerne und kommerzieller Sponsoren unterworfen und damit der Öffentlichkeit, die laut Gesetz Besitzer der Ätherwellen und des Cyberspace ist, entzogen werden und einer Handvoll juristischer Personen mit außergewöhnlicher globaler Macht übereignet werden kann. Ein wichtiges Ziel ist, wie ein Wirtschaftsjournalist bemerkt, »das zunächst eklektische Web in eine 24 Stunden am Tag funktionierende Vermarktungsmaschine zu verwandeln«. [34](#)

Um das öffentliche Internet Marketing- und anderen sicheren Aktivitäten zu unterwerfen, werden neue Technologien und Softwares entwickelt. Es geht darum, den »zunächst eklektischen« Charakter des Internets zu verändern, der die Möglichkeit bot, eine öffentliche Gegenwelt aufzubauen, und dabei beträchtliche Erfolge erzielen konnte. Aus Indonesien berichtet ein australischer Fachmann, das Internet habe sich dort »als Gottesgeschenk erwiesen«, weil es die Kommunikation und den »kulturellen und politischen Aktivismus« beförderte. Die Ergebnisse waren für die einheimischen Eliten ebenso unangenehm wie für die ausländischen Nutznießer und Unterstützer des ungewöhnlich brutalen und korrupten Regimes. Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel ist der Erfolg, den linksorientierte Organisationen bei ihrer Kampagne gegen den von Staat und Konzernen unternommenen Versuch, das MAI in aller Heimlichkeit durchzusetzen, erzielen konnten. Das führte zu einer gewissen Panik und sogar der Furcht, daß es »schwerer werden würde, Abkommen hinter verschlossenen Türen zu schließen, die das Parlament dann nur noch abzusegnen hat«, wie Handelsdiplomaten erkannten. Derartige Unglücksfälle müssen in Zukunft nach dem Willen wirtschaftlicher Führungskräfte tunlichst vermieden werden. [35](#)

Man darf erwarten, daß die Macht des Privateigentums mitsamt ihren »Werkzeugen und Tyrannen« darauf hinwirkt, daß andere »sich immerfort bemühen, auch wenn sie wissen, daß es vergeblich ist«. Aber das Urteil des Konfuzius ist sicherlich zu düster. Trotz aller Schrecken des 20. Jahrhunderts hat es in vielen Bereichen des menschlichen Lebens und Bewußtseins im Anschluß an frühere Fortschrittsmomente Verbesserungen gegeben, die lähmend langsam verliefen, oftmals widerrufen wurden, aber dennoch Wirklichkeit waren. Gerade in den privilegierten Gesellschaften, die ein hohes Maß an Freiheit gewonnen haben, gibt es viele Wahlmöglichkeiten bis hin zum grundlegenden institutionellen Wandel, falls dieser sich als notwendig erweisen sollte. Wir müssen die allgegenwärtigen Leiden und Ungerechtigkeiten ebensowenig hinnehmen wie die Aussicht auf gewaltige Katastrophen, die eintreten werden, wenn die Menschheit auf dem Weg, den sie eingeschlagen hat, verbleibt.

Anmerkungen

- 1 Reuters, »UN Agencies Tell of Damage in Iraq«, NYT, 7. Jan. 1999; Betsy Pisik, »Strikes Hit Iraqi Schools, Hospitals«, Washington Times, 8. Jan. 1999.
- 2 New Republic, Leitartikel, 2. Mai 1981; 2. April 1984. Tom Wicker, NYT, 14. März 1986; Leitartikel, WP National Weekly, 1. März 1986. Zu einem Überblick über das Spektrum, das die allgemeine Öffentlichkeit erreichte, vgl. Chomsky, Necessary Illusions und Deterring Democracy.
- 3 Juan Hernandez Pico, Envio (UCA, Jesuit. Univ., Managua), März 1994.
- 4 Rügen Ricupero; die Erklärung wurde in Third WorldResurgence (Penang) 95 (1998) veröffentlicht.
- 5 Paul Jeffrey, National Catholic Reporter, 11. Dez. 1998, der den honduranischen Bischof Angel Garachana zitiert. Zu den Auswirkungen von Entwaldung und US-amerikanischen Entwicklungsprogrammen vgl. auch Sara Silver, »Coffee Growers Find Less Is More«, Austin American-States-man, 27. Dez. 1998; Dudley Althaus, »Deforestation Contributed to Tra-gedy by Mitch in Honduras, Experts Claim«, Houston Chronicle, 30. Dez., 1998 (CentralAmerican NewsPak 13:23, Dez.-Jan. 1999).
- 6 Nitlapan-Envio team, »A Time for Opportunities and Opportunists«, Envio 17:209 (Dez. 1998). Vgl. auch David Gonzales, »Mitch Who? US Stalls MercyFlights; Aid to

Contras by Express, Disaster Relief by Boat«, NYT, 16. Dez. 1998, New York City Section, S. 27.

7 Reuters, »French to Clear Unearthed Land Mines«, Peacework (Cambridge MA: AFSC), Dez. 1998.

8 Mary Ann Glendon, »Knowing the Universal Declaration of Human Rights«, 73 Notre Dame Law Review 1153 (1998).
Paine, Rights of Man, Teil II (1792). Bruce Kucklick (Hg.), Thomas Paine: Political Writings (Cambridge Univ. Press, 1989).

9 The United Nations and Human Rights 1945-1995, Bd. VII, UN Blue Books Series (UN New York: Dept. of Public Information, 1995).

10 »Respect for Human Rights, the Secret of True Peace.«
Vgl. Arthur Jones, »Pope Blasts Consumerism as Human Rights Threat«, National Catholic Reporter, 8. Jan. 1999. In der US-Presse wurde die Nachricht kurz wiedergegeben, ihr Inhalt jedoch weitgehend ignoriert (WP und NYT, 2. Jan. 1999; der letzte Satz des Berichts aus der New York Times befaßte sich damit). Die Äußerungen des Vatikan zur gesellschaftlichen Entwicklung hatten in der Presse hier und da begrenzte Aufmerksamkeit erregt. Eine datengestützte Suche erbrachte verstreute Hinweise, davon einer in der US-Presse: Reuters, NYT, 16. Dez. 1998, S. 19. Die allgemeineren Themen fanden einige Beachtung, als der Papst ein paar Wochen später Mexiko besuchte. Vgl. Alessandra Stanley, »Pope is Returning to Mexico with New Target: Capitalism«, NYT, 22. Jan. 1999; ebenso 24. Jan. 1999. Richard Chacón und Diego Ribadeneira, BG, 24. und 25. Jan. 1999.

11 Stanley, NYT, 22. Jan. 1999.

12 Wischinski zit. nach David Manasian, »Human-Rights Law: The Con-science of Mankind«, Economist, 5. Dez. 1998; Kirkpatrick zit. nach Joseph Wronka, »Human Rights«, in R. Edwards (Hg.), Encyclopedia of Social Work (Washington DC: NASW, 1995), S. 1405-1418. Vgl. auch Wronka, Human Rights and Social Policy in the 21st Century (Univ. Press of America, 1992) und »A little Humility, Please«, Harvard International Review (Sommer 1998). Morris Abram, Erklärung vor der UN-Menschen-rechtskommission in Sachen: Punkt 8, »The Right to Development«, 11. Feb. 1991.

13 Amnesty International-London, United States of America: Rights for All (Okt. 1998). Vgl. das Interview, das Dennis Bernstein und Larry Everest mit Pierre Sane, dem Generalsekretär von Amnesty, führten, Z magazine (Jan.

1999), eine der seltenen Äußerung gegen den Mainstream, die nur im Umfeld der radikalen Dissidenten wahrgenommen wird.

14 Lawrence Mishel, Jared Bernstein, John Schmitt, *The State of Working America 1998-1999* (Cornell Univ. Press, 1999).

Zu diesen Themen vgl. auch Phineas Baxandall und Marc Breslow, *Dollars and Sense*, Jan./Feb. 1999 (dort Zitate aus OECD, *Annual Employment Outlook*, 1998). Sinkende Vermögenswerte: Edward Wolffs Untersuchungen werden zitiert von Aaron Bernstein, »A Sinking Tide Does Not Lower All Boats«, *BW*, 14. Sept. 1998. Zur straflos bleibenden Kriminalität englischer Konzerne vgl. Gary Slapper, *Blood in the Bank* (Ashgate, 1999).

15 Zwei von vielen neueren Beispielen: Gerald Baker, *FT*, 14. Dez. 1998, der auch auf mögliche Fehlentwicklungen hinweist; ferner Reed Ablesen, *ATF7*; 2. Jan. 1999.

16 James Bennet, »At a Conference on Wall Street Diversity, the President Finds His Own Stock Soaring«, *NYT*, 16. Jan. 1999.

17 Alan Greenspan zit. nach Edward Herman vom 22. Juli 1997, Anhörungen vor dem Kongreß, »The Threat of Globalization«, *New Politics* 26 (Winter 1999). Gene Koretz, »Which Way are Wages Headed«, *BW*, 21. Sept. 1998. Zur Lohnentwicklung von 1994 vgl. Robert Pollin und Stephanie Luce, *The Living Wage* (New Press, 1998). Zu Löhnen und gewerkschaftlicher Organisation vgl. Mishel u. a., *State of Working America* sowie frühere Untersuchungen dieser zweijährlich erscheinenden Reihe des Economics Policy Institute.

18 Louis Uchitelle, »The Rehabilitation of Morning in America«, *NYT*, 23. Feb. 1997.

19 Joseph Stiglitz, »Some Lessons from the East Asian Miracle«, *World Bank Research Observer* 11:2 (Aug. 1996); »An Agenda for Development in the Twenty-First Century«, *Annual World Bank Report on Development Economics* (World Bank, 1998); *WIDER Annual Lectures 2*, UN University and World Institute for Development Economics Research, Mai 1997. David Felix, »Is the Drive Toward Free-Market Globalization Stalling?« *Latin American Research Review* 33:3 (1998).

20 Eichengreen, *Globalizing Capital: A History of the International Monetary System* (Princeton Univ. Press, 1996).

21 *Survey of Current Business* 76:12 (Washington DC: US Dept. of Commerce, Dez. 1996).

22 Morton J. Horwitz, *The Transformation of American Law*

1870—1960 (Oxford, 1992).

23 »Looking for New Leadership«, Newsweek International, 1. Feb. 1999.

24 Zu den interessanten Diskussionen über das MAI vgl. Chomsky, Profit OverPeople.

25 Alan Story, »Property in International Law«, Journal of Political Philosophy 6:3 (1998), S. 306-333.

26 Christopher Hill, Liberty Against the Law (Penguin, 1996), S. 229.

27 Center for Responsive Politics, zit. nach Dollars and Sense (Jan./Feb. 1999).

28 Bernays, Propaganda (Liveright, 1928). Vgl. Alex Carey, Taking the Risk Out of Democracy (Univ. of New South Wales Press, 1995 und Univ. of Illinois Press, 1997); Elizabeth Fones-Wolf, Selling Free Enterprise: The Business Assault on Labor and Liberalism, 1945—1960 (Univ. of Illinois Press, 1995); Stuart Ewen, PRI: A Social History of Spin (Basic Books, 1996). Zum Gesamtkontext vgl. Chomsky, »Intellectuals and the State«, in Towards a New Cold War (Pantheon, 1982) sowie »Force and Opinion«, in Deterring Democracy.

29 Hutchins Commission zit. nach William Preston, Edward Herman und Herbert Schiller, Hope and Folly: The United States and UNESCO 1945-1985 (Univ. of Minnesota Press, 1989); Human Rights Watch, The Limits of Tolerance: Freedom of Expression and the Public Debate in Chile (Nov. 1998).

30 Stuart Ewen, Captains of Consciousness: Advertising and the Social Roots of the Consumer Culture (McGraw-Hill, 1976); Bagdikian, The Media Monopoly (5. Aufl., Beacon, 1997).

31 Bruce Knecht, »Magazine Advertisers Demand Prior Notice of »Offensive« Articles«, WSJ, 30. April 1997.

32 Dan Schiller, Digital Capitalism (MIT Press, 1999).

33 Preston, in Preston u. a., Hope and Folly.

34 Herbert Schiller, Information Inequality: The Deepening Social Crisis in America (Routledge, 1996); Edward Herman und Robert McChesney, The Global Media (Cassell, 1997); Schiller, Digital Capitalism; McChesney, Rich Media, Poor Democracy (Univ. of Illinois Press, 1999).

35 Marshall Clark, »Cleansing the Earth«, Inside Indonesia, Okt.-Dez. 1998. Zum MAI vgl. Chomsky, Profit Over People.

VI. Die Erblast des Kriegs

Die Heiligung des Kriegs

Vor achthundert Jahren bemerkte ein Pilger aus Spanien, der auf dem Weg nach Mekka war, daß »die Krieger sich in die Schlacht stürzen, während die anderen Leute in Frieden leben«, unberührt von Krieg und Kriegsgeschrei, von den uralten Mord- und Totschlagsritualen der Kriegerkasten. Über die Ursprünge dieser Rituale wissen wir nicht sehr viel. Einige Anthropologen führen sie auf die Anfänge der Landwirtschaft zurück, als die Männer einen Ersatz für die Jagd brauchten, ein neues Statussymbol, »um den Ruhm und die Kameradschaft, die mit Jagdunternehmungen verbunden gewesen waren, aufrechtzuerhalten«. Das von dem Pilger beschriebene Verhalten der Kriegereliten könnte, zumindest in Europa, mit der bisweilen so genannten »Heiligung des Kriegs«, mit der Verbindung von Kirche und Militarismus zusammenhängen. Kirchliche Urkunden aus jener Zeit zeugen von dem Bemühen, die Kirche selbst und Nichtkombattanten allgemein aus bewaffneten Konflikten herauszuhalten. Ein Edikt von 1045 erklärt, es solle »keine Angriffe auf Kleriker, Mönche, Nonnen, Frauen, Pilger, Kaufleute, Bauern, Konzilteilnehmer, Kirchgebäude und ihre Umgebung, Friedhöfe, Klöster, den Landbesitz des Klerus, Schäfer und ihre Herden, Nutzvieh, Erntewagen und Olivenbäume geben«.

Dieses auf dem Konzil von Narbonne erlassene Edikt wurde, wie man aus arabischen Quellen über die »fränkischen Invasionen« — die Kreuzzüge — erfahren kann, außerhalb des Herrschaftsbereichs der Kirche weit weniger beachtet. Als im Jahr 1099 Jerusalem erobert wurde, berichteten Flüchtlinge, die nach Bagdad entkommen waren, daß die Invasoren auf ihrem Weg zur Heiligen Stadt eine Spur der Verwüstung hinterlassen hatten: geplünderte und zerstörte Ortschaften, ermordete Bauern und Stadtbewohner. Als sie Jerusalem erreichten, heißt es bei zeitgenössischen Chronisten, »zogen die hellhaarigen und schwer bewaffneten Krieger mit dem Schwert in der Hand durch die Straßen, schlachteten Männer, Frauen und Kinder ab, plünderten die Häuser und Moscheen und ließen innerhalb der Stadtmauern keinen Moslem am Leben«. Das Massaker dauerte mehrere Tage, danach lagen Tausende tot auf den Türschwellen ihrer Häuser oder bei den Moscheen. Die jüdische Gemeinde in Jerusalem ereilte das gleiche Schicksal. Sie zog sich in die

Hauptsynagoge zurück, die von den Kreuzrittern niedergebrannt wurde. Wer zu fliehen versuchte, wurde gejagt und getötet, die anderen verbrannten bei lebendigem Leibe. Endlich war alles vorbei, und die Ritter zogen, »Freudentränen weinend« zum Heiligen Grab, wo sie »ihre blutbefleckten Hände zum Gebet falteten« (das letztere ist ein Zitat aus einem modernen westlichen Geschichtswerk). Die fränkischen Chronisten sprachen ganz offen über die brutale Vorgehensweise der Ritter, die »erwachsene Heiden in großen Töpfen kochten« und »Hühnchen auf Spieße steckten, um sie geröstet zu verzehren«. Ein Geschichtsschreiber vermerkt mit Entrüstung: »Unsere Truppen schreckten nicht davor zurück, tote Türken und Sarazenen, ja, sogar Hunde zu essen.« Das ging dann doch zu weit.

Später bediente sich Richard Löwenherz ähnlicher Praktiken. Gefangene, die dem Heer zur Last fielen - Soldaten mitsamt ihren Familien -, wurden zusammengebunden und den Kreuzrittern ausgeliefert, die »mit Säbeln, Lanzen und Steinen grausam über sie herfielen, bis ihre Schreie erstickt waren«, berichtet ein arabischer Chronist. Mord- und Zerstörungslust erreichten ihren Höhepunkt mit der Einnahme von Konstantinopel im Jahre 1204, bei der viele Überbleibsel der griechischen und byzantinischen Kultur untergingen. Häuser und Kirchen wurden geplündert und niedergerissen, Priester, Mönche, Zivilisten massenweise getötet. Bald darauf zogen die Mongolen unter Dschingis Khan durch diese Gegend und richteten ähnliche Verwüstungen an.

Christlicherseits gehörten Mord und Totschlag zur »Heiligung des Kriegs«, zu dem, was moderne Geschichtswissenschaftler die »kirchliche Reformierung des kämpfenden Laien« nennen. Es war der Versuch, den Grausamkeiten und Brutalitäten des ritterlichen Zeitalters eine spirituelle Dimension zu verleihen. Ein moderner britischer Historiker schreibt dazu:

»Der Ritter, der sich den Kreuzzügen anschloß, konnte das erlangen, wonach der spirituelle Teil seines Wesens sich sehnte - vollkommene Erlösung und die Vergebung der Sünden. Er konnte den ganzen Tag lang Menschen abschlachten, bis er im Blut watete und dann am Abend, Freudentränen weinend [genauer, wie die Ritter selbst es ausdrückten: »schluchzend vor übermäßiger Freude«], am Altar der Grabeskirche knien, denn war er nicht blutrot von der Kelter des Herrn?«

»Man kann die Popularität der Kreuzzüge verstehen«, fährt der Historiker fort - es ist nicht der erste und sicherlich nicht

der letzte Versuch, einem schrecklichen und schandbaren Unternehmen den Mantel des Edelmutts umzuhängen.

An all dies sollten wir denken, wenn wir heute in beeindruckender Rhetorik vom bevorstehenden Zusammenstoß der Zivilisationen, dem Paradigma für das neue Zeitalter, das am Horizont sichtbar wird, hören — und was ich erwähnt habe, ist nur die Spitze des Eisbergs.

Kehren wir zum Edikt des Konzils von Narbonne zurück. Die dort aufgeführte Liste von Ausnahmen — keine Angriffe auf Kleriker, Zivilisten usw. - zeigt, wo die eigentlichen Angriffsziele des Kriegs lagen und wohl immer schon gelegen hatten. Was der Pilger aus Spanien beschrieb, war zweifellos richtig, aber zugleich auch ungewöhnlich. Typischer sind die Feldzüge der Kreuzritter und der Mongolen.

Die möglicherweise schlimmsten Grausamkeiten — zumindest der schriftlich überlieferten Fälle — finden sich im Alten Testament. Ich glaube, daß es in der gesamten Literatur nichts gibt, was den Völkermord mit so viel Eifer, Entschiedenheit und Enthusiasmus preist, wie die Befehle, die der kriegerische Gott seinem auserwählten Volk erteilt. Ein Beispiel ist der Krieg des Königs Saul gegen die Amalekiter. Saul hatte den göttlichen Befehl dazu aus dem Munde des Propheten Samuel erfahren, des gerechtesten aller Richter. Saul, so hieß es, solle Amalek angreifen und »Mann und Frau, Kind und Säugling, Rind und Schaf, Kamel und Esel« töten. Der Grund dafür war, daß einige Jahrhunderte zuvor die Amalekiter sich den Juden beim Auszug aus Ägypten in den Weg gestellt hatten. Saul verschonte bei seinem Feldzug Agag, den König der Amalekiter, und ließ auch einiges Vieh am Leben. Als Samuel dies entdeckte, entflammte er im Zorn und »hieb Agag in Stücke vor dem Herrn in Gilgal«. [1](#)

Die fränkischen Krieger nahmen sich, wie wir aus den Chroniken der damaligen Zeit wissen, diese Lektionen zu Herzen. Gleiches taten die überaus frommen Engländer, die Nordamerika eroberten. Sie verstanden sich als Erben der Israeliten und machten, als sie ihr Heiliges Land gefunden hatten, kurzen Prozeß »mit jener unglücklichen Rasse der eingeborenen Amerikaner, die wir so grausam und gnadenlos ausrotten«. So beschrieb es John Quincy Adams im vorgerückten Alter, als seine eigenen, keineswegs unbedeutenden Beiträge zu diesem Feldzug längst Vergangenheit waren und die Ausrottungsaktionen sich nach Westen verlagert hatten.

Erst vor einiger Zeit ist die Erbsünde unserer Geschichte ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Das ist eine der vielen positiven Folgen des Aufbruchs der sechziger Jahre, der einen bedeutenden und, wie ich hoffe, langwährenden Einfluß auf das moralische und kulturelle Niveau dieser Gesellschaft gehabt hat.

Europäische Eroberungen

Die europäische Geschichte samt den weltweiten Eroberungszügen ist von besonderer Grausamkeit. Diese Eroberungen waren, wie führende Militärhistoriker betonen, aus europäischer Sicht zumeist eher kleine Kriege im Vergleich zu denen, die die europäischen Staaten miteinander ausfochten. Nehmen wir als Beispiel die amerikanische Revolution. Für die Briten war sie eine Art Nebenschauplatz. Zur selben Zeit führten sie in Indien den Marathi-Krieg, der ein vergleichbares Ausmaß hatte. Die amerikanische Revolution war selbst ein peripherer Bestandteil der globalen Kriege, die zwischen den europäischen Großmächten ausgetragen wurden. Ihr Erfolg beruhte zum großen Teil darauf, daß gerade zu dieser Zeit Großbritannien nicht nur in Indien Krieg führte, sondern auch gegen Frankreich, Spanien und andere europäische Mächte, und daher den Ereignissen hierzulande nicht allzuviel Aufmerksamkeit widmen konnte. Hier, in Amerika, kämpften in erster Linie Frankreich und England schon seit längerem um die Vorherrschaft, und die eingewanderte Bevölkerung unterstützte, je nach Zugehörigkeitsgefühl, die eine oder die andere Seite: Die »Loyalisten« oder Königstreuen hielten zu den Briten, die »Patrioten« wurden von den Franzosen unterstützt, und die Kämpfe selbst wurden, mit lokaler Beteiligung, von den Franzosen und Briten ausgefochten. Das ist, so meine ich, eine genauere Beschreibung des Revolutionskriegs.

In Bengalen wiederum kam es 1757 zur Entscheidungsschlacht, bei der die Truppen von Robert Clive dem Gegner im Verhältnis von eins zu zehn unterlegen waren. Aber er siegte und verschaffte damit der Ostindischen Handelsgesellschaft die Möglichkeit, Bengalen zu übernehmen. Das war der Ausgangspunkt für die Eroberung von ganz Indien. Bengalen war die reichste Region, so reich, daß die britischen Kaufleute - Abenteurer und Eroberer — zutiefst erstaunt waren. Indien war im 18. Jahrhundert das bedeutendste Handels- und Produktionszentrum der Welt. Es produzierte, um nur ein Beispiel zu nennen, mehr Eisen als alle europäischen Länder zusammen genommen.

Es ist schon merkwürdig, daß diese über Jahrhunderte hinweg so reichen und produktiven Gebiete, wie etwa Bangladesch und Kalkutta, zu Symbolen der Furcht und Hoffnungslosigkeit geworden sind. Das ist ein typischer Charakterzug der europäischen Eroberungen, der viel über die Hinterlassenschaft solcher, aus der Perspektive der Eroberer, kleinen Kriege aussagt.

Haiti liefert ein weiteres Beispiel. Es war die vielleicht reichste Kolonie der Welt und die Quelle für einen Großteil des französischen Reichtums. Heute ist nicht mehr ausgeschlossen, daß es in ein paar Jahrzehnten von der Landkarte verschwinden wird. Ein anderes Beispiel ist Ostindien, das heutige Indonesien, das bis zum Zweiten Weltkrieg etwa zwanzig Prozent zum Nationaleinkommen der äußerst wohlhabenden Niederlande beisteuerte. Als Fußnote dazu sei vermerkt, daß die Marshallplan-Hilfe für Frankreich und die Niederlande, zwei imperiale Großmächte, gerade eben die Kosten für die blutigen Bemühungen deckte, ihre Kolonien in Südostasien zu behalten.

Ein Hauptfaktor der europäischen Eroberungszüge war, so meine ich, weniger der Fortschritt in der Militärtechnologie, sondern vor allem eine Art Kultur der Grausamkeit — »die alles zerstörende Gewalt der europäischen Kriegführung«, die, so der britische Militärgeschichtler Geoffrey Parker, von den eroberten Bevölkerungen in Ostindien oder der Neuen Welt als »abstoßend« empfunden wurde. Eine neuere Publikation über die Geschichte der Ostindischen Handelsgesellschaft betont: »In Indien wurde der Krieg [im 18. Jahrhundert] noch als Sport betrieben, in Europa dagegen als Wissenschaft.« Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangte Adam Smith, als er die »grausame Ungerechtigkeit der Europäer« verurteilte und dabei vor allem an seine Landsleute dachte. Als die englischen Siedler in der Neuen Welt ankamen, setzten sie im Krieg gegen die Indianer und bei der Erweiterung des nationalen Territoriums die Tradition der extremen Grausamkeit fort. Man denke dabei etwa an Andrew Jacksons Eroberung von Spanisch-Florida, ein in vielerlei Hinsicht wichtiges Ereignis und der erste Exekutivkrieg der amerikanischen Geschichte.

Diese Tradition hat die Vorherrschaft errungen. Man muß in der modernen Geschichte schon sehr lange suchen, um einen Krieg zu finden, der kein Exekutivkrieg ist und der Verfassungsprinzipien wie zum Beispiel einer offiziellen Kriegserklärung durch den Kongreß gehorcht. Jacksons unerklärter Krieg richtete sich gegen die so genannten

Seminolen — »zusammengemengte Horden gesetzloser Indianer und Neger«. Gesetzlose Indianer und entlaufene Sklaven - so sahen es die Invasoren. Jacksons Taktik war ein Lehrstück für die »heilsame Wirkung« des Terrors, wie Außenminister John Quincy Adams in einem berühmten Beitrag urteilte, der die massiven Grausamkeiten des mit Invasion und Aggression verbundenen Exekutivkriegs rechtfertigte. Seine Ausführungen wurden von Jefferson und führenden Gelehrten des 20. Jahrhunderts sehr bewundert.

Ich sollte hinzufügen, daß diese Vernichtungskriege im nationalen Bewußtsein weiterleben. Vor einiger Zeit veröffentlichte das Wall Street Journal auf seiner Titelseite einen Bericht über die längerfristige Veränderung von Eßgewohnheiten in den Vereinigten Staaten. Gleich zu Beginn wurde ganz ohne Scheu die »Seminolen-Suppe« erörtert. Die Seminolen sind auch das Maskottchen eines universitären Footballteams, das regelmäßig an den nationalen Meisterschaften teilnimmt. Wenn die Nazis den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätten, dienten Juden und Zigeuner vielleicht als Maskottchen der Münchner Universität. Im allgemeinen betrachten Gewinner und Verlierer die Erbschaft des Kriegs aus jeweils ganz verschiedenen Perspektiven.

Die Traditionen der Grausamkeit und Aggression wurden auch nach der Eroberung des nationalen Territoriums beibehalten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts befreiten US-amerikanische Truppen die Philippinen - das heißt, sie befreiten die Seelen Hunderttausender von den Sorgen und Nöten des Lebens. Die Presse war von diesem heroischen und großzügigen Unternehmen sehr beeindruckt und beschrieb es mit ziemlicher Genauigkeit. Der Krieg wurde von Militärs geleitet, die schon gegen die Indianer gekämpft hatten und nun noch, wie sie sagten, ein paar »Nigger« mehr umbrachten. Es war also nichts Neues. Die Presse äußerte sich erfreut darüber, daß die amerikanischen Truppen »die Eingeborenen auf englische Art abschlachteten«, damit diese »fehlgeleiteten Kreaturen, die uns Widerstand leisten, zumindest unsere Waffen respektieren« und später unsere guten Absichten erkennen. In Wirklichkeit waren die fehlgeleiteten Kreaturen, sofern sie am Leben blieben, mit der Abschachtung einverstanden, wie ein führender amerikanischer Soziologe anhand seiner These vom »Konsens ohne Zustimmung« (consent without consent)² erklärte. So ließe sich von einem Kind behaupten, daß es implizit damit einverstanden ist, von seinen Eltern daran gehindert zu werden, auf eine verkehrsreiche Straße zu laufen.

Später sieht das Kind ein, daß dies nur zu seinem Besten geschah oder, anders gesagt, daß es dem Tun der Eltern »eigentlich« zugestimmt hat. Das gilt auch für die fehlgeleiteten Kreaturen, die uns Widerstand leisten.

Diese Themen sind bis heute mehr oder weniger die gleichen geblieben, und das gilt auch für den Nachhall der Indianerkriege. Die Erinnerung daran wurde während des Indochinakriegs in der Militär- und Massensliteratur wiederbelebt. Während der US-Terrorkriege in Mittelamerika in den achtziger Jahren erklärte die führende liberale Intellektuellenzeitschrift, wir müßten unseren Auftrag durchführen, »egal, wie viele ermordet werden«. Nicht anders dachten die selbsternannten Heiligen, die mit der Bibel in der Hand die Indianer von Neuengland massakrierten, ebenso ihre Vorgänger und viele andere: die Mongolenhorden von Dschingis Khan oder die Hunnen Attilas oder die Römer oder die Assyrer oder die Hebräer bei der Eroberung von Kanaan. Die Liste ließe sich noch verlängern.

In der besonderen Grausamkeit der europäischen Kriegführung spiegelt sich die blutige Geschichte von Europa selbst. Jahrhundertlang war es in den Zentren der westlichen Zivilisation — Frankreich und Deutschland - die höchste und edelste Berufung und Pflicht, einander totzuschlagen. Dieser Auftrag endete 1945, aber nur, weil die von der europäischen Zivilisation entwickelte Kriegswissenschaft ein so groteskes Ausmaß erreicht hatte, daß die nächste Episode die letzte sein würde, weil dann niemand mehr da wäre, um die Erbschaft des Kriegs in Chroniken oder Kunstwerken festzuhalten.

Das 20. Jahrhundert

Was die Welteroberung uns als Erbschaft hinterlassen hat, liegt auf der Hand. Beginnen wir mit dem Offensichtlichsten: Die einzigen Regionen der Welt, die sich außerhalb von Europa entwickeln konnten, hatten sich dem europäischen Zugriff entziehen können. Es sind die Vereinigten Staaten, die sich nach ihrer Befreiung von England selbst dem Unternehmen Welteroberung anschlossen, und Japan mit einigen Kolonien im Schlepptau. Man sollte darauf hinweisen, daß Japan zwar eine ziemlich brutale Kolonialmacht war, aber seine Kolonien besser behandelte als die anderen Imperialstaaten die ihren. Japan betrieb keinen Raubbau und keine Zerstörung, darum erging es den Kolonien anders als etwa Bangladesch oder Haiti. Sie konnten sich in ungefähr dem Tempo entwickeln wie das Mutterland selbst. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es

ihnen, an das alte Wachstum wieder anzuknüpfen, und sie wurden zum Zentrum des ostasiatischen Wirtschaftsbooms.

Im 20. Jahrhundert wurde, wie schon zu biblischen Zeiten, in der Ära der Kreuzzüge und in anderen ungewöhnlich grausamen Perioden, die Zivilbevölkerung erneut zum vorrangigen Zielobjekt der Kriegführung. Die Nazis betraten Neuland, indem sie den Völkermord industrialisierten - und dabei war Deutschland die fortgeschrittenste Industriemacht der Welt und eines der kulturellen Zentren des Westens. Militärische Angriffe auf die Zivilbevölkerung erreichten ihren Gipfel mit der Bombardierung Deutschlands und Japans durch die Alliierten. Das schrecklichste Ereignis vor Hiroshima und Nagasaki war der Abwurf von Brandbomben auf Tokio im März 1945. Dabei kamen zwischen 80 000 und 200 000 Menschen ums Leben. Man hatte keine Zeit, die Toten zu zählen, darum gehen die Schätzungen weit auseinander. In der wehrlosen Stadt waren mehr als eine Million Einwohner obdachlos geworden. Die Brandbomben waren so wirksam, weil Tokio fast ausschließlich aus Holzhäusern bestand. Erwartungsgemäß entwickelte sich ein furchtbarer Feuersturm, der aus der Stadt ein Inferno machte. Immerhin stand Tokio nun nicht mehr auf der Liste der Zielobjekte von Atombomben, weil man in den USA erkannt hatte, daß eine weitere Zerstörung keinen Eindruck machen, sondern nur noch mehr Leichen und Trümmer hinterlassen würde. Nach dem Krieg meinte das US Strategie Bombing Survey, wo man sich mit den Folgen strategischer Bombardements beschäftigte, daß »in Tokio innerhalb von sechs Stunden wahrscheinlich mehr Menschen durch Feuer umgekommen sind als zu irgendeiner anderen Zeit in der Menschheitsgeschichte«. An den 50. Jahrestag dieses grausamen Vorgangs erinnerte die in Hongkong erscheinende Far Rastern Economic Review - die führende (und höchst konservative) Wirtschaftszeitung Asiens — mit einem ausführlichen Bericht, während in den Vereinigten Staaten das Datum nahezu unbeachtet blieb. Den Tenor der wenigen Reaktionen faßte ein Kommentar zusammen, den die Washington Post mit folgenden Worten zitierte: »Wenn das zum Sieg beigetragen hat, dann war es richtig.«

Im übrigen wurde Japan mit einer Flut scharfer Verurteilungen überschüttet, weil es versäumt habe, seine eigene Schuld in angemessener Weise einzugestehen, hatte es doch einen Militärstützpunkt in einer amerikanischen Kolonie bombardiert, die ihren Einwohnern ein halbes Jahrhundert zuvor mit List und Gewalt entwendet worden war. Die Bombardierung von Pearl

Harbor war ein Verbrechen, doch läßt sich kaum behaupten, daß es im Vergleich zu anderen Untaten ein besonders schwerwiegendes gewesen sei. In seiner offiziellen Entschuldigung hatte Japan »aufrichtiges Bedauern für unsere Vergangenheit« geäußert, wozu auch »Aggression und Kolonialherrschaft gehören, die [in China und anderen asiatischen Ländern] unerträgliches Leid verursacht haben«. Diese Erklärung wurde in den USA mit bitteren Worten angeprangert, und einige Artikel sprachen sogar von seltsamen Charakterfehlern der Japaner, die es ihnen unmöglich machten, Schuld einzugestehen. Der wirkliche Grund lag darin, daß in der Entschuldigung auch von Verbrechen anderer imperialistischer Mächte die Rede war, womit implizit angedeutet wurde, daß die Niederlande, Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten ebenfalls keine blütenweiße Weste hätten. Das ging natürlich zu weit, und man kam zu dem Schluß, daß die Japaner sich wieder einmal einem Schuldeingeständnis entziehen wollten. Die Asiaten sahen die Sache zwar etwas anders und hatten die Japaner zunächst sogar begrüßt, aber das zeigt nur, was für »fehlgeleitete Kreaturen« sie sind.

In Europa entsprach die Bombardierung von Dresden in etwa der von Tokio und fand ungefähr zur gleichen Zeit statt. Britische und US-amerikanische Luftangriffe zerstörten die Stadt mit ihren vielen Kulturschätzen und töteten Zehntausende von Menschen. In Großbritannien gab der 50. Jahrestag der Zerstörung von Dresden Anlaß zu einiger Gewissensprüfung, während ich hierzulande nichts dergleichen finden konnte. Allerdings waren britische Städte damals schweren Angriffen ausgesetzt, was die Vereinigten Staaten seit dem Krieg von 1812 nicht mehr erlebt hatten. Die Briten hatten mit dem Erbe des Kriegs direkte Erfahrungen gemacht, während die USA nach 1812 im eigenen Land nur noch ihren mörderischen Bürgerkrieg geführt hatten. Eine allzu lange Liste siegreicher Eroberungen ist meiner Meinung nach nicht gut für den Charakter, und ich glaube, die Geschichte kann dieses Urteil bestätigen. So war Hitler, um ein neueres Beispiel zu nehmen, vor Stalingrad wahrscheinlich der beliebteste Politiker der deutschen Geschichte gewesen.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zivilbevölkerung das Hauptangriffsziel von Kriegen, aber nun achtete man sorgsam darauf, daß sie wehrlos war und nicht zurückschlagen konnte. Das schlimmste Beispiel ist der Krieg in Indochina. Erinnern wir uns an die grundlegenden Tatsachen: Frankreich

wollte, mit US-amerikanischer Hilfe — de facto mit den Leistungen des Marshallplans — seine ehemalige Kolonie Südvietnam zurückerobern. Dabei kam etwa eine halbe Million Vietnamesen ums Leben. 1954 zog sich Frankreich zurück, und es kam zu einer diplomatischen Vereinbarung, die zunächst die Bildung einer entmilitarisierten Zone und dann die mit freien Wahlen verbundene Wiedervereinigung des Landes innerhalb von zwei Jahren vorsah. Wir wissen, wie die USA darauf reagierten; die entsprechenden Dokumente sind freigegeben worden, nachdem sie zuvor schon von Daniel Ellsberg in den »Pentagon Papers« veröffentlicht worden waren. Die USA waren strikt gegen die Genfer Vereinbarungen. In einem internen Bericht des Nationalen Sicherheitsrats wurden sie als »Katastrophe« bezeichnet, und die Vereinigten Staaten entschieden sich nur wenige Tage später insgeheim dafür, die Umsetzung der Vereinbarungen zu torpedieren. Der Bericht enthält einen interessanten Satz: Er lautete, daß im Falle »lokaler kommunistischer Subversion oder Rebellion, die keinen bewaffneten Angriff darstellt« — eine wichtige Formulierung -, die Vereinigten Staaten mit einer Reihe von Maßnahmen reagieren werden, die, wenn notwendig, bis zu einem Angriff auf China reichen.

Die Pläne sind so interessant wie die Sprache, in der sie beschrieben werden. Die Wortwahl soll keinen Zweifel daran lassen, daß die USA die Absicht hatten, das Hauptprinzip des internationalen Rechts, die UN-Charta, zu verletzen, die die Anwendung von Gewalt nur als Reaktion auf einen bewaffneten Angriff und bis zu einer Entscheidung des Sicherheitsrats zu-läßt. Aber es hieß: im Falle »lokaler kommunistischer Subversion [was das ist, entscheiden wir] oder Rebellion, die keinen bewaffneten Angriff darstellt«, werden wir militärische Maßnahmen ergreifen, einschließlich der Wiederbewaffnung Japans, Angriffen auf China, der Durchführung subversiver Aktivitäten von Thailand aus usw. Diese vorsätzliche Verletzung der Prinzipien des internationalen Rechts wurde dann Jahr für Jahr mit den gleichen Worten fortgesetzt. Das war eine der wenigen wirklich interessanten Enthüllungen der »Pentagon Papers«. Vieles andere war hinlänglich bekannt, aber dies war neu. Dennoch muß es in die meisten wissenschaftlichen Darstellungen noch Eingang finden. Offensichtlich scheint es auch nach 25 Jahren noch ein heißes Eisen zu sein. Es ist von großer Bedeutung, denn hier liegt die Ursache für die Ausweitung des Kriegs nach dem von den

USA vorsätzlich herbeigeführten Scheitern der Genfer Verhandlungen.

Die Ausweitung des Kriegs durch die USA

Die USA torpedierten die Genfer Verhandlungen - sie errichteten im Süden Vietnams einen Terrorstaat lateinamerikanischen Zuschnitts und brachten bis 1960 etwa 70 000 Einheimische um. Aber die Unterdrückung rief Widerstand hervor. Das von den USA inthronisierte Regime war so schwach, daß es schon nach den ersten Reaktionen auf seine repressiven Maßnahmen zusammenbrach. John F. Kennedy stand nun vor der Wahl, sich entweder zurückzuziehen oder den Krieg zu eskalieren. Er entschied sich für die Eskalation. 1961 und 1962 griffen die USA Südvietnam direkt an und bombardierten das Land. Bis 1962 hatten mit US-Kampfpiloten bemannte Bomber der amerikanischen Luftwaffe etwa ein Drittel der gesamten Einsätze geflogen. Zwar waren die Flugzeuge mit südvietnamesischen Kennzeichen markiert, aber der wirkliche Sachverhalt war alles andere als ein Geheimnis. 1961 und 1962 ordnete die Regierung Kennedy (in Verletzung des Genfer Abkommens) den Einsatz chemischer Mittel zur Vernichtung landwirtschaftlicher Produkte an. 1963 war das Marionettenregime in Südvietnam erneut am Ende und versuchte sogar, auf dem Verhandlungswege eine friedliche Regelung zu erreichen. Kennedys Botschafter, Henry Cabot Lodge, klagte hinter verschlossenen Türen darüber, daß die südvietnamesische Regierung »keinen ausreichend starken Polizeistaat auf die Beine gestellt habe ... weil sie, anders als Hitler-Deutschland, nicht effizient genug vorgeht« und es ihr nicht gelinge, »den starken und gut organisierten Gegner im Untergrund, dessen Triebkraft ein tiefer und ständig erneuerter Haß ist«, zu unterdrücken, ein Haß auf das Marionettenregime und die fremden Invasoren, die es errichtet hatten. Im übrigen enthüllt diese Terminologie wie auch die übrigen Aufzeichnungen, daß sich, ungeachtet einiger Vorwände, die US-Regierung bewußt war, mit Südvietnam im Krieg zu sein. Wie immer man die Legitimität des nordvietnamesischen Engagements beurteilen mag, bleibt doch die Tatsache unbezweifelbar, daß ein solches Engagement noch nicht einmal vermutet wurde, als die Vereinigten Staaten Jahre später den Krieg auf Nordvietnam ausgedehnt hatten.

Weil das Regime in Südvietnam versagt hatte - seine Unterdrückungsmaßnahmen waren ineffektiv und es suchte

eine diplomatische Regelung -, wurde es durch einen von der Regierung Kennedy unterstützten Militärputsch beseitigt. Diese Politik verfolgte Kennedy - einer der wirklichen Falken in seiner Regierung - bis zum Ende: Bevor an eine diplomatische Regelung oder den Rückzug der US-Truppen gedacht werden konnte, mußte in Südvietnam ein militärischer Sieg errungen werden. In den USA herrscht über diese Zusammenhänge noch immer keine Klarheit, was auch mit unterschiedlichen Theorien über Kennedys Ermordung zu tun hat, aber die Dokumente sprechen eine eindeutige Sprache.

Im Februar 1965 eskalierten die USA den Krieg gegen Südvietnam erneut und begannen nebenher, auf sehr viel niedrigerem Niveau, den Norden zu bombardieren. Das wurde in den Vereinigten Staaten breit diskutiert: Sollen wir Nordvietnam angreifen? Demgegenüber fiel die Bombardierung des Südens nicht ins Gewicht. Das gleiche gilt für die internen strategischen Planungen, über die es mittlerweile Dokumente in reichlicher Zahl gibt, nicht nur die Pentagon-Papiere, sondern tonnenweise Geheimdokumente, die in den letzten Jahren für die Öffentlichkeit freigegeben wurden. Es zeigt sich — wiederum eine der wenigen wirklich interessanten Enthüllungen der Pentagon-Papiere —, daß es keine Planungen für die Eskalierung des Bombenkriegs im Süden gab, während der Krieg gegen den Norden sorgfältig vorbereitet wurde und man sich über den Zeitpunkt und den Umfang der Bombenabwürfe nachhaltig Gedanken machte. Die dreimal so starke Bombardierung des Südens wurde kaum erwähnt. Hier und da gab es einige eher zufällige Entscheidungen. McNamaras vor einiger Zeit erschienene Memoiren bieten ein ähnliches Bild: Den Krieg gegen den Norden diskutiert er ausführlich, der Süden wird nicht einmal erwähnt. Er teilt uns mit, was er am 21. Januar 1965, einem sehr wichtigen Tag, getan hat: Es gab eine große Debatte um die Bombardierung von Nordvietnam. Was er an diesem Tag sonst noch tat, sagt er nicht, wir wissen es aber aus anderen Dokumenten: Er ordnete zum ersten Mal den Einsatz von Jet-Bombern an, um den Luftkrieg gegen Südvietnam noch weiter zu eskalieren. Aber dazu findet sich bei ihm kein Wort.

Der Grund dafür, daß der Krieg gegen Südvietnam im öffentlichen Bewußtsein und in den geheimen Planungen keine Rolle gespielt hat, liegt für mich auf der Hand, und man sollte ihm Aufmerksamkeit schenken, wenn man gewillt ist, in den Spiegel zu blicken. Die Bombardierung von Nordvietnam war für die USA in mehrfacher Hinsicht eine teure Angelegenheit.

Zum einen in internationaler Hinsicht, denn Nordvietnam wurde als eigenständiger Staat betrachtet, der in vielen Ländern Botschaften unterhielt. Außerdem gab es die Gefahr eines Vergeltungsschlags. Die USA bombardierten eine chinesische Eisenbahnlinie, die von Südwest- nach Südostchina führte und dabei durch nordvietnamesisches Gebiet verlief. Die USA bombardierten sowjetische Schiffe und Botschaftsgebäude. China und die Sowjetunion könnten zurückschlagen. Das war gefährlich und mußte bei der Bombardierung Nordvietnams in Rechnung gestellt werden. Andererseits war der in viel größerem Maßstab gegen Südvietnam geführte Krieg risikolos. Die Südvietnamesen konnten sich nicht dagegen wehren. Folglich gab es zu der Zeit keine Probleme und auch keine Proteste. Praktisch nichts. Die Proteste richteten sich fast ausschließlich gegen die Bombardierung des Nordens. Der andere Krieg ist aus der Geschichte fast vollständig verschwunden und findet weder in McNamaras Memoiren noch in anderen Darstellungen Erwähnung. Und es gab, wie gesagt, dafür noch nicht einmal konkrete Planungen. Nur eine beiläufige Entscheidung: Es kostet uns nichts, warum sollten wir also nicht ein paar Leute umbringen? Es ist ein interessanter Vorfall, der uns eine Menge über die Denkweise verrät, die sich von den frühesten Zeiten bis heute erhalten hat. Und hier handelt es sich nicht um die weit zurückliegende Vergangenheit, nicht um Amalekiter oder Kreuzzüge oder Dschingis Khan.

Der Krieg wurde also ausgeweitet; Laos und Kambodscha waren die nächsten Ziele. Auch hier stand die Zivilbevölkerung im Zentrum der Angriffe. Der Brennpunkt blieb jedoch immer Südvietnam. Dazu gehörte die großflächige Bombardierung des dichtbesiedelten Mekong-Deltas wie auch Luftangriffe auf Gebiete südlich von Saigon, die vor allem Dörfer und Städte im Visier hatten. »Auf diese Stadt«, so wurde entschieden, »lassen wir ein paar B-52-Bomber los.« Umfangreiche Terroroperationen namens »Speedy Express« und »Bold Mariner« sollten in erster Linie die Bevölkerung treffen, in der der Widerstand seinen Rückhalt besaß.

Man könnte sagen, daß das Massaker von My Lai bloß eine Fußnote zu einer dieser Operationen und im Gesamtzusammenhang geradezu bedeutungslos war. Die Quäker hatten in der Nähe eine Klinik eingerichtet und wußten sofort Bescheid, weil Verwundete eintrafen und von den Ereignissen berichteten. Die Quäker machten sich nicht einmal die Mühe, die Berichte weiterzugeben, weil so etwas

fortwährend passierte. Nichts Besonderes an My Lai. Später, nachdem die Fakten zunächst unterdrückt worden waren, wurde es bekannt, und, wie ich meine, aus gutem Grund: Man konnte das Massaker einigen halbverrückten, ungebildeten GIs in die Schuhe schieben, die nicht wußten, wer demnächst auf sie schießen würde, und so die Aufmerksamkeit von den Kommandanten ablenken, die, weit vom Schuß, die Greuelthaten — wie etwa die Bombardierung der Dörfer - angeordnet hatten. Und man konnte die Aufmerksamkeit von den Apologeten zu Hause ablenken, die das alles beförderten und verteidigten. Diese Leute müssen von der Kritik verschont bleiben, aber ein paar durchgedrehte GIs, die etwas Schreckliches taten, das geht in Ordnung. Ich wurde nach der Aufdeckung des Massakers von der New York Times Review of Books gebeten, einen Artikel über My Lai zu schreiben, aber ich habe die Vorgänge dort kaum erwähnt. Es ging mir um den Kontext, und das halte ich weiterhin für richtig.

Zu Beginn der siebziger Jahre war deutlich geworden, daß die Vereinigten Staaten den Krieg im Grunde gewonnen hatten. Sie hatten ihre vorrangigen Ziele erreicht, die, wie die Dokumente zeigen, darin bestanden, Vietnam eine erfolgreiche, unabhängige Entwicklung unmöglich zu machen. Das Land sollte nicht zu einem »Virus« werden, der andere Staaten infizieren und zu einem ähnlichen Kurs inspirieren würde. Man befürchtete, daß Japan sich mit einem unabhängigen Asien arrangieren und womöglich zum industriellen Zentrum einer der US-amerikanischen Kontrolle entzogenen neuen Ordnung in Fernost werden könnte. Die USA hatten den Zweiten Weltkrieg im Pazifik geführt, um genau dies zu verhindern und waren nicht bereit, so etwas in der Nachkriegszeit zu tolerieren. Jahre später trug McGeorge Bundy, Sicherheitsberater von Kennedy und Johnson, die Überlegung vor, daß die USA sich 1966, nach den Massakern in Indonesien, aus Vietnam hätten zurückziehen sollen. Was in Indonesien geschah, ist mit den Ereignissen in Ruanda zu vergleichen. Die Armee sorgte dafür, daß innerhalb weniger Monate eine halbe bis eine Million Menschen ermordet wurden, wobei das Militär von den USA unterstützt und ermutigt wurde. Vor allem zerstörte sie, und darauf kam es an, die einzige Partei, die von den Massen unterstützt wurde. Die Opfer der Massaker waren zumeist Bauern, die kein Land besaßen. Die CIA verglich die Massenmorde mit denen von Hitler, Stalin und Mao. In den USA wurden sie von links bis rechts mit unverhohlener Euphorie begrüßt. Man muß das

nachlesen, um es zu glauben. In der Geschichtsschreibung werden diese Ereignisse nicht wieder auftauchen. Sie sind zu brisant. Bundy jedenfalls meinte, daß Vietnam schon 1966 weitgehend zerstört war und in den Nachbarstaaten kein Kommunismus mehr drohte. Somit besäße der Virus keine Ansteckungsgefahr mehr, und der Krieg war für die Vereinigten Staaten gegenstandslos geworden.

Nach dem Krieg

Der Krieg wurde dennoch fortgesetzt. Wir haben den Vietnamesen ein grauenhaftes Erbe hinterlassen: an die vier Millionen Tote in Indochina, noch mehr Millionen Waisenkinder, Verstümmelte, Flüchtlinge, drei verwüstete Länder - nicht nur Vietnam. In Laos sterben noch heute Menschen an Minibomben, die von US-Kampfflugzeugen in einer der umfangreichsten Aktionen der Geschichte auf zivile Ziele abgeworfen wurden. Nur in Kambodscha ging es noch schlimmer zu.

Unter einer Erblast des Kriegs hat Vietnam bis heute zu leiden, nämlich unter den Folgen des in der Geschichte beispiellosen Einsatzes chemischer Kampfmittel, womit schon die Regierung Kennedy begonnen hatte. Der Chemo-Krieg hat in den USA große Aufmerksamkeit gefunden, weil US-Soldaten dadurch geschädigt wurden. Aus diesem Grunde wissen wir so viel über die Auswirkungen von Agent Orange und Dioxin. Natürlich hatten und haben die Vietnamesen sehr viel stärker darunter zu leiden, aber das findet hierzulande so gut wie keine Beachtung. Ein paar Artikel über dieses Thema habe ich auftreiben können, wie zum Beispiel einen umfangreichen Beitrag des Wall Street Journal vom Februar 1997. Dort hieß es, daß in Südvietnam schätzungsweise eine halbe Million Kinder mit dioxinbedingten Mißbildungen geboren wurden - eine Folge der Millionen Tonnen von Chemikalien, die auf Südvietnam herabregneten, als die USA versuchten, Feldfrüchte und Laubwerk zu zerstören. Ferner heißt es in dem Bericht, japanische und vietnamesische Wissenschaftler hätten herausgefunden, daß in den Dörfern des Südens viermal mehr Kinder mit Schädigungen zur Welt kommen als im Norden, dem zumindest die Schrecken des Chemo-Kriegs erspart blieben. Und dann gibt es noch die totgeborenen Föten, von denen einige an seltenen Krebserkrankungen gestorben sind, und die, konserviert, in südvietnamesischen Krankenhäusern ganze Räume füllen. Bisweilen liest man darüber in der Auslandspresse oder, bei uns, in der

medizinischen Fachliteratur. Störungen der Fortpflanzungsfähigkeit sind im vietnamesischen Süden ebenfalls verbreiteter als im Norden. Der Bericht sprach offen von der Verantwortung der USA für diese und andere Greuel. Hilfe habe Vietnam, so heißt es weiter, vor allem aus Europa und Japan erhalten, während »die Vereinigten Staaten nach dem verlorenen Krieg mit ihren eigenen Gefühlen beschäftigt waren und sich um Südvietsnam nicht weiter kümmerten«. Der Ausdruck »verlorener Krieg« bedeutet, daß wir das Maximalziel der totalen Eroberung verfehlt haben und nur den Virus daran hindern konnten, die ganze Region zu verseuchen. Aber wir haben unter der Zerstörung Indochinas so sehr gelitten und sind deshalb emotional dermaßen befangen, daß man Hilfe bei der Beseitigung der von uns angerichteten Schäden nicht erwarten kann, geschweige denn einige Worte des Bedauerns. [3](#)

In den Jahren vor diesem Bericht ist, meiner Kenntnis zufolge, nur noch ein weiterer Artikel zu diesem Thema erschienen. 1992 berichtete die Südostasien-Korrespondentin der New York Times, Barbara Crossette, im Wissenschaftsteil über die Folgen des Chemo-Kriegs.[4](#) Dort hieß es, daß viele Wissenschaftler die Weigerung der USA, sich mit diesem Aspekt zu befassen, für keine gute Idee, wo nicht gar für einen Fehler halten, weil die Bevölkerung von »Vietnam eine umfangreiche Kontrollgruppe darstellt«. Da nur die Menschen im Süden - viele in erheblichem Ausmaß - den Chemikalien ausgesetzt waren, aber die gleichen Gene besitzen wie die im Norden, wäre die Erforschung der Folgen eine Art kontrolliertes Experiment. Wenn wir das vietnamesische Angebot zur Zusammenarbeit akzeptierten, könnten wir aus diesen Forschungen eine Menge über die Auswirkungen von Dioxin erfahren, was uns zunutze käme. Es ist also eigentlich eine Schande, diese Gelegenheit nicht wahrzunehmen. Aber auch dafür haben wir kein Ohr, weil wir emotional so befangen sind.

Bereits dieses Ausmaß an moralischer Feigheit ist rekordverdächtig, aber die vollständige Geschichte ist noch erstaunlicher. In einer, wie ich finde, der erstaunlichsten propagandistischen Leistungen der Geschichte haben es die Vereinigten Staaten geschafft, die Schuld den Vietnamesen in die Schuhe zu schieben.

Es stellt sich heraus, daß wir, als wir sie angriffen und umbrachten, eigentlich die unschuldigen Opfer waren. Dennoch sind wir so heiligmäßig, daß wir für ihre an uns begangenen

Verbrechen noch nicht einmal Wiedergutmachung verlangen. Wir möchten nur, daß sie ihre Schuld zugeben und sich entschuldigen — so George Bush in einer Rede, die auf der Titelseite der New York Times ausführlich erörtert wurde. Und gleich daneben, in einer anderen Spalte, wurden wieder einmal die Japaner verurteilt, die, aufgrund welcher kulturellen oder genetischen Defekte auch immer, sich nicht zu den von ihnen begangenen Verbrechen zu bekennen vermögen.

Dieses Spektakel wird Jahr für Jahr neu aufgeführt, ohne daß es kritische Kommentare hervorriefe. Und es hat mittlerweile schwindelerregende Dimensionen angenommen. Offenbar haben sich die Vietnamesen vor kurzem dazu entschlossen, ihrer Schuld ein bißchen ins Auge zu sehen und für ihre Verbrechen Reparationen zu zahlen. Ein Artikel auf der Titelseite der New York Times berichtet, daß Vietnam sich bereit erklärt habe, die von dem Marionettenregime im Süden angehäuften Schulden zu begleichen. Das Regime war von uns als Deckmantel für die Angriffe installiert worden. Die New York Times freut sich, daß wir nun »das Ende eines düsteren Kapitels in der amerikanischen Geschichte feiern« können. Die Verbrecher stellen sich endlich ihrer Schuld, und somit können wir ihnen großherzig vergeben, weil sie nun für ihre Untaten zahlen und sie zugeben, obwohl wir, wie Präsident Bush und andere sie streng ermahnt haben, niemals vergessen können, was sie uns antaten. [5](#)

Vielleicht wird ja eines Tages eine neue Regierung in Afghanistan Rußland die Schulden zurückzahlen, die das von den Sowjets als Deckmantel für die Invasion von 1979 eingesetzte Marionettenregime in Kabul aufgehäuft hat. Dann kann Rußland das Ende eines düsteren Kapitels seiner Geschichte feiern und vielleicht gar seine emotionale Erschöpfung überwinden. Und die Afghanen werden endlich ihren schuldhaften Widerstand gegen die russische Invasion eingestehen, bei der eine Million Menschen starben und die ein verwüstetes Land zurückließ, dessen Reste jetzt von den US-gestützten Terrormilizen endgültig zerschlagen werden. Aber dergleichen wird nicht geschehen, weil die Sowjetunion den Krieg verlor und kurz danach, nicht zuletzt infolge dieser Niederlage, auseinanderbrach. Im Oktober 1989 erkannte die Regierung Gorbatschow offiziell an, daß der Angriff auf Afghanistan unrechtmäßig und unmoralisch gewesen sei. Die 13 000 gefallenen wie auch die vielen in Afghanistan inhaftierten Soldaten hätten sich an der Verletzung internationaler Rechts- und Verhaltensregeln beteiligt. Dieses

Eingeständnis fand in den USA große Beachtung — und wurde mit selbstgerechter Rhetorik kommentiert. Die bösen und gottlosen Kommunisten, so der Tenor, seien endlich auf dem Weg in die westliche Zivilisation, hätten aber noch einen langen Marsch vorsieh.

Undenkbar, daß die USA diesem Beispiel folgen und für ihre viel größeren Verbrechen in Indochina um Entschuldigung bitten. Wie undenkbar, das wird noch einmal an dem Aufruhr um McNamaras Memoiren-Bestseller deutlich. Er wurde entweder als Verräter beschimpft oder für seinen Mut gepriesen, weil er zugab, daß die Vereinigten Staaten kostspielige Fehler begangen hatten. Dafür, daß er sich entschuldigte, wurde er verurteilt oder gelobt, aber nicht, weil er bei den Opfern in Indochina um Verzeihung gebeten hätte - darüber verliert er kein Wort —, sondern weil er sich bei den Amerikanern entschuldigte. Er fragte sich, ob die »hohen Kosten« angesichts der amerikanischen Verluste, des Schadens für die US-Wirtschaft und der Belastung der inneren »politischen Einheit« gerechtfertigt waren. Für die Opfer in Vietnam kein Wort, und natürlich kein Gedanke daran, denen zu helfen, die weiterhin unter den Folgen leiden und an ihnen sterben. Vielmehr liegt es, wie wir hörten, in ihrer Verantwortung, Reparationen zu zahlen und ihre Schuld einzugestehen. Es ist schon erstaunlich, daß sich unter denen, die McNamara in seiner Haltung bestätigten, auch einige der schärfsten Gegner des Vietnamkriegs befanden, die einstmals an der Spitze der Protestbewegung gestanden hatten. Sie lobten McNamara dafür, daß er ihre Position bezogen habe, was, wenn sie nachdächten — ich fürchte, sie tun es nicht -, bedeutete, daß man ein anderes Land ruhig angreifen und zerstören kann, solange die Kosten sich in Grenzen halten. Um die Folgen muß man sich nicht kümmern, sondern nur dafür sorgen, daß die Schuld am Gegner hängen bleibt und er uns die Auslagen zurückerstattet, die wir für seine Vernichtung aufwenden mußten. Ich glaube nicht, daß die Gegner des Vietnamkriegs das als ihre Überzeugung betrachten, aber es ist die Position, der sie stillschweigend zustimmen.

Die allgemeinen Lehren, die uns die Geschichte vermittelt, sind eindeutig genug. Die Erblast des Kriegs müssen die Verlierer tragen. Dafür liefert die Geschichte seit Tausenden von Jahren Beweise. Die Mächtigen sind emotional zu erschöpft oder zu sehr mit ihrer Selbstanbetung beschäftigt, um irgendeine Verantwortung zu übernehmen, obwohl es gerade für sie ein Zeichen ungewöhnlicher moralischer Feigheit ist, sich selbst als

leidendes Opfer darzustellen. Es ist ein beachtlicher Schritt über die »Heiligung des Kriegs« und deren neuere, mit dem Aufkommen säkularer Religionen verbundene Formen des modernen (auch des unsrigen) Zeitalters hinaus.

Des weiteren lehrt uns die Geschichte, daß es leicht ist, die Verbrechen anderer zu erkennen und mit Seelenqual und Zorn darauf zu reagieren, was durchaus gerechtfertigt sein kann - weil es möglicherweise dazu führt, daß den Opfern geholfen wird. Das kann, wie etwa die Hilfe der Sowjetdiktatur für die Opfer amerikanischer Verbrechen, nur gutgeheißen werden. Aber es ist, gemessen an den elementarsten moralischen Maßstäben, kein besonders beeindruckendes Vorgehen. Das Minimum an moralischem Anstand wäre die Bereitwilligkeit, sich den eigenen Vergehen in aller Offenheit zu stellen. Das ist das Minimum. Darüber hinaus wäre es moralisch anständig, den Opfern zu helfen und auch an die zukünftigen Opfer zu denken, die es zweifellos geben wird, wenn die Ursachen für die Verbrechen nicht schonungslos und ehrlich aufgedeckt werden. Zu diesen Ursachen gehören die institutionellen Strukturen, die nicht verändert werden, sondern weiterhin einer Politik und den mit ihr verbundenen kulturellen Einstellungen und Doktrinen Vorschub leisten, die zu den von mir erörterten Ereignissen führen. Solche Dinge sollten uns beschäftigen und in einer freien Gesellschaft zum Grundbestand lebenslanger Bildung gehören.

Anmerkungen

1 Vgl. im Alten Testament 1. Sam. 15 (Anm. d. Übers.).

2 Vgl. dazu Profit Over People, Kap. 2 (Anm. d. Übers.)

3 Peter Waldman, »In Vietnam, the Agony of Birth Defects Calls an Old War to Mind«, WSJ, 18.Feb.1997.

4 Barbara Crossette, NYT, 18. Aug. 1992, Wissenschaftsteil.

5 NYT, 24. Okt. 1992.

VII. Sozioökonomische Souveränität

1999 sind viele globale Probleme unter dem Begriff der Souveränität erörtert worden. Souveränität ist das Recht politischer Gebilde, ihren Kurs — sei er gefährlich oder nicht — frei von äußeren Einflüssen selbst zu bestimmen. In der wirklichen Welt ist das die Beeinflussung durch hoch konzentrierte Macht, deren Zentrum die Vereinigten Staaten bilden. Diese konzentrierte globale Macht trägt, je nachdem, welchen Aspekt von Souveränität und Freiheit man

berücksichtigt, unterschiedliche Namen. Es kann sich um den »Konsens von Washington« handeln oder um den Wall Street/Treasury-Komplex (die Verbindung von Finanzministerium und Bankwesen), um die NATO oder die internationalen Wirtschaftsinstitutionen (Welthandelsorganisation, Weltbank und Internationaler Währungsfond), um die G-7 (die reichen Industrienationen des Westens) oder die G-3, oder, genauer, die G-1. Grundlegender ließe sich diese Macht als Geflecht von Megakonzernen beschreiben, die miteinander durch vielfache strategische Bündnisse verknüpft sind. Die von ihnen gesteuerte Weltwirtschaft ist de facto eine Art von privatwirtschaftlichem Merkantilismus, der in den meisten Bereichen zur Bildung von Oligopolen neigt und zum Zweck der Sozialisierung von Risiken und Kosten sowie der Unterdrückung widerständiger Elemente staatlichen Schutz beansprucht.

Die Frage nach der Souveränität stand 1999 in zweierlei Hinsicht auf der Tagesordnung. Zum einen ging es um das Recht auf Sicherheit vor militärischen Interventionen in einer auf souveränen Staaten beruhenden Weltordnung. Zum anderen ging es um das Recht auf Sicherheit vor sozioökonomischen Interventionen in einer Welt, die von multinationalen Konzernen beherrscht wird. Dazu gehören vor allem die Finanzinstitutionen mitsamt dem Rahmen, innerhalb dessen sie ihre Interessen wahrnehmen können. Das Problem der sozioökonomischen Intervention stand im Mittelpunkt der heftigen Proteste gegen die Tagung der Welthandelsorganisation (WTO), die im November 1999 in Seattle stattgefunden hat.

Ich will hier das zweite Thema erörtern: die Probleme von Souveränität, Freiheit und Menschenrechten im sozioökonomischen Bereich. Zunächst eine allgemeine Bemerkung: Souveränität ist kein Wert an sich, sondern nur in ihrer Beziehung auf Rechte und Freiheiten, die sie befördern oder einschränken kann. Ferner setze ich etwas voraus, was unbezweifelbar erscheinen mag, tatsächlich aber umstritten ist - daß wir nämlich, wenn wir von Freiheiten und Rechten sprechen, dabei an Menschen denken, also an Personen aus Fleisch und Blut, nicht an abstrakte politische und juristische Konstruktionen wie Konzerne, Staaten oder Kapital. Wenn diese Gebilde, was fragwürdig ist, überhaupt Rechte besitzen, sollten sie von den persönlichen Rechten abgeleitet sein. Das ist im Kern die Lehre des klassischen Liberalismus und zugleich das Leitmotiv für jahrhundertelange Kämpfe der

Bevölkerungsmehrheit um Rechte und Freiheiten. Aber diese Lehre findet ihren Gegner in der offiziellen Doktrin der Gegenwart, die im politischen wie auch im sozioökonomischen Bereich von den Reichen und Privilegierten unterstützt wird.

Der politische Bereich

Im politischen Bereich heißt der vertraute Slogan: »Souveränität des Volks durch eine Regierung, die vom Volk, aus dem Volk und für das Volk gewählt wird.« Die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus, denn hier gilt das Volk als gefährlicher Feind, der um seines eigenen Besten willen kontrolliert werden muß. Diese Probleme gehen auf die frühesten demokratischen Revolutionen der Moderne im England des 17. Jahrhunderts und in den amerikanischen Kolonien ein Jahrhundert später zurück. In beiden Fällen erlitten die Demokraten eine - allerdings nicht vollständige und schon gar nicht dauerhafte - Niederlage. Im 17. Jahrhundert wollte die englische Bevölkerung mehrheitlich weder vom König, noch vom Parlament regiert werden. Das waren, der Standardversion des Bürgerkriegs zufolge, die hauptsächlichen Konkurrenten; aber wie in den meisten Bürgerkriegen, wollte ein Großteil der Bevölkerung weder den einen noch den anderen Wettbewerber an der Macht sehen. In Flugschriften hieß es, man wolle »von Landsleuten, wie wir es sind, regiert werden, die unsere Bedürfnisse kennen«, nicht von »Rittern und Edelleuten, [deren] Gesetze uns Angst einflößen und unterdrücken, und die von unseren Leiden nichts wissen«.¹

Ein Jahrhundert später hatten die rebellischen Bauern in den Kolonien ganz ähnliche Ideen, aber das Verfassungssystem war anders konstruiert. Ketzereien durften nicht sein. Das Ziel bestand darin, »die Minderheit der Wohlhabenden vor der Mehrheit zu schützen« und sicherzustellen, daß »das Land von denen regiert wird, die es besitzen«. Soweit James Madison, einer der Väter der Verfassung, und John Jay, Präsident des Kontinentalkongresses und der erste Vorsitzende Richter am Obersten Gerichtshof. Ihre Konzeption setzte sich durch, aber die Konflikte gingen weiter. Sie nahmen immer neue Formen an und sind auch heute noch lebendig. Die Doktrin der Eliten jedoch ist nahezu unverändert geblieben.²

Gehen wir mit raschem Schritt ins 20. Jahrhundert, wobei ich nur die liberale, fortschrittliche Seite des politischen Spektrums berücksichtige — am anderen Ende ist man weit weniger sanftmütig. Hier nun wird die Bevölkerung als »unwissender und lästiger Außenseiter« betrachtet, dem die Rolle des

»Zuschauers«, nicht aber des »Teilnehmers« zukommt, abgesehen von periodischen Möglichkeiten, sich zwischen verschiedenen Repräsentanten privater Macht für den einen oder den anderen zu entscheiden.³ Das nennen wir Wahlen. Bei Wahlen gilt die öffentliche Meinung dann als irrelevant, wenn sie den Forderungen der wohlhabenden Minderheit, der das Land gehört, widerspricht. Gerade jetzt gibt es dafür wieder hervorragende Beispiele.

Eines davon betrifft die internationale Wirtschaftsordnung -die sogenannten Handelsabkommen. Wie Umfragen zeigen, ist die Bevölkerung in ihrer Mehrheit ganz und gar gegen das, was da vor sich geht, aber auf die Wahlen hat das keinen Einfluß, weil die Machtzentren — die Minderheit der Wohlhabenden - sich darin einig sind, daß es gelte, einen bestimmten Typ von sozio-ökonomischer Ordnung durchzusetzen. Diskutiert werden Dinge, für die sich die Mächtigen nicht besonders interessieren, wie zum Beispiel Charakterfragen, oder Reformen, von denen ohnehin klar ist, daß sie nicht verwirklicht werden. Das ist ganz typisch und zeigt, daß der Öffentlichkeit - dem unwissenden und lästigen Außenseiter - tatsächlich die Rolle des Zuschauers zugedacht ist. Wenn die Bevölkerung, was oft geschieht, sich organisiert und versucht, die politische Arena zu betreten, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, gibt es ein Problem. Das ist dann keine Demokratie mehr, sondern eine »Krise der Demokratie«, die überwunden werden muß.

Das alles sind Zitate aus dem liberal-fortschrittlichen Bereich des politischen Spektrums, aber diese Grundsätze sind weitverbreitet, und die letzten 25 Jahre sind eine dieser regelmäßig auftretenden Perioden gewesen, in denen ein großer Feldzug gegen die »Krise der Demokratie« geführt wurde, um die Öffentlichkeit in ihre Rolle als apathischer, passiver und gehorsamer Zuschauer zurückzudrängen. Soviel zum politischen Bereich.

Der sozioökonomische Bereich

Im sozioökonomischen Bereich spielt sich etwas Ähnliches ab. Auch hier gibt es seit langer Zeit Konflikte, die in enger Beziehung zu den Auseinandersetzungen im politischen Bereich stehen. Vor 150 Jahren, in der Frühzeit der industriellen Revolution, gab es in Neuengland eine sehr lebendige, unabhängige Arbeiterpresse, die von jungen Bäuerinnen und städtischen Proletariern betrieben wurde. Sie verurteilten die mit dem sich formierenden Industriesystem einhergehende »Degradierung und Unterordnung«, die die Leute zwang, sich

um des Überlebens willen zu verkaufen. Man sollte sich, auch wenn es schwerfällt, daran erinnern, daß Lohnarbeit damals als eine Form von Leibeigenschaft betrachtet wurde. Diese Ansicht vertraten nicht nur die Arbeiter in den Fabriken, sondern auch die Gebildeten, wie etwa Abraham Lincoln oder die Republikaner oder sogar die Leitartikler der New York Times (was sie heute vielleicht gerne vergessen würden). Die Arbeiter wehrten sich gegen die Rückkehr zu, wie sie sagten, »monarchistischen Grundsätzen« in der Industrie und forderten, daß die Fabriken denjenigen gehören sollten, die dort tätig waren — das war der republikanische Geist. Sie verurteilten den »neuen Zeitgeist — Bereicherung um jeden Preis«, eine entwürdigende und erniedrigende Vorstellung vom Leben, die den Menschen mit enormer Anstrengung in die Köpfe gehämmert werden mußte - was de facto seit Jahrhunderten betrieben wird.⁴

Im 20. Jahrhundert hält die Literatur der PR-Industrie einen reichen und instruktiven Vorrat an Informationen darüber bereit, wie man den »neuen Zeitgeist« vermittelt, sei es durch die Erzeugung künstlicher Bedürfnisse oder durch die Lenkung des öffentlichen Bewußtseins (Edward Bernays) oder durch die Verbreitung einer »Philosophie der Vergeblichkeit« und des fehlenden Lebenssinns, um die Aufmerksamkeit auf »die eher überflüssigen Dinge« zu lenken, die »Ausdruck modebewußter Konsumtion sind«.⁵ Wenn man damit Erfolg hat, werden die Menschen bereit sein, das ihnen angemessene bedeutungslose und untergeordnete Leben zu führen und die subversive Idee einer selbständigen Lebensweise vergessen.

Es handelt sich dabei um ein umfassendes sozial-technologisches Projekt, das schon seit langer Zeit betrieben wird, aber erst im 19. Jahrhundert wirklich umfassende Dimension gewann. Man kann dieses Projekt auf unterschiedliche Weise betreiben. Eine davon habe ich gerade erörtert. Sie ist altbekannt und bedarf keiner weiteren Beispiele. Eine andere Methode besteht darin, das Gefühl der Sicherheit zu untergraben, indem man mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland droht. Eine der Hauptfolgen und, wenn man rationales Verhalten unterstellt, einer der, wie man annehmen muß, wichtigsten Zwecke der sogenannten »Handelsabkommen« - sogenannte, weil es hier nicht um Freihandel geht; diese Abkommen haben sehr stark gegen den Markt gerichtete Elemente, und es sind in dem Sinne keine Abkommen, als die meisten Menschen nichts von ihnen halten — besteht darin, der Drohung, ohne daß sie verwirklicht

werden muß, Nachdruck zu verleihen: Man winkt mit dem Zaunpfahl der Arbeitsplatzverlagerung, um die Arbeitnehmer zu disziplinieren.

Eine weitere Maßnahme ist die »Flexibilisierung des Arbeitsmarkts«. Die Weltbank drückt sich da ganz unmißverständlich aus: »Zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarkts ist — obwohl als Euphemismus für sinkende Löhne und Jobrationalisierung in Verruf geraten [aber genau das bedeutet es in Wirklichkeit] - in allen Regionen der Welt von großer Bedeutung. Zu den wichtigsten Reformen gehören die Mobilisierung der Arbeit und die Flexibilisierung der Löhne sowie die Entflechtung von Arbeitsverträgen und staatlichen Sozialleistungen.« ⁶Damit werden die in langen, bitteren Kämpfen errungenen Rechte und Vergünstigungen wieder zunichte gemacht.

Wenn von der Flexibilisierung der Löhne die Rede ist, geht es natürlich um eine Korrektur des Lohnniveaus nach unten, nicht nach oben. Und wenn von Mobilität der Arbeit die Rede ist, geht es nicht, wie die Theorie des freien Markts seit Adam Smith fordert, um das Recht der Leute auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, sondern um das Recht, Beschäftigte nach Lust und Laune zu feuern. Und gemäß der gegenwärtigen, auf Investivkapital beruhenden Version der Globalisierung müssen Kapital und Konzerne sich frei bewegen können, nicht aber reale Personen, weil deren Rechte nun einmal sekundär sind.

Diese von der Weltbank als »wesentliche Reformen« bezeichneten Mechanismen werden vielen Ländern als Bedingungen für die Ratifizierung von Unterstützungsprogrammen durch Weltbank und IWF aufgenötigt. In die reichen Industrienationen werden sie durch andere, ebenso wirksame Methoden eingeführt. Alan Greenspan bekundete vor dem Kongreß, daß die »größere Unsicherheit der Arbeiter« ein wichtiger Faktor in der »Märchenwirtschaft« sei. Sie hält die Inflationsrate niedrig, weil die Arbeiter nicht mehr für Lohnerhöhungen und Vergünstigungen zu kämpfen wagen. Sie sind verunsichert. Und das zeigen die Statistiken mit wünschenswerter Deutlichkeit. In den letzten 25 Jahren, in denen die »Krise der Demokratie« beseitigt wurde, haben die Löhne für die Mehrheit der Arbeiterschaft, vor allem für diejenigen, die keine Kontrollfunktionen ausübten, stagniert oder abgenommen, während die Anzahl der monatlichen Arbeitsstunden gestiegen ist und mittlerweile zu den höchsten aller Industrienationen gehört. Das bejubelt die Wirtschaftspresse als eine »willkommene Entwicklung von

überragender Bedeutung«, weil die Arbeiter jetzt gezwungen sind, ihren »luxuriösen Lebensstil« aufzugeben, während die Konzernprofite »alle Erwartungen übertreffen«.

Es gibt keine Alternative

In den ökonomisch abhängigen Regionen werden weit härtere Maßnahmen ergriffen. Eine von ihnen ist die »Schuldenkrise«, die im wesentlichen auf Programme der Weltbank und des IWF aus den siebziger Jahren und auf die Tatsache zurückgeht, daß die Reichen in der Dritten Welt in der Regel keine sozialen Verpflichtungen haben. Das gilt vor allem für Lateinamerika und ist eines der größten Probleme dieser Region. Die »Schuldenkrise« ist im übrigen keine einfache wirtschaftliche Tatsache, sondern in erster Linie ein ideologisches Konstrukt. Die »Schulden« selbst könnten durch einige recht einfache Verfahren beseitigt werden.⁷

Aber das darf nicht sein. Die Schulden sind ein wirksames Kontrollinstrument, das nicht einfach aufgegeben werden kann. Im Augenblick wird für etwa die Hälfte der Weltbevölkerung die nationale Wirtschaftspolitik praktisch von Washingtoner Bürokraten betrieben. Zugleich ist die Hälfte der Weltbevölkerung (nicht genau dieselbe, es gibt jedoch Überlappungen) einseitigen Sanktionen seitens der USA ausgesetzt. Auch sie sind eine Form des ökonomischen Zwangs, der die nationale Souveränität untergräbt, und der wiederholt, zuletzt von den Vereinten Nationen, als unannehmbar verurteilt worden ist, ohne daß sich dadurch an der Lage etwas geändert hätte.

In den reichen Ländern können ähnliche Resultate mit anderen Methoden erreicht werden. Bevor wir dazu kommen, möchte ich noch an etwas erinnern, was keinesfalls vergessen werden darf. Die Vorgehensweise in den ökonomisch abhängigen Regionen kann sehr brutal sein. Vor einigen Jahren fand in San Salvador eine von Jesuiten organisierte Konferenz statt, die sich mit dem Staatsterrorismus der achtziger Jahre und dessen Fortsetzung durch die von den Siegern erzwungene sozialwirtschaftliche Politik beschäftigte. Die Konferenz wies mit besonderem Nachdruck auf die »Kultur des Terrors« hin, die nach dem Abklingen der direkten Terrormaßnahmen weiterlebt und dazu dient, »die Erwartungen der Mehrheit im Zaum zu halten«, damit sie jeden Gedanken an »Alternativen, die den Forderungen der Mächtigen nicht entsprechen« fallen läßt. So lernen die Menschen, daß es, um Margaret Thatchers unbarmherzigen Satz zu zitieren, »keine Alternative gibt« —

There Is No Alternative, kurz: TINA. Das ist mittlerweile der vertraute Schlachtruf der Konzerne, wenn es um die Globalisierung geht. In den abhängigen Regionen bestand die große Errungenschaft der Terroroperationen darin, alle Hoffnungen zu zerstören, die in den siebziger Jahren in Mittel- und Südamerika in Massenbewegungen und der vom Katholizismus proklamierten »vorrangigen Sorge für die Armen« ihren Ausdruck gefunden hatte. Die katholische Kirche wurde für diese Abweichung vom Pfad der Tugend hart bestraft.

Bisweilen werden diese Vorgänge recht genau und in gemessenem Ton nachgezeichnet. Gegenwärtig beweihräuchern wir uns selbst, weil wir in unseren lateinamerikanischen Quasi-Kolonien höchst erfolgreich für demokratische Verhältnisse gesorgt haben. In einer bedeutenden wissenschaftlichen Untersuchung zu diesem Thema wird die Sache etwas anders und vor allem realistischer dargestellt. Die Studie stammt von Thomas Carothers, einem führenden Spezialisten auf diesem Gebiet, der »aus der Perspektive des Insiders« schreibt, weil er unter der Regierung Reagan im Außenministerium für, wie sie genannt wurden, »Programme zur Beförderung der Demokratie« zuständig war. Er meint, daß Washington gute Absichten hatte, in der Praxis jedoch »die Grundordnung ... gänzlich undemokratischer Gesellschaften« aufrechterhalten und einen »Wandel von unten« vermeiden wollte. Wie ihre Vorgängerinnen habe auch die Regierung Reagan »eine pro-demokratische Politik [gefördert], um radikaleren Veränderungen den Wind aus den Segeln zu nehmen, dabei jedoch nur auf begrenzte, von oben verordnete Formen demokratischen Wandels gesetzt, die die tradierten Machtstrukturen, denen die Vereinigten Staaten seit langem verbunden waren, nicht gefährden konnten«. Noch genauer wäre die Formulierung: »die tradierten Machtstrukturen, mit denen die tradierten Machtstrukturen innerhalb der Vereinigten Staaten seit langem verbunden waren«.

Carothers ist mit den erreichten Resultaten nicht zufrieden, betrachtet aber die in seinen Augen »liberale Kritik« als grundsätzlich verfehlt. Sie lasse, sagt er, die alten Auseinandersetzungen »ungelöst«, weil es ihr »ewig gleicher wunder Punkt sei«, der Restaurierung tradierter Machtstrukturen keine Alternative entgegensetzen zu können — in diesem Falle dem mörderischen Terror, der in den achtziger Jahren Hunderttausende von Menschen das Leben

kostete, Millionen zu Flüchtlingen machte und in den verwüsteten Gesellschaften Waisen und Krüppel zurückließ. Auch hier gilt: Es gibt keine Alternative.⁸

Das gleiche Dilemma erkannte Präsident Carters Lateinamerika-Spezialist Robert Pastor, der eher zu den Tauben als zu den Falken gehört. Er erklärt in einem bemerkenswerten Buch, warum die Regierung Carter das mörderische und korrupte Somoza-Regime bis zum bitteren Ende unterstützen mußte und dann, als sogar die tradierten Machtstrukturen sich gegen den Diktator wandten, die von den USA aufgestellte und ausgebildete Nationalgarde aufrechtzuerhalten suchte, die gegen die Bevölkerung »mit einer Brutalität vorging, die sonst einem nationalen Feind vorbehalten bleibt«. Auch hier ging es darum, Alternativen nicht zuzulassen. Pastor fährt fort: »Die Vereinigten Staaten hatten nicht die Absicht, Nicaragua oder die anderen Staaten in der Region zu kontrollieren, wollten aber auch nicht, daß die Entwicklung außer Kontrolle geriet. Nicaragua sollte unabhängig handeln können, außer [seine Hervorhebung] wenn sich dies gegen die US-amerikanischen Interessen richtete.«⁹ Anders gesagt: Die Lateinamerikaner sollten frei sein - unseren Wünschen gemäß zu handeln. Sie sollen ihre politischen Kurs frei wählen können, dabei aber keine Entscheidungen treffen, mit denen wir nicht einverstanden sind, in welchem Falle wir die tradierten Machtstrukturen restaurieren müssen — wenn nötig, mit Gewalt. So sieht die liberalere und fortschrittlichere Seite des politischen Spektrums aus.

Natürlich gibt es außerhalb dieses Spektrums auch andere Stimmen. So forderte der Papst in einer Neujahrsansprache, daß die Menschen »das Recht auf eine Beteiligung an den Entscheidungen, die ihre Lebensweise oft so grundlegend verändern«, haben sollten. Augenblicklich jedoch werden ihre Hoffnungen durch eine Marktordnung »grausam zerstört«, in der »politische und finanzielle Macht konzentriert sind«, während die Finanzmärkte »unberechenbar fluktuieren« und »Wahlen manipuliert werden können«, weil die Mächtigen »die negativen Auswirkungen auf andere Menschen für völlig unbedeutend« halten. Solche extremistischen Ansichten blieben in der US-Presse natürlich nahezu unerwähnt.

Warum herrscht in den USA quer durch das offiziell zulässige politische Spektrum hindurch Einmütigkeit darüber, daß Lateinamerikanern - und nicht nur ihnen - die Ausübung der Souveränität, die Kontrolle über ihr eigenes Leben, nicht gestattet werden kann? Es ist das globale Gegenstück zur

Furcht vor der Demokratie im eigenen Lande. Das Thema selbst ist nicht neu und läßt sich gut anhand freigegebener Dokumente illustrieren. Ein höchst interessantes Beispiel bietet die Konferenz, auf der 1945 auf Geheiß der USA alle amerikanischen Staaten zusammenkamen, damit Washington ihnen die Notwendigkeit einer »Economic Charter for the Americas« (Wirtschaftscharta für die amerikanischen Staaten) vermitteln konnte. Die Charta wollte dem »wirtschaftlichen Nationalismus [also der Souveränität] in all ihren Formen« ein Ende machen. Die lateinamerikanischen Staaten sollten eine »exzessive« industrielle Entwicklung, die den US-Interessen ins Gehege kommen könnte, vermeiden und ihre Wirtschaft statt dessen »komplementär entwickeln«. So konnte Brasilien billigen Stahl produzieren, an dem die US-Konzerne nicht interessiert waren. Hauptsächlich ging es darum, unsere Ressourcen zu schützen, wie George Kennan es formulierte, auch wenn zu dem Zweck »Polizeistaaten« notwendig waren. Aber bei dem Versuch, die Charta durchzusetzen, stieß Washington auf Gegenwehr. Interne Erklärungsversuche des Außenministeriums liefen darauf hinaus, daß die lateinamerikanischen Staaten »die falschen Entscheidungen treffen«. Sie wollten eine »Politik der breiteren Streuung des Reichtums und der Anhebung des Lebensstandards der Massen« und waren davon überzeugt, daß »die ersten Nutznießer der Ressourcenentwicklung eines Landes die Einwohner dieses Landes« sein sollten, nicht aber US-Investoren. Das geht natürlich nicht, und darum darf es keine Souveränität geben. Freiheit können sie haben — sofern sie die richtige Entscheidung treffen. [10](#)

Das gleiche Ziel verfolgen Handelsabkommen wie etwa NAFTA. Bei seiner Ratifizierung ließ die Propaganda zunächst verlauten, es werde der arbeitenden Bevölkerung in allen drei daran beteiligten Ländern — Kanada, USA, Mexiko - entscheidende Vorteile bringen. Kurz danach, als die Tatsachen auf den Tisch kamen, war davon keine Rede mehr, und das längst Offensichtliche wurde dann auch öffentlich eingeräumt. Das Ziel von NAFTA bestand darin, Mexiko auf die Reformen der achtziger Jahre »festzunageln«, als die Löhne fielen, während die Reichen und ausländische Investoren große Gewinne machten. Die Besorgnisse wurden auf einer Konferenz über Entwicklungsstrategien in Lateinamerika geäußert, die 1990 in Washington stattfand. »Eine »demokratische Öffnung« in Mexiko«, so hieß es warnend, »könnte die besonderen Beziehungen auf die Probe stellen,

indem sie eine Regierung ins Amt bringt, die aus wirtschaftlichen und nationalistischen Gründen eher daran interessiert ist, die USA herauszufordern.« Ähnliche Befürchtungen wurden schon 1945 und seitdem wiederholt laut, aber jetzt ist Mexiko ja zum Glück an das NAFTA-Abkommen gebunden. Diese Befürchtungen haben auch ein halbes Jahrhundert lang für Terror und Folter gesorgt - nicht nur in der westlichen Hemisphäre. Und sie liegen den Abkommen über die Rechte von Investoren zugrunde, die jetzt in einer durch die enge Zusammenarbeit von Staat und Konzernen geprägten Globalisierungsphase durchgesetzt werden.¹¹

Der Aufstieg der Konzerne

Kehren wir zu unserem Ausgangspunkt zurück: zu den umstrittenen Fragen von Recht und Freiheit, also der substantiellen Souveränität. Kommen Rechte und Freiheiten Personen von Fleisch und Blut zu oder nur den Bereichen, wo Reichtum und Privilegien zu Hause sind? Oder nur abstrakten Konstruktionen wie Konzernen, Staaten oder dem Kapital? Die Vorstellung, daß solche Gebilde umfassendere Rechte haben als konkrete Personen, ist im 20. Jahrhundert mit Vehemenz vertreten worden. Die prägnantesten Beispiele sind Bolschewismus, Faschismus und Privatkonzerne, die eine Form privatisierter Tyrannei darstellen. Zwei von diesen Systemen sind zusammengebrochen, das dritte lebt und gedeiht unter dem Banner der Alternativlosigkeit - Es gibt keine Alternative zu dem System eines von Staat und Konzernen betriebenen Merkantilismus, das sich hinter Zauberformeln wie »Globalisierung« oder »Freihandel« versteckt.

Ein Jahrhundert früher, als die Konzerne sich in den Vereinigten Staaten zu entwickeln begannen, wurde die Diskussion darüber mit relativ großer Offenheit geführt. Viele Konservative verurteilten diese Entwicklung und sprachen von einer »Rückkehr zum Feudalismus« oder einer »Form von Kommunismus«, was keine völlig unangemessene Analogie darstellt. Vertreter eines Neo-Hegelianismus waren der Ansicht, daß auch organische Gebilde Rechte besäßen und daß chaotische Systeme - wie die unkontrollierbaren Märkte — zentral gesteuert werden müßten. Ich möchte daran erinnern, daß im heutigen sogenannten »Freihandel« ein ziemlich großer Bestandteil, vielleicht 70 Prozent, der grenzüberschreitenden Transaktionen (die zu Unrecht »Handel« genannt werden) tatsächlich innerhalb von zentral

gesteuerten Institutionen ablaufen, in Konzernen und Konzernverbindungen, sofern wir Outsourcing und andere Maßnahmen dazurechnen. Das ist eine völlig eigenständige Methode der marktwidrigen Wettbewerbsverzerrung.

Die konservative Kritik — »konservativ« im traditionellen Sinne; Vertreter eines solchen Konservatismus gibt es heute kaum noch - fand ihren Widerhall zu Beginn des 20. Jahrhunderts bei Liberalen wie John Dewey, Amerikas führendem Sozialphilosophen, in dessen Werk das Problem der Demokratie einen bevorzugten Platz einnimmt. Für Dewey haben demokratische Formen keine wirkliche Substanz, wenn »das Leben des Landes« — Produktion, Handel, Medien - von privaten Tyranneien beherrscht wird, die in einem System agieren, das er »Industriefeudalismus« nannte. Hier werden die arbeitenden Menschen der Kontrolle der Manager unterworfen und die Politik wird »zum Schatten, den die Wirtschaftsmächte auf die Gesellschaft werfen«.¹² Er gab damit Ideen Ausdruck, die in der Arbeiterschaft viele Jahre zuvor weit verbreitet gewesen waren. Das gleiche gilt für seine Forderung, den Industriefeudalismus durch eine selbstverwaltete industrielle Demokratie zu ersetzen.

Interessanterweise stimmten fortschrittlich gesonnene Intellektuelle, die den Prozeß der Konzernbildung befürworteten, mehr oder weniger diesem Vorschlag zu. So schrieb etwa Woodrow Wilson, daß »die meisten Menschen jetzt Konzernen dienen«, die »den größeren Teil der Geschäftswelt des Landes« ausmachen. Amerika habe sich »sehr verändert« und sei »nicht mehr Schauplatz individuellen Unternehmergeistes ... individueller Möglichkeiten und Errungenschaften«, sondern ein neues Amerika, in dem »kleine Gruppen von Männern große Konzerne kontrollieren und damit Macht und Herrschaft über den Reichtum und die geschäftlichen Möglichkeiten des Landes ausüben«, ja, sie werden »zu Konkurrenten selbst der Regierung« und untergraben die Souveränität der Bevölkerung, die mittels m des demokratischen Systems ausgeübt wird.¹³ Dennoch unterstützte er den Prozeß der Konzernbildung. Er hielt ihn für wenig glücklich, aber unvermeidbar und befand sich damit in Übereinstimmung mit der Geschäftswelt, die gerade nach den Marktzusammenbrüchen der vorangegangenen Jahre zu der Überzeugung gelangt war, daß Märkte verwaltet und finanzielle Transaktionen geregelt werden mußten. Viele fortschrittliche Intellektuelle waren der gleichen Ansicht.

Ähnliche Probleme ergeben sich auch heute in der internationalen Arena; man denke an die Reform der Finanzstrukturen und damit zusammenhängende Probleme. Vor einem Jahrhundert erhielten, in einem radikalen juristischen Verfahren, Konzerne die Rechte von Personen zugesprochen, was eine gewaltsame Verletzung der Prinzipien des klassischen Liberalismus bedeutete. Sie wurden damit auch von früheren Verpflichtungen zu bestimmten Aktivitäten befreit, für deren Betreibung sie die Konzession erhalten hatten. Außerdem verlegten die Gerichte die Macht von den Aktienbesitzern in die Hände des zentralen Managements, das nun mit der unsterblichen juristischen Person identifiziert wurde. Wer mit der Geschichte des Kommunismus vertraut ist, wird erkennen, daß zur gleichen Zeit in der sozialistischen Bewegung ganz ähnliche Prozesse abliefen, die von linksmarxistischen und anarchistischen Kritikern des Bolschewismus vorhergesagt worden waren. Nicht nur Rosa Luxemburg wies schon sehr früh darauf hin, daß die Ideologie des Zentralismus die Macht den Arbeitern entreißen und in die Hände der Partei, dann des Zentralkomitees und schließlich des alleinherrschenden Vorsitzenden legen würde. Das geschah dann auch gleich nach der Machtergreifung durch die Bolschewisten 1917, die zur Vernichtung aller Restbestände an sozialistischen Formen und Prinzipien führte. Die Propagandisten beider Seiten ziehen, aus wohlverstandennem Eigeninteresse, eine andere Geschichte vor, aber diese ist, wie ich meine, genauer.

In den letzten Jahren sind den Konzernen Rechte zugesprochen worden, die weit über die von Personen hinausgehen. Gemäß den Regeln der WTO können Konzerne das Recht auf »nationale Behandlung« verlangen; wenn also General Motors in Mexiko produziert, kann er fordern, wie eine mexikanische Firma behandelt zu werden. Dieses Recht steht nur juristischen Personen zu. Ein Mexikaner kann nicht nach New York kommen und dort beanspruchen, nach mexikanischem Recht behandelt zu werden.

Andere Regeln sehen vor, daß die Rechte von Investoren, Kreditgebern und Spekulanten ganz allgemein die Rechte von Personen aus Fleisch und Blut außer Kraft setzen, wodurch die politische Souveränität der Bevölkerung unterminiert und die Demokratie eingeschränkt wird. Konzerne können auf verschiedene Weise souveräne Staaten verklagen, und es gibt dafür interessante Beispiele. Vor einigen Jahren versuchte Guatemala, die Kindersterblichkeit zu verringern, indem es die Vermarktung entsprechender Arzneimittel durch multinationale

Konzerne einschränkte. Die vorgesehenen Maßnahmen standen im Einklang mit Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation und hielten sich an internationale Vereinbarungen, aber der Gerber-Konzern sah hierin eine Enteignung. Die WTO drohte mit einer Klage, und Guatemala, das Sanktionen durch die USA befürchtete, zog die Maßnahmen zurück.

Die erste Klage dieser Art im Rahmen der neu formulierten WTO-Regeln wurde von Venezuela und Brasilien gegen die USA eingereicht. Die Südamerikaner beschwerten sich darüber, daß die Regulierungen der US-Umweltbehörde zur Förderung von Erdöl ihre Rechte als Exporteure beeinträchtigte. Washington gab damals nach, angeblich auch aus Angst vor Sanktionen, doch stimmt mich diese Interpretation skeptisch. Ich glaube nicht, daß die USA Handelssanktionen von Venezuela und Brasilien fürchteten. Wahrscheinlicher ist, daß die Regierung Clinton keinen zwingenden Grund sah, Umwelt und Gesundheit zu schützen.

Diese Probleme haben mittlerweile ein dramatisches, wo nicht gar obszönes Ausmaß angenommen. Millionen Menschen sterben weltweit an heilbaren Krankheiten, weil die den WTO-Regeln eingeschriebenen protektionistischen Elemente privaten Megakonzernen das Recht auf monopolisierte Preisbildung zugestehen. So können etwa Thailand und Südafrika, die eine gut entwickelte pharmazeutische Industrie besitzen, lebensrettende Arzneien zu einem Bruchteil der marktüblichen Kosten herstellen, scheuen aber aus Angst vor Handelssanktionen davor zurück. 1998 drohten die USA sogar damit, ihre Zahlungen an die WTO einzustellen, falls diese weiterhin die Auswirkungen von Handelsbedingungen auf die Gesundheit überwache.¹⁴ Das sind keine aus der Luft gegriffenen Bedrohungen.

All dies läuft unter der Bezeichnung »Handelsrechte«. Es hat aber mit Handel nichts zu tun. Es hat etwas mit monopolistischer Preisbildung zu tun, die durch in sogenannten Freihandelsabkommen festgelegte protektionistische Maßnahmen gefördert werden. Diese Maßnahmen sollen die Rechte der Konzerne sichern. Darüber hinaus hemmen sie, wie viele andere Regulationsmechanismen dieser Abkommen, ökonomische Innovations- und Wachstumsprozesse. Es geht um die Rechte der Investoren, nicht um den Handel. Und auch dieser ist kein Wert an sich. Er ist ein Wert, wenn er dem Wohlergehen der Menschheit nützt, sonst nicht.

Allgemein gesprochen läuft das Prinzip der WTO-Regeln und anderer, damit zusammenhängender Vertragswerke darauf hinaus, daß Souveränität und demokratische Rechte den Rechten der Investoren untergeordnet werden müssen. In der Praxis bedeutet das, daß die Menschen den Rechten der juristischen Personen, also den Privattyranneien, unterzuordnen sind. Solche und ähnliche Probleme führten zu den großen Demonstrationen in Seattle. Aber in mancherlei Hinsicht trat der Konflikt zwischen öffentlicher Souveränität und privater Macht einige Monate später, in Montreal, noch deutlicher hervor. Dort wurde in bezug auf das sogenannte »Protokoll über biologische Sicherheit« ein etwas zweideutiger Kompromiß erzielt, der, der New York Times zufolge, »nach intensiven Verhandlungen erreicht wurde, bei denen die Vereinigten Staaten oftmals in Gegnerschaft zu allen anderen Teilnehmern standen«. Die Auseinandersetzungen drehten sich um das »Vorbeugeprinzip«, das der Chefunterhändler der Europäischen Union so definierte: »Staaten müssen die Freiheit und das souveräne Recht haben, vorbeugende Maßnahmen« gegen genetisch verändertes Saatgut, Mikroben, Tiere und Feldfrüchte, die sie für schädlich halten, »zu ergreifen«. Die Vereinigten Staaten beharrten jedoch auf den Regeln der WTO, denen zufolge der Import von Gütern nur verboten werden kann, wenn ihre Schädlichkeit wissenschaftlich nachgewiesen ist. [15](#)

Worum geht es hier? Um die Frage, ob Menschen das Recht haben, keine Subjekte von Experimenten sein zu wollen. Nehmen wir ein einfaches, eher persönliches Beispiel. Stellen wir uns vor, die Fachschaft Biologie marschiert in den Hörsaal unserer Universität und verkündet: »Ihr seid Gegenstand von Experimenten, bei denen wir euch Elektroden ins Gehirn pflanzen, um zu sehen, was dann passiert. Ihr dürft euch weigern, aber nur, wenn ihr wissenschaftlich nachweisen könnt, daß euch Schaden zugefügt wird.« Normalerweise ist es ziemlich schwierig, wissenschaftliche Nachweise dieser Art zu erbringen. Haben wir trotzdem das Recht, uns zu verweigern? Den Regeln der WTO zufolge nicht. Wir müßten uns den Experimenten unterwerfen und wären damit dem ausgeliefert, was Edward Herman »Produzenten-Souveränität« genannt hat. [16](#) Der Produzent hat die Macht, während die Konsumenten sehen müssen, wie sie sich verteidigen. Das gilt, wie Herman zeigt, auch für die einheimische Produktion. Die Hersteller von Pestiziden und anderen chemischen Produkten müssen nicht belegen, daß ihre Erzeugnisse umweltverträglich

sind. Vielmehr muß die Öffentlichkeit wissenschaftlich nachweisen, daß sie schädlich sind, wobei sie sich oft genug auf schlecht finanzierte staatliche Behörden verlassen müssen, die der Industrielobby und anderen Drangsalierern ausgesetzt sind.

Darum ging es bei dem faulen Kompromiß von Montreal. Und es ging, wie man an der Kräfteverteilung sieht, nicht ums Prinzip. Auf der einen Seite standen die Vereinigten Staaten und ein paar andere Länder, die an Biotechnologie und dem Export von High-Tech-Landwirtschaftsprodukten interessiert sind, auf der anderen Seite all jene — fast alle —, die nicht erwarteten, von den Experimenten zu profitieren. Aus ähnlichen Gründen befürwortet die Europäische Union hohe Zölle für landwirtschaftliche Produkte. Das taten die USA vor vierzig Jahren ebenfalls, jetzt aber nicht mehr - und nicht deshalb, weil sich die Prinzipien verändert hätten, sondern weil sich die Machtstrukturen gewandelt haben.

Das vorrangige Prinzip besagt, daß die Reichen und Mächtigen in der Lage sein müssen, das zu tun, was sie wollen (wobei sie sich natürlich auf edelste Motive berufen). Daraus folgt, daß Souveränität und demokratische Rechte dem weichen müssen, und die Menschen sich in diesem Fall - und das macht ihn so dramatisch — nicht weigern dürfen, Gegenstand von Experimenten zu sein, wenn US-Konzerne davon profitieren können. Es ist ganz natürlich, daß sich die USA auf die WTO-Regeln berufen, denn sie haben das vorrangige Prinzip schließlich formuliert, und darum geht es.

Diese Probleme sind zwar sehr real und betreffen eine große Anzahl von Menschen in der Welt, sind aber de facto zweitrangig gegenüber anderen Methoden, die Souveränität zugunsten der Ausweitung privater Macht einzuschränken. Am wichtigsten war, denke ich, die Auflösung des Systems von Bretton Woods, die Anfang der siebziger Jahre von den USA, Großbritannien und anderen betrieben wurde. Entworfen hatten es die USA und Großbritannien in den späten vierziger Jahren. Das war die Zeit der Wohlfahrtsprogramme und radikaler demokratischer Maßnahmen. Auch deshalb regulierte das System die Wechselkurse und kontrollierte den Kapitalfluß. Es ging darum, schädliche Spekulationen zu verhindern und die Kapitalflucht einzudämmen. Die Gründe für die Einrichtung des Systems wurden deutlich benannt - der freie Kapitalfluß führt zu einem »virtuellen Parlament« des globalen Kapitals, das eine von ihm als irrational empfundene Regierungspolitik blockieren kann. Darunter fallen zum Beispiel

Arbeiterrechte, Bildungs- oder Gesundheitsprogramme oder Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung, oder, kurz gesagt, alles, was der Bevölkerung nutzt, nicht aber den Profiten (und darum im technischen Sinne als irrational gilt).

25 Jahre lang funktionierte das System von Bretton Woods mehr oder weniger gut. Viele Ökonomen bezeichnen diese Ära als »Goldenes Zeitalter« des modernen Kapitalismus (genauer gesagt: des modernen Staatskapitalismus), in der Wirtschaft, Handel, Produktivität, Investitionen, wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen florierten wie nie zuvor. Damit war es zu Beginn der siebziger Jahre vorbei. Das System wurde zerschlagen, die Finanzmärkte dereguliert, die Wechselkurse freigegeben.

Die auf Bretton Woods folgende Epoche wurde oft das »bleierne Zeitalter« genannt. Es gab eine gewaltige Explosion kurzfristig angelegten Spekulationskapitals, das die produktive Wirtschaft völlig marginalisierte. Die Sozialwirtschaft verfiel in fast jedem Bereich - das Wachstum verlangsamte sich, die Produktivität nahm ab, ebenso die Kapitalinvestitionen, während die Zinsraten stiegen (und damit das Wachstum hemmten), die Märkte unbeständiger wurden und die Finanzkrisen sich häuften. Das blieb, auch in den reichen Ländern, nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitssektor: stagnierende oder fallende Löhne, längere Arbeitszeiten (vor allem in den USA), Beschneidung sozialstaatlicher Leistungen. Dazu nur ein Beispiel: In unseren großen Zeiten heute, die in aller Munde sind, ist das durchschnittliche Familieneinkommen auf das Niveau von 1989 zurückgefallen, und das lag schon niedriger als das von 1970. Zudem wurden in dieser Zeit die sozialstaatlichen Leistungen erheblich reduziert. Insgesamt gewährt die neue Weltordnung dem »virtuellen Parlament« des Kapitals der Investoren sehr viel größere Einspruchsmöglichkeiten, was zu einem alarmierenden Verfall demokratischer und souveräner Rechte und einem Abbau des Gesundheitssystems führt.

In den reichen Gesellschaften sind diese Auswirkungen immerhin spürbar, in den armen Ländern aber eine Katastrophe. Insgesamt wirken sich diese Probleme grenzüberschreitend aus, es geht also nicht darum, daß eine Gesellschaft reicher, eine andere dagegen ärmer wird. Was wir in Betracht ziehen müssen, ist die Weltbevölkerung insgesamt. Neueren Analysen der Weltbank zufolge war der Reichtum der obersten fünf Prozent der Weltbevölkerung 1988 78mal so hoch wie der Reichtum der untersten fünf Prozent, während

er 1993 (neuere Daten gibt es noch nicht) 114mal so hoch war, und der Abstand dürfte seitdem noch gewachsen sein. Diese Zahlen zeigen auch, daß das oberste eine Prozent der Weltbevölkerung genausoviel verdient wie die unteren 57 Prozent, und das sind immerhin 2,7 Milliarden Menschen.
17

Es vermag nicht zu überraschen, daß die Zerschlagung der nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Wirtschaftsordnung von einem entschiedenen Angriff auf die Demokratie - Freiheit, Souveränität, Menschenrechte — begleitet wurde. Der Schlachtruf dieses Angriffs lautete und lautet: Es gibt keine Alternative. Das klingt wie eine Parodie auf den Vulgärmarxismus. Der Schlachtruf ist natürlich reiner Selbstbetrug. Die sozioökonomische Ordnung, die jetzt von oben verfügt wird, ist das Ergebnis der Entscheidungen von Menschen, die in von Menschen geschaffenen Institutionen wirken. Die Entscheidungen können widerrufen, die Institutionen verändert werden. Sollte es sich als notwendig erweisen, können sie zerschlagen und ersetzt werden. Das haben aufrechte und mutige Menschen im Lauf der Geschichte immer wieder vollbracht.

Anmerkungen

1 Vgl. Chomsky, *Detering Democracy*, Kap. 12.

2 Zu Madison vgl. Chomsky, *Powers and Prospects*, Kap. 5, des weiteren meinen Artikel »'Consent Without Consent': Reflections on the Theory and Practice of Democracy«, *Cleveland State Law Review* 44.4 (1996). Zu Jay vgl. Frank Monaghan, *owzry* (Bobbs-Merrill, 1935), S. 323.

3 Walter Lippmann. Ausführlichere Darstellungen in Chomsky, *Towards a New Cold War*, Kap. 1 und 2; *Necessary Illusions*, Kap. 1; *Detering Democracy*, Kap. 12. Zum Gesamtzusammenhang vgl. die Pionierarbeit von Alex Carey, *Taking the Risk Out of Democracy* (Univ. of Illinois Press, 1997).

4 Vgl. Chomsky, *Powers and Prospects*, Kap. 4.

5 Zu Bernays vgl. *Profit Over People*, Kap. 2 (Europa Verlag, 2000). Vgl. ferner Smart Ewen, *Captains of Consciousness* (McGraw-Hill, 1976).

6 World Bank, *World Development Report*, 1995. Mit Erläuterungen zit. in Jerome Levinson, »The International Financial System: A Flawed Architecture«, *Fletcher Forum* 23: 1 (Winter/Frühjahr 1999).

- 7 Vgl. dazu »Jubeljahr 2000« in diesem Buch.
- 8 Carothers, »The Reagan Years«, in Abraham Lowenthal (Hg.), Exporting Democracy (Johns Hopkins Univ. Press, 1991); In the Name of Democracy (Univ. of California Press, 1991); »Dithering in Central America«, NYT Book Review, 15. Nov. 1998.
- 9 Condemned to Repetition (Princeton, 1987).
- 10 Vgl. Chomsky, Turning the Tide, Kap. 2; sowie Wirtschaft und Gewalt, Kap. 2.
- 11 Vgl. Chomsky, Profit Over People, Kap. 4.
- 12 Zit. nach Robert Westbrook, »Dewey and American Democracy (Cornell, 1991).
- 13 Zit. nach Martin Sklar, The Corporate Reconstruction of American Capitalism, 1890-1916 (Cambridge Univ. Press, 1988), S. 413f.
- 14 Shawn Crispin, »Global Trade: New World Disorder«, Far Eastern Economic Review (Bangkok), 17. Feb. 2000.
- 15 Konferenz von Montreal (First Extraordinary Meeting of the Conference of Parties to the UN Convention on Biological Diversity to Finalize and Adopt a Protocol on Biosafety — Resumed Session) (2000), Andrew Pollack, »130 Nations Agree on Safety Rules for Biotech Food«, NYT, 30. Jan. 2000; Pollack, »Talks on Biotech Food Turn on a Safety Principle«, NYT, 28. Jan. 2000.
- 16 Edward Herman, »Corporate Junk Science in the Media«, Z Magazine, Jan, Feb. 1999.
- 17 Weltbankökonom Branko Milanovic, zit. nach Doug Henwood, Left Business Observer 93, Feb. 2000.

Glossar

AP: Associated Press. Ältester und größter Nachrichtendienst in den USA. Entstand 1848 aus dem Zusammenschluß von sechs New Yorker Zeitungen, die einen gemeinsamen Telegrafendienst für Nachrichten aus dem Ausland einrichteten. 1856 erhielt dieser Service den Namen Associated Press.

CIA: Central Intelligence Agency. 1947 aus dem Office of Strategic Services entstanden. Geheim- und Nachrichtendienst der US-Regierung. Vor der Gründung der CIA leiteten vor allem die Army, die Navy und das FBI die Nachrichtendienste der USA. Kompetenz-, Informations- und Koordinationsdefizite zwischen diesen drei Organen führten zur Einrichtung der CIA als zentralem Nachrichtendienst.

Innerhalb der CIA gibt es vier Abteilungen: die Nachrichtenabteilung, die Abteilung für Wissenschaft und Technologie, die Administrationsabteilung und die Einsatzabteilung.

DEA: Drug Enforcement Administration: Die DEA ist eine Behörde des Justizministeriums. Sie ist für die Durchsetzung der Drogengesetzgebung zuständig, indem sie den staatlichen Behörden die Straffälligen überführt, die in den Vereinigten Staaten Drogen hergestellt oder mit solchen gehandelt haben.

GATT: General Agreement on Tariffs and Trade, dt.: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen. Das 1948 gegründete GATT gilt als wichtigstes und erfolgreichstes multilaterales Handelsabkommen. Es verfolgt insbesondere drei Prinzipien: Gegenseitigkeit (d.h. handelspolitische Leistungen, die sich die GATT-Mitglieder gewähren, müssen gleichwertig sein), Liberalisierung (d.h. Abbau von Zöllen) und Meistbegünstigungen (d.h. Zoll- und Handelsvorteile, die sich zwei GATT-Mitglieder einräumen, sollen allen Mitglieder zugute kommen). Infolge des Abkommens sind die Grenzen für Zollbeschränkungen weltweit enorm gesunken.

IMF/IWF: International Monetary Fund, dt.: Internationaler Währungsfonds. Seit 1944 überwacht der IWF mit Sitz in Washington D. C. die Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsstaaten. Er analysiert jährlich die nationale Wirtschaftsentwicklung und -politik, überprüft geldpolitische Maßnahmen und beurteilt die Auswirkungen der Politik seiner Mitgliedsstaaten auf deren Zahlungsbilanzen. Im World Economic Outlook begutachtet der IWF halbjährlich die Weltwirtschaftslage.

MAI: Multilateral Agreement on Investigation, dt.: Multilaterales Abkommen über Investitionen. Internationales Wirtschaftsbündnis mit dem Ziel, die Befugnisse von Konzernen global auszubauen und eine Euro-Amerikanische Freihandelszone zu schaffen. Das MAI steht den OECD-Mitgliedern und den EU-Staaten, aber auch allen anderen Staaten offen, die seine Aufnahmekriterien erfüllen und anerkennen.

NAFTA: North American Free Trade Agreement, dt.: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen. 1992 unterzeichnetes Handelsabkommen mit dem Ziel, sämtliche Zollbestimmungen und andere Handelsbeschränkungen zwischen den USA, Kanada und Mexiko abzubauen. Das Abkommen schafft langfristig eine Freihandelszone zwischen den drei größten Ländern Nordamerikas. Seine Entstehung

wurde angeregt durch den erfolgreichen Abbau von Zöllen und dem damit verbundenen Anstieg des Handels unter den EG-Mitgliedsstaaten.

NATO: North Atlantic Treaty Organization, dt.: Organisation des Nordatlantikvertrags. 1949 in Washington D.C. gegründet, dient die Organisation als Sicherheitsbündnis zwischen gleichberechtigten Mitgliedsstaaten Westeuropas und Nordamerikas. Die völkerrechtliche Grundlage bildet dabei der Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Ziel der NATO ist es, die Sicherheit der Mitgliedsstaaten durch die Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet zu stärken. Das Abkommen schließt den Beistand, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen der Mitgliedsstaaten ein. In Friedenszeiten ist es Aufgabe der NATO, den Frieden durch die Ausarbeitung von Verteidigungsplänen, Rüstungsarbeit und die Errichtung von Infrastruktur zu sichern. Seit 1991 hat die NATO neue Aufgaben der Friedenserhaltung und Krisenbewältigung zur Unterstützung der Vereinten Nationen (-> UN) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (-> OSZE) übernommen.

OAS: Organization of American States, dt.: Organisation Amerikanischer Staaten. Aus der PAN (= Pan-American Union, dt.: Panamerikanische Union) entstandene und im Zuge des Kalten Krieges 1948 gegründete Organisation zur Förderung der wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder, zu denen beinahe alle unabhängigen Staaten Amerikas gehören. Kubas Mitgliedschaft wurde 1962 gekündigt. Hauptanliegen der OAS ist der Schutz vor feindlichen Interventionen ausländischer Staaten und die Erhaltung des Friedens zwischen den Mitgliedsstaaten.

OECD: Organization for Economic Cooperation and Development, dt.: Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Als Nachfolgerin der OEEC (= Organization for European Economic Cooperation, dt.: Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) seit 1961 in Paris bei der Planung und Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Entwicklung und der Hilfe für Entwicklungsländer beratend tätig. Die OECD hat 29 Mitgliedsstaaten und verschiedene Sonderorganisationen wie die IEA, die NEA, den DAC oder das CCET

OSZE: Organization for Security and Cooperation in Europe, dt.: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Aus der KSZE (= Konferenz der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) entstandene und seit 1995 in OSZE umbenannte Organisation zur Förderung der Stabilität und Sicherheit in ganz Europa und der engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Umweltschutz. Unter dem OSZE-Dach sollen künftig alle gesamteuropäischen Abrüstungsmaßnahmen, Gespräche über andere vertrauensvolle Maßnahmen und Konfliktverhütungen stattfinden.

UN/UNO: United Nations, dt.: Vereinte Nationen oder Vereinigte Nationen. Auf Initiative der Außenminister Chinas, Großbritanniens, der UdSSR und der USA 1945 zur Sicherung des Weltfriedens gegründet, zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und zum Schutz der Menschenrechte mit Sitz in New York. Zu ihren Spezialorganisationen zählen die UNESCO, ILO, FAO, WHO, die IBRD und der IMF. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik traten der UN 1973 bei. Derzeitiger Generalsekretär ist Kofi Annan.

UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development, dt.: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung. Fördert und unterstützt seit 1964 die wechselseitigen Beziehungen zwischen Handel, wirtschaftlicher Entwicklung und internationaler Wirtschaftshilfe. Die UNCTAD mit Sitz in Genf galt lange als wichtigstes Forum des Nord-Süd-Dialogs. Sie hat jedoch mit Entstehung der Welthandelsorganisation (-> WTO) bei den Industriestaaten viel von ihrem Einfluß verloren. Die Entwicklungsländer hingegen halten an der UNCTAD fest. Insgesamt vertritt die Konferenz 188 Mitgliedsstaaten.

UNICEF: United Nations International Children's Emergency Fund, dt.: Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. Unterstützt seit 1946 in 160 Staaten Kinder und Mütter in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Hygiene, Ernährung und Erziehung und leistet Soforthilfe in Notsituationen.

UNSCOM: United Nations Special Commission for the Elimination of Iraq's Weapons of Mass Destruction, dt.: UN-Sonderkommission für die Vernichtung der Massenvernichtungswaffen im Irak. 1991 durch die Resolution 687 des UN-Sicherheitsrats als dessen Hilfsorgan gegründet, mit dem Ziel, die Resolution 687 und ergänzende Resolutionen zu erfüllen.

USAID: U. S. Association for International Development, dt.: U. S. Organisation für Entwicklungshilfe. Im September 1960 gegründete UN-Organisation mit Hauptsitz in Washington, die mit der Weltbank zusammenarbeitet. Sie soll Kredite und Darlehen mit günstigeren Laufzeiten an Entwicklungsländer vergeben als die Weltbank.

WHO: World Health Organisation, dt.: Weltgesundheitsorganisation. Seit 1946 unterstützt die WHO mit Sitz in Genf weltweit den Auf- und Ausbau von Gesundheitsdiensten in Entwicklungsländern, fördert die Vorbeugung und Bekämpfung von Krankheiten und der medizinischen Forschung. Unter Federführung der -> UN kooperiert die WHO seit 1996 mit verschiedenen anderen Organisationen in einem gemeinsamen AIDS-Programm.

WTO: World Trade Organization, dt.: Welthandelsorganisation. Mit Sitz in Genf unterstützt die WTO seit 1995 die internationalen Handelsbeziehungen, kontrolliert Handelspraktiken und versucht, Handelskonflikte zu schlichten. Sie fördert die Umsetzung und Weiterverfolgung der GATT-Prinzipien (-> GATT). Die WTO setzt sich aus 132 Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission zusammen. Das Streitbeilegungsverfahren der WTO verfügt über kein eigenes Gericht. Im Konfliktfall wird dem WTO-Rat von einem eigens dafür eingesetzten Ausschuß ein Bericht des verletzten Staats oder der geschädigten Organisation vorgelegt. Seit der ersten Ministerkonferenz 1996 hat die WTO Abkommen zur Liberalisierung in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnologie und Finanzleistungen geschlossen.

Zeitschriften-Siglen

AFP	Agence-France	Press
AP	Associated	Press
BG	Boston	Globe
BW	Business	Week
FT	Financial	Times
CSM	Christian Science	Monitor
GW	Guardian	Weekly
NYT	New York	Times
WP	Washington	Post
WSJ	Wall Street Journal	

Zitierte Bücher von Noam Chornsky

After the Cataclysm: Postwar Indochina and the
 Reconstruction of Imperial Ideology. The Political Economy of
 Human Rights: Bd. 2, zus. mit Edward Herman. Cambridge,
 MA: Southend Press, 1979. The Culture of Terrorism.
 Cambridge, MA: South End Press, 1988.
 Deterring Democracy. New York: Verso, 1991; erw.
 Neuausg. New York: Hill & Wang, 1992.
 Fateful Triangle: The United States, Israel, and the Palestinians.
 Cambridge, MA: South End Press, 1983; rev. Ausg. 1999.
 For Reasons of State. New York: Pantheon, 1973 (dt.: Aus
 Staatsräson, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1974).
 Necessary Illusions: Thought Control in Democratic Societies.
 Cambridge, MA: South End Press, 1989.
 A New Generation Draws the Line: Kosovo, East Timor and
 the Standards of the West. New York: Verso, 2000. (dt.:
 Global War Crime. Kosovo, Ost-Timor und der Westen, ab
 Frühjahr 2002 im Europa Verlag).
 The New Military Humanism: Lessons From Kosovo.
 Monroe, ME: Common Courage Press, 1999.
 The Political Economy of Human Rights, 2 Bde. (Bd. 1: The
 Washington Connection and Third World Fascism; Bd. 2:
 After the Cataclysm: Postwar Indochina and the
 Reconstruction of Imperial Ideology), zus. mit Edward
 Herman. Cambridge, MA: South End Press, 1979.
 Profit Over People: Neoliberalism and Global Order. New
 York: Seven Stories, 1998 (dt.: Profit Over People.
 Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg und
 Wien: Europa Verlag, 2000).
 Pirates and Emperors: International Terrorism in the Real
 World. Claremont, 1986; Montreal, Quebec: Black Rose
 Books, 1987; Amana, 1988.
 Powers and Prospects: Reflections on Human Nature and the
 Social Order. Cambridge, MA: South End Press, 1996.
 Rethinking Camelot: JFK, the Vietnam War, and US Political
 Culture. Cambridge, MA: South End Press, 1993.
 Towards a New Cold War: Essays on the Current Crisis and
 How We Got There. New York: Pantheon, 1982.
 Turning the Tide: US Intervention in Central America and the
 Struggle for Peace. Cambridge, MA: South End Press, 1985
 (dt.: Vom politischen Gebrauch der Waffen. Zur politischen
 Kultur der USA ttnd dm des Friedens. Wien: Guthmann
 Paterson, 1987).
 The Washington Connection and Third World Fascism, The
 Political Economy of Human Rights: Bd.1, zus. mit Edward

Herman. Cambridge, South End Press, 1979.
World Orders Old and New. New York: Columbia University Press, 1996.
Year 501: The Conquest Continues. Cambridge, MA: South End Press, 1993 (dt.: Wirtschaft und Gewalt. Lüneburg: zu Klampen, 1994; München: dtv, 1997).

Zum Autor

.. Noam Chomsky, geboren am 7. Dezember 1928, politischer Aktivist, Sprachtheoretiker und seit 1961 Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), ist Träger von zehn Ehrendoktorwürden und etlicher anderer hoher Auszeichnungen und Preise, Mitglied der American Academy of Art and Sciences und der National Academy of Science und Autor mehrerer Bestseller über Linguistik, Philosophie und Politik. Zuletzt erschien auf deutsch »Profit Over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung«, eine alarmierende und vernichtende Kritik an der »Logik des freien Markts«.

Die New York Times würdigt Noam Chomsky als den bedeutendsten lebenden Intellektuellen — und beklagt zugleich seine radikale Haltung gegenüber der US-Außenpolitik. Der 'Zeit' gilt Chomsky als »der einzige Intellektuelle von Rang, der für die eigentlich antiintellektuelle Bewegung der Globalisierungsgegner überhaupt eine Rolle spielt«.